

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Offener Aufmarsch

Im Jahr 1928 schrieb Erich Weinert das Gedicht „Der heimliche Aufmarsch“, das er 1930 veröffentlichte. Es wurde von Hanns Eisler vertont und von Ernst Busch noch in der Weimarer Republik gesungen. Die erste

Trotz dieser Bilanz gründeten die Westmächte 1949 die BRD mit dem obersten Ziel, für einen Krieg gegen die Sowjetunion eine Armee zu stellen. Die UdSSR gibt es seit 1991 nicht mehr, am Aufmarsch gegen ihren wichtigsten



US-Truppen im Manöver in Litauen (Mai 2020)

Strophe lautet: „Es geht durch die Welt ein Geflüster, / Arbeiter, hörst du es nicht? / Das sind die Stimmen der Kriegsminister, / Arbeiter, hörst du sie nicht? / Es flüstern die Kohle- und Stahlproduzenten. / Es flüstert die chemische Kriegsproduktion. / Es flüstert von allen Kontinenten / Mobilmachung gegen die Sowjetunion!“

Die Marxisten-Leninisten jener Zeit wie Weinert wußten, in welcher Gefahr die Sowjetunion lange vor Errichtung der faschistischen Diktatur schwebte und welche Rolle Deutschland dabei von den Westmächten und den zum Faschismus neigenden Regimen von den baltischen Republiken über Polen bis Ungarn und Rumänien zugeordnet war. Sie ahnten nicht, was am 22. Juni 1941 mit dem „Fall Barbarossa“ begann: Die Tötungsvorschriften und Vernichtungsbefehle der Nazis bildeten einen „Kodex der Ausrottung der ‚jüdisch-bolschewistischen‘ Staats- und Gesellschaftsordnung in der UdSSR“, wie es der verstorbene DDR-Faschismusforscher Dietrich Eichholtz einmal formulierte. Die Bevölkerung der Sowjetunion, damals etwa 190 Millionen Menschen, sollte rasch um 30 bis 50 Millionen Menschen „reduziert“ werden. Bis zum Sieg über Deutschland am 9. Mai 1945 starben etwa 27 Millionen, davon rund 15 Millionen Soldaten.

Nachfolgestaat, die Russische Föderation, hat das nichts geändert. Im Unterschied zu Weinerts, Eislers und Buschs Zeiten erfolgt er diesmal aber weitgehend offen. Im Frühjahr phantasierte der ukrainische Botschafter in Deutschland von Atomwaffen für seine korrupte Oligarchenherrschaft. Die versuchte, die USA unmittelbar in militärische Konfrontation mit Rußland hineinzuziehen. Deutsche Soldaten stehen in Litauen, das eine gemeinsame Grenze mit dem russischen Gebiet Kaliningrad und der Republik Belarus hat. Dort erlitten NATO und EU im vergangenen Jahr eine strategische Niederlage, als die von ihnen nach dem Muster des Kiewer Maidan organisierte und finanzierte „bunte Revolution“ scheiterte. Wie in der Ukraine waren Mörder und Totschläger bereits bestellt.

Das alles ist ohne größeren Widerstand in der deutschen Bevölkerung möglich, weil in ihrem westdeutschen Teil des 22. Juni 1941 nie offiziell gedacht wurde. Wer mit Alfred Heusinger einen der Planer des „Fall Barbarossa“ zum höchsten General der Bundeswehr macht, mußte über das Datum schweigen. Es waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Friedensaktivisten, die mit Aktionen wie „Blumen für Stukenbrock“ seit den 60er Jahren die Schweigemauer ein

wenig durchbrachen. Das ist ein Hintergrund für die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen in den vergangenen 30 Jahren und für das, was sich in diesem Jahr zur Frage nach einem offiziellen Gedenkakt der Bundesregierung zum 22. Juni abgespielt hat. Kurz nach dessen Ablehnung verkündete Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im Mai den größten Umbau der Bundeswehr seit langem: Statt auf Krieg in fernen Ländern mit zusammengewürfelten Einheiten müsse die Armee wieder auf traditionelle „Landes- und Bündnisverteidigung“ ausgerichtet werden. Das entspricht dem, was der Thinktank der Bundesregierung, die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), am 26. April analysierte: Die meisten NATO-Staaten hätten verlernt, „ihre Streitkräfte im Bündnisgebiet, das heißt auf europäischem Territorium, rasch bereitzustellen, zu bewegen und im Einsatzraum zu kooperieren. Das müssen sie nun wieder in allen Facetten erlernen.“ Dieses „Wiedererlernen“ proben die USA und 26 weitere Länder vom 1. Mai bis Mitte Juni mit etwa 28 000 Soldaten im Manöver „Defender Europe 21“ in Südosteuropa und im Schwarzmeergebiet.

Noch ist ein Krieg gegen Russland in der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht durchsetzbar. Aber die Geschichte mahnt: Viele hielten 1928 einen Überfall wie 1941 vermutlich nicht für möglich. Es bedarf größter Anstrengungen, um auf absehbare Zeit eine Wiederholung zu verhindern. Denn der offene Aufmarsch geht weiter.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



| | |
|---------------------------------|----|
| Krieg und Frieden | 2 |
| Sie geben ihre Ziele nicht auf | 3 |
| Memorandum | 4 |
| Kriege des Imperialismus | 5 |
| Die Erde ist unsere Mutter | 7 |
| Unruhen in Senegal | 8 |
| Kein zweites Saigon! | 10 |
| Wie weiter im Tschad | 12 |
| Schweden: Tabu gefallen | 13 |
| Systemischer Rivale | 14 |
| Menschenwürde | 16 |
| Die Sache mit dem Impfstoff | 18 |
| Auf den Prüfstand | 20 |
| Drum prüfe, wer sich bindet ... | 24 |
| Leserbriefe | 29 |

Gedenken ist zu wenig

Gedenken an wichtige historische Ereignisse ist notwendig, um daraus für die Gegenwart zu lernen. Der 80. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ist so ein dramatisches Ereignis in der Geschichte der Menschheit.

Der 2. Weltkrieg erhielt an diesem Tag eine Dimension, die sich bis dahin keiner vorstellen konnte. 4,7 Millionen Soldaten der damals größten, modernsten und bestens ausgebildeten Armee wurden aufgeboten, um in Stoßkeilen im Norden, im Westen und im Süden tief in die Sowjetunion einzufallen und den Tod zu säen.

Die deutsche Generalität gedachte spätestens bis Weihnachten in Moskau zu sein. Das war eine Fehleinschätzung – allerdings nicht die letzte. Das katastrophale Ende der Aggression ist bekannt. Mehr als 28 Millionen

Menschen der Sowjetunion verloren ihr Leben, davon kamen 3,3 Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft um. 80 % der Westgebiete des Landes waren zerstört.

Zu den Folgen gehörten auch die völlige Zerschlagung der deutschen Armee und die ihrer Vasallen. Deutschland trauerte um 6,8 Millionen Tote und verlor Teile seiner Ostgebiete. Die deutsche Armeeführung mußte in Berlin die bedingungslose Kapitulation unterschreiben.

Doch die Lernfähigkeit der Militärs der Bundeswehr, der Journalisten und Politiker, aus den historischen Geschehnissen Schlußfolgerungen zu ziehen, scheint äußerst begrenzt zu sein.

Nachdem sowjetische Armeeeinheiten Anfang der 90er Jahre das Gebiet der DDR verlassen haben, stehen deutsche Soldaten jetzt wieder an der russischen Grenze. Die NATO,

die vom Nordmeer bis zum Schwarzen Meer aufmarschiert ist, probt dort mit immer neuen Manövern schon den Krieg. Waffentechnik und militärische Ausrüstung haben ein unvergleichliches Ausmaß angenommen.

So besteht gegenwärtig eine riesige Gefahr u.a. auch darin, daß bei den zunehmend aggressiven Flugmanövern bzw. ähnlichen Bewegungen der Kriegsschiffe Fehler und somit unbeabsichtigte Zwischenfälle mit katastrophalen Folgen nicht auszuschließen sind.

Jahrestage wie der 22. Juni 1941 sind daher Anlässe, öffentlich auf die aktuellen Gefahren aufmerksam zu machen, um die Menschen aufzurütteln, den Kriegstreibern rechtzeitig in den Arm zu fallen. Jeder muß doch wissen, daß ein Krieg gegen Rußland letztlich in einen Atomkrieg münden kann.

Horst Neumann
Bad Kleinen

Krieg und Frieden – ein uraltes Thema der Menschheit

Erklärungen, Legenden, Heldengeschichten, Elend, Zerstörung, Leid, Vernichtung, Massenabschlachtung auf „Feldern der Ehre“, Feindbilder, Haß, Hetze machen das Thema aus.

Nach allem, was der Menschheit bereits an Leid und Schmerz zugefügt wurde, sollte Krieg aus der aus seiner Geschichte verbannt sein. Dem ist nicht so. Im Gegenteil. Neue und größere Kriege bedrohen das gesamte Erdendasein. Ihre Ursachen, Wurzeln und Antriebe leben fort.

Kriegspolitik ist weit mehr als das Schießen, Bomben und Menschenvernichten auf Schlachtfeldern der Welt. Kriege wurden und werden auch ökonomisch, politisch, ideologisch geführt. Wenn damit die herrschenden Interessen, das Streben nach Einfluß, Absatz, Märkten, Rohstoffquellen, Extraprofiten, nicht zu befriedigen sind, expansiver Drang stärker wird, Aggressivität nach außen wie innen zunimmt, erlangt Krieg als militärisches Mittel reale Erwägung.

Kräfteverhältnisse haben sich gravierend verändert, haben Hemmungen abgebaut, die Stimmen und Töne der Krieger lauter werden lassen. Von einem europäischen Sicherheitssystem ist wenig geblieben.

Die vermeintlichen Herrscher der Welt – NATO, USA, EU – haben sich nach 1990 darauf verlegt, überall dort, wo Staaten eigene Interessen verfolgen, nicht bedingungslos zu Unterordnung, Ausbeutung ihrer Ressourcen bereit sind, den Regime-Wechsel in Szene zu setzen, was anmaßend als Friedensmission deklariert wird. Unter demagogischem Mißbrauch von Begriffen wie Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Recht werden Bürgerkriege entfacht, Krieg gerechtfertigt, Millionen Menschen gemordet, Millionen in die Flucht getrieben.

An Rußlands Grenzen, um die Ukraine, im Schwarzen Meer und zu China hin braut sich Kriegsgefahr zusammen, droht zu eskalieren. Dabei ist doch bekannt, kann von jedem gewußt werden, was Krieg bedeutet. Aber regierende Mächte und Kräfte tun alles, um Kriegswahrheiten zu vernebeln, mystisch zu verkleistern, heroische Legenden darum spinnen, Heimat, Vaterland, „Volksgemeinschaft“ ins Spiel zu bringen. Mit psychologischen Mitteln und Massenmanipulation wurde und wird in den Krieg getrieben, um den eigentlichen Hintergrund, die Interessen daran zu verschleiern. Feindbilder aufbauen, Gegner diffamieren, Kriegsstimmung erzeugen, Haß und Hetze – das alles gehört auch heute zum Kriegsgeschäft.

Und viel zu wenige stehen dagegen auf. Viel zu viele ergeben sich in Gleichgültigkeit oder meinen, nichts tun zu können. Viele sind gar bereit, „für Volk und Vaterland“ Feindbilder zu verinnerlichen.

Lenin beschreibt die Dialektik, den Zusammenhang mit den Worten: „Der Krieg steht in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.“

Die letzte Antwort des Imperialismus auf das Erreichen der Grenzen seiner Entwicklung ist nicht Zusammenbruch, sondern Gewalt.

Mit Zunahme der Kapital- und Machtkonzentration gelangt bürgerliche Demokratie an

ihre Grenzen. Lobbyismus, Korruption, Betrug, Wirtschaftskriminalität im Verbund mit dem Staat selbst bildet sich mehr und mehr zu destruktiver Herrschaftsform. Kriege bleiben am Ende die erstrebenswerte, profitabelste Investitionform für angehäuften Kapitalvermögen, die nach Verwertung, Anlage schreien, was in nationalen Grenzen nicht mehr umfassend gegeben ist.

Es ist eine gefährliche Illusion, sich dem Glauben hinzugeben, daß eine Gesellschaftsordnung, die auf Wirtschaftskrieg basiert, den Frieden sichern könne, daß Ausgebeutete, Lohnabhängige sich in einem „Haus Europa“ einrichten könnten, während die Räuberbande des Kapitals sich in maßlosem Drang und Zwang nach Profitabilität, gegen die sinkende Tendenz der Profitraten wieder zu übernehmen droht.

Alles steuert derzeit auf die größte barbarische Katastrophe zu. Es ist eine Frage der Zeit, der Kräfteverhältnisse, vielleicht der Gegenwehr der Friedenskräfte, den erneut entbrannten Kampf um die Aufteilung der Welt nicht in einem letzten Weltkrieg enden zu lassen.

Kann Hoffnung bestehen? Kann das Gleichgewicht des Schreckens Hoffnung sein, wenn Provokation und Eskalation nicht überlegtem Handeln weicht? Kann die Friedensbewegung Hoffnung machen? Ist die Linke eine hoffnungsvolle Kraft, ist sie überhaupt noch eine politische Kraft?

Fragen über Fragen, keine Gewißheit. Aber gewiß ist eins: Wird kein Einhalt gefunden mit der Eskalation, steigt die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Katastrophe bis zu einem Punkt, wo es kein Zurück mehr geben wird.

Roland Winkler
Aue

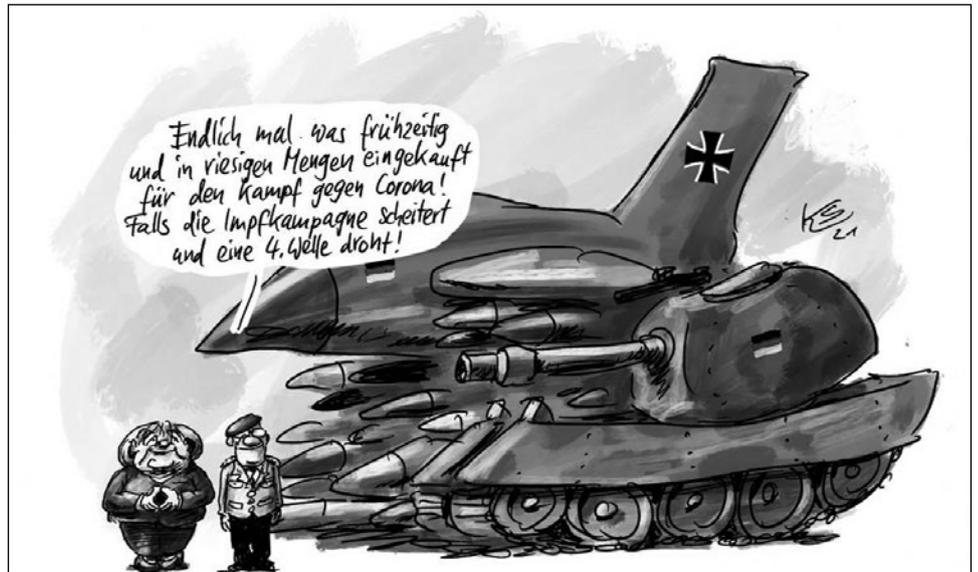
Sie geben ihre Ziele nicht auf

An der Geschichte der Ukraine seit Beginn des 1. Weltkrieges bis in die Gegenwart läßt sich nachweisen, wie mit ihrer Hilfe die Aggressionspolitik Deutschlands und anderer imperialistischer Mächte gegenüber Rußland durchgesetzt werden soll.

Im Verlauf des 1. Weltkrieges wurden die Beziehungen zwischen Deutschland und der damals noch nicht als Staat existierenden Ukraine besonders von den Aktivitäten und Anschauungen der in der „Zentralstelle für Auslandsdienst“ im deutschen Auswärtigen Amt tätigen Mitarbeiter Paul Rohrbach und Matthias Erzberger geprägt. Dabei ging es insbesondere darum, wie der Krieg gegen Rußland zu gewinnen und Deutschlands Zugriff auf dieses Riesenreich zu sichern sei. Seine strategischen Vorstellungen sind in der „Kriegszielenkunde“ von 1914 formuliert: die Schaffung von Selbstverwaltungen oder die Gewährung von Eigenstaatlichkeit einzelner Gebiete, so auch der Ukraine. Eine besondere Bedeutung maß die „Zentralstelle“ der Förderung nationalistischer Kräfte und Exilanten bei, denen man durch den „Bund zur Befreiung der Ukraine“ bei Kriegsbeginn erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellte. Durch gezielte ideologische Maßnahmen wurden ukrainische Kriegsgefangene gegen ihre russischen Mitgefangenen aufgebracht, was der späteren Verbreitung nationalistischen Gedankengutes Vorschub leistete. Rohrbach veröffentlichte in der Folgezeit verschiedene Publikationen. So schrieb er u.a. in seinem im Jahre 1916 veröffentlichten „Politischen Wanderbuch“ unter Berücksichtigung der damals wirtschaftlichen Schwäche Rußlands: „Ohne die Ukraine ist Rußland nichts. Hat es kein Eisen, keine Kohle, kein Korn, keine Häfen! Alles große Leben in Rußland muß versiegen, wenn ein Feind die Ukraine packt. Wenn aber der Tag kommt, wo Rußland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und so viel Entschlossenheit, daß er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß – dann, ja dann könnte Rußland zertrümmert werden. Wer Kiew hat, kann Rußland zwingen!“ In der deutschen Politik gegenüber Rußland fanden die Vorstellungen Rohrbachs in den Folgejahren zunehmend Verwirklichung. So schloß Deutschland im Februar 1918 mit der Ukraine ein Abkommen, obwohl diese als Staat nicht existierte. Mit diesem Dokument wurde die Ukraine de facto als Staat anerkannt, der jedoch unter deutscher Oberhoheit stand. Sofort begann die deutsche Großindustrie mit der Ausbeutung des Landes, die mit Ende des Krieges ihr Ende fand. Das bedeutete jedoch keineswegs das Ende der Ideen Rohrbachs in deutschen Regierungskreisen. An der Unterstützung nationalistischer Kräfte gegen Rußland und später der Sowjetunion hielt man eisern fest. Zu diesem Zweck gründete Rohrbach 1918 die „Deutsch-Ukrainische Gesellschaft“, in deren Monatszeitschrift er darauf verwies,

daß „eine Eingliederung der Ukraine nach Rußland unbedingt verhindert werden müsse, da das Land ansonsten für die deutsche Wirtschaft verloren sei“. In einem weiteren Beitrag verwies der dieser Gesellschaft zuzuordnende Axel Schmidt darauf, daß die Sowjetunion entschieden zu bekämpfen und die Eigenstaatlichkeit der Ukraine zu fördern sei. Zitat: „Das Spiel im Osten ist nur mit dem ukrainischen Trumpf zu gewinnen.“ Die Folgejahre der deutschen Aktivitäten

das von Rohrbach beschriebene „Losbinden der ukrainischen Bewegung“ tatsächlich Gestalt anzunehmen. Ob die USA, Deutschland oder die NATO – alle richten ihre Konfrontationspolitik koordiniert gegen Rußland aus. Heute übernehmen die Aufgaben der eingangs genannten „Zentralstelle“ die Führungszentren der NATO sowie führende Politiker der USA und nicht zuletzt auch Deutschlands. So erklärte der ehemalige Präsidentschaftsbewerber der USA Mitt Rom-



Karikatur: Klaus Stuttmann

gegenüber der Ukraine waren geprägt von massiver Förderung gewaltbereiter nationalistischer Kräfte, die ihren vorläufigen Höhepunkt in der Gründung der Organisation der ukrainischen Nationalisten, der OUN, im Jahre 1929 fand. Um den Einfluß Deutschlands in diesen Zusammenhängen zu verschleiern, fand der „Gründungsakt“ in Wien statt. Terror und Gewalt bestimmten die Aktivitäten dieser Formation. In Vorbereitung und Verlauf des 2. Weltkrieges und auch noch Jahre danach sind eine Vielzahl von Gräueltaten dieser Organisation und ihrer bewaffneten Banden vor allem gegen die UdSSR, Polen und die Ukraine dokumentiert. Nach dem 2. Weltkrieges war der Kampf um die Ukraine keinesfalls beendet. Rohrbach konnte seine Strategie in Zusammenarbeit mit in die BRD geflohenen ukrainischen Nationalisten bis zu seinem Tod im Jahre 1956 fortführen. Nach dem Zerfall der UdSSR und der Erklärung der Eigenstaatlichkeit der Ukraine gehörte die BRD zu einem der ersten Staaten, welche die Ukraine anerkannten. Wie eh und je geht es darum, jene Kräfte zu fördern, die auf die nationalistische Karte setzen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Treffen des damaligen Geheimdienstkoordinators der Bundesregierung, Ronald Pofalla, mit Dissidenten aus der Ukraine und Belorußland im Jahre 2012, denen einmal mehr jegliche Unterstützung zugesagt wurde. Wenn wir die gegenwärtige Entwicklung der Ukraine betrachten, so scheint

ney: „Wir haben die Sowjetunion besiegt, wir werden auch Rußland besiegen. Wir werden die Russen zwingen, zu den Waffen zu greifen!“ Und: „Rußland ist der geopolitische Feind Nr. 1“. Der 2017 verstorbene Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, erklärte u.a.: „Die Ukraine ist ein wunder Punkt Rußlands. Sie müssen wir Rußland entreißen.“ Dieses Ziel wurde bekanntlich erreicht. Nun geht es darum, die Entwicklung im Interesse des Westens weiter voranzutreiben. In erster Linie mit der Option Krieg und „Defender 21“, dem größten Militärmanöver der NATO in Europa mit Zielrichtung Rußland. Die Lieferung modernster Waffen und die Ausbildung ukrainischer Militärs durch die USA sind Teil einer wachsenden und intensivierten Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine, Strukturen der NATO in Europa werden immer weiter modernisiert und ausgebaut. Die damit heraufbeschworene, Tag für Tag wachsende Kriegsgefahr wird unter Ausnutzung der Corona-Pandemie in der Presse vertuscht. Ein Szenario an Desinformation und Halbwahrheiten durchzieht die Medienwelt. Wenn zur Entwicklung in der Ukraine berichtet wird, dann ist Rußland an der Eskalation schuld. Kriege wurden und werden durch Menschen gemacht und nur Menschen können aufstehen und diese verhindern.

Dietmar Hänel
Flöha

Einen Krieg in der Ukraine vermeiden

Memorandum der Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)* an den Präsidenten der USA

Sehr geehrter Präsident Biden

Wir haben das letzte Mal am 20. Dezember 2020 mit Ihnen kommuniziert, als Sie zum Präsidenten gewählt wurden. Damals haben wir Sie vor den Gefahren gewarnt, die mit der Konzeption einer Politik gegenüber Rußland verbunden sind, die auf einem Rußland-Bashing aufbaut. Während wir die in diesem Memorandum vorgenommene Analyse weiterhin unterstützen, dient dieses neue Memo einem weitaus dringlicheren Zweck. Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit auf die gefährliche Situation lenken, die heute in der Ukraine besteht, wo das Risiko eines Krieges wächst, wenn Sie keine Schritte unternehmen, um einen solchen Konflikt zu vermeiden. An dieser Stelle erinnern wir an zwei grundlegende Realitäten, die angesichts der wachsenden Spannungen zwischen der Ukraine und Russland besonders hervorgehoben werden müssen.

Erstens: Da die Ukraine kein Mitglied der NATO ist, würde Artikel 5 des NATO-Vertrags im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen der Ukraine und Rußland natürlich nicht gelten. Zweitens könnte die derzeitige militärische Aufrüstung der Ukraine, wenn sie in eine tatsächliche militärische Operation übergehen sollte, zu Feindseligkeiten mit Rußland führen. Wir halten es für unerlässlich, daß Ihre Regierung sofort versucht, jede „Lösung“ für die derzeitige festgefahrene Situation, die eine militärische Dimension hat, sozusagen von der Tagesordnung zu streichen. Kurz gesagt, es gibt und kann niemals eine militärische Lösung für dieses Problem geben. Ihre vorläufige nationale Sicherheitsstrategie besagt, daß Ihre Regierung „kluge und disziplinierte Entscheidungen in bezug auf unsere nationale Verteidigung und den verantwortungsvollen Einsatz unseres Militärs treffen wird, während sie die Diplomatie zu unserem Mittel der ersten Wahl erhebt“. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um diese Worte in die Tat umzusetzen und für alle deutlich zu machen. Wir sind der festen Überzeugung:

Dem ukrainischen Präsidenten Selenski muß klar gemacht werden, daß es weder von den USA noch von der NATO militärischen Beistand geben wird, wenn er die ukrainischen Falken, denen es in den Fingern juckt, Rußland eine blutige Nase zu verpassen, nicht im Zaum hält – Falken, die durchaus erwarten könnten, daß der Westen der Ukraine in jedem Konflikt mit Rußland zu Hilfe kommt. (Es darf nicht zu einer Wiederholung des Fiaskos vom August 2008 kommen, als die Republik Georgien offensive Militäroperationen gegen Südossetien einleitete in dem irrigen Glauben, die USA würden ihr zu Hilfe kommen, wenn Rußland militärisch antwortet.)

Wir empfehlen, daß Sie sich umgehend wieder mit Selenski in Verbindung setzen und

darauf bestehen, daß Kiew seine aktuelle militärische Aufstellung in der Ostukraine stoppt. Die russischen Streitkräfte stehen an der Grenze bereit, um zu reagieren, wenn Selenskis lockeres Gerede vom Krieg zu mehr als Prahlerei wird. Washington sollte auch alle militärischen Trainingsaktivitäten, an denen US- und NATO-Truppen in der Region beteiligt sind, auf Eis legen. Dies würde die Wahrscheinlichkeit verringern, daß die Ukraine diese Trainingsmissionen als faktisches Zeichen der Unterstützung für ukrainische Militäroperationen zur Wiedererlangung der Kontrolle über den Donbass oder die Krim mißverstehen könnte.

Ebenso unerlässlich ist es, daß die USA hochrangige diplomatische Gespräche mit Rußland führen, um die Spannungen in der Region abzubauen und die derzeitige Eile hin zu einem militärischen Konflikt zu deeskalieren. Das komplexe Geflecht von Problemen zu entwirren, das derzeit die Beziehungen zwischen den USA und Rußland belastet, ist eine gewaltige Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu bewältigen sein wird. Dies wäre ein günstiger Zeitpunkt, um auf ein gemeinsames Ziel hinzuwirken, nämlich bewaffnete Auseinandersetzungen in der Ukraine und einen weitergehenden Krieg zu verhindern. In den aktuellen Auseinandersetzungen um die Ukraine gibt es sowohl Chancen als auch Risiken. Diese Krise bietet Ihrer Regierung die Möglichkeit, die moralische Autorität der Vereinigten Staaten in den Augen der internationalen Gemeinschaft zu verbessern. Mit Diplomatie zu führen, wird das Ansehen Amerikas in der Welt deutlich erhöhen.

Für die Leitungsgruppe der *Veteran Intelligence Professionals for Sanity*:

William Binney, former Technical Director, World Geopolitical & Military Analysis, NSA; co-founder, SIGINT Automation Research Center (ret.); *Marshall Carter-Tripp*, Foreign Service Officer & former Division Director in the State Department Bureau of Intelligence and Research (ret.); *Bogdan Dzakovic*, former Team Leader of Federal Air Marshals and Red Team, FAA Security (ret.) (associate VIPS); *Graham E. Fuller*, Vice-Chair, National Intelligence Council (ret.); *Robert M. Furu-kawa*, Captain, Civil Engineer Corps, USNR (ret.); *Philip Giraldi*, CIA, Operations Officer (ret.); *Mike Gravel*, former Adjutant, top secret control officer, Communications Intelligence Service; special agent of the Counter Intelligence Corps and former United States Senator, *John Kiriakou*, former CIA Counterterrorism Officer and former Senior Investigator, Senate Foreign Relations Committee; *Karen Kwiatkowski*, former Lt. Col., US Air Force (ret.), at Office of Secretary of Defense watching the manufacture of lies on Iraq, 2001-2003; *Edward Loomis*, NSA Cryptologic Computer Scientist (ret.); *Ray McGovern*, former US Army infantry/intelligence officer

& CIA presidential briefer (ret.); *Elizabeth Murray*, former Deputy National Intelligence Officer for the Near East & CIA political analyst (ret.); *Pedro Israel Orta*, CIA Operations Officer & Analyst; Inspector with IG for the Intelligence Community (ret.); *Todd E. Pierce*, MAJ, US Army Judge Advocate (ret.); *Scott Ritter*, former MAJ., USMC, former UN Weapon Inspector, Iraq; *Coleen Rowley*, FBI Special Agent and former Minneapolis Division Legal Counsel (ret.); *Kirk Wiebe*, former Senior Analyst, SIGINT Automation Research Center, NSA; *Sarah G. Wilton*, CDR, USNR, (ret.); Defense Intelligence Agency (ret.); *Robert Wing*, U.S. Department of State, Foreign Service Officer (former) (associate VIPS); *Ann Wright*, U.S. Army Reserve Colonel (ret) and former U.S. Diplomat who resigned in 2003 in opposition to the Iraq War.

Quelle: Copyright © Veteran Intelligence Professionals for Sanity, Antiwar.com vom 6. April 2021

(Übersetzung Zeit-Fragen, Zürich)

* *Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)* setzt sich aus ehemaligen Geheimdienst-offizieren, Diplomaten, Militäroffizieren und Kongreßmitarbeitern zusammen. Die 2002 gegründete Organisation gehörte zu den ersten Kritikern von Washingtons Rechtfertigungen für einen Krieg gegen den Irak. VIPS setzt sich für eine US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die auf echten nationalen Interessen basiert und nicht auf erfundenen Bedrohungen, die aus vorwiegend politischen Gründen vorgeschoben werden.



Die Kriege des Imperialismus sind Kriege nach innen und außen

Die westdeutsche Friedensbewegung sammelte seit Ende 1980 Unterschriften zur Unterstützung des Krefelder Appells (15./16. November 1980), der den NATO-Doppelbeschluss als Kriegssignal für die Sowjetunion infrage stellte. Bis Sommer 1981 unterzeichneten mehr als 1 Million BRD-Staatsbürger diesen gegen die Gefahr des atomaren Erstschlags gerichteten Appell. (...) Doch die „gottgläubigen“ Eliten Westdeutschlands ließen sich nicht beirren und blieben verlässlicher Bündnispartner der US-amerikanischen Kriegsverbrecher. Die Lehren aus den Nürnberger Prozessen waren längst vergessen. Auf dem Evangelischen Kirchentag in den Tagen der 40. Wiederkehr des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (17.–21. Juni 1981) erklärten Gert Bastian und Petra Kelly die aggressive Aufrüstung der NATO auf dem Hintergrund der dem deutschen Wesen angemessenen Bedrohungslüge. Die deutsche Pflugscharbewegung sammelte sich und startete achtbare und gewaltfreie Aktionen nach dem Vorbild der US-amerikanischen Friedensbewegung. Polizei und Justiz reagierten. Der Friedens- und Konfliktforscher Wolfgang Sternstein schreibt über eine von ihm erlebte deutsche Gerichtsverhandlung: „Die Rechtsordnung war für ihn [d. i. den Richter] absolut verbindlich. Wer sie durch Akte des zivilen Ungehorsams infrage stellte – und er betrachtete den zivilen Ungehorsam als Infragestellung der Rechtsordnung im Ganzen – mußte nicht nur bestraft, er mußte auch moralisch verurteilt werden, denn durch ihn drohen Gesetzlosigkeit und Chaos.“ Sternstein meinte bei einer solchen Verhandlung, daß „der zivile Ungehorsam nicht die Rechtsordnung als solche in Frage stellt, sondern lediglich das gesetzlich sanktionierte Unrecht“. Ende 1981 (29. November–7. Dezember) war Petra Kelly als Sprecherin der Grünen und Mitinitiatorin des Krefelder Appells in Begleitung von Gert Bastian in den USA. Kelly, die in den 60er Jahren fast acht Jahre in den USA studiert hatte, kannte die Atmosphäre der Zivilgesellschaft der USA recht gut. Die US-amerikanische Friedensbewegung war in viele Gruppen aufgespalten, ein einheitliches Organisationszentrum der amerikanischen Friedensbewegung gab es Ende 1981 nicht. Über ihre Begegnung mit Philip Berrigan (einem bekannten Friedensaktivisten und vormaligen römisch-katholischen Priester – d. R.) und dessen Bruder Daniel notierte sie: (...) „Wann immer wir mit der NATO, mit dem Pentagon, mit welcher militärischen Macht auch immer, mit einer irrationalen Macht‘ verhandeln oder ins Gespräch kommen wollten, müßten nicht nur Flugblätter oder Gespräche verwendet werden, sondern Symbole, die den Tod konkretisieren (Asche, Blut, Wasser, Erde, Öl usw.)“. Sie schreibt: „... Alles, was man sagt, soll man auch bezeugen können. ... Also keine folgenlosen Reden, Worte, Papiere. ... Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt für uns hier in Europa, in der BRD. Wir haben nur ein

Jahr vor uns, um die NATO-Nachrüstung zu verhindern. 300 000 Menschen in Bonn und schöne Reden werden diese Nachrüstung nicht verhindern – auch nicht nur Unterschriften und Appelle. Es muß viel mehr passieren und wir müssen in unserer Gewaltfreiheit radikaler werden. Phantasievoller. ...“

Der Bundestag billigte am 22. November 1983 die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Bis 1987 wurde in vier NATO-Staaten – Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien – die Pershing II aufgestellt.

Damals wie heute praktizieren die USA als „a nation under God“ durch ihr Establishment den Staatsterrorismus. Bombardements der



Abschlußkundgebung des Ostermarsches Ruhr am 5. April in Dortmund / Quelle: mediabase

Demokratien der Reichen gegen die Armen stehen am Beginn der NATO-Ausplünderungskriege, von denen die bekanntesten jene gegen Afghanistan, den Irak, Libyen oder Syrien sind. In die Vergessenheit gedrängt werden Drohnenangriffe wie 2009 durch die USA auf Jemen, seit 2014 forciert die NATO ihren Aufmarsch in der Ukraine. Das von den Medien immer wieder ins Gedächtnis gerufene Datum des 11. September 2001 (New York) ist das Alibi für diese Barbarei. Deutschland als Zentrum der Europäischen Union führt wieder Kriege, Aggressionskriege unter dem Vorwand, friedliche Bürger zu schützen. Kelly hat den Grünen angehört, einer Partei, die, wie sie 1991 in einem offenen Brief klagt, „zuerst menschlich gescheitert ist“.

Die Grünen haben ihre rebellischen Anfänge ziemlich rasch hinter sich gelassen und wurden von Opportunisten und Chauvinisten übernommen. Sie gehören zu den treibenden Kräften, die deutsche Tornados zur völkerrechtswidrigen NATO-Bombardierung von Belgrad (24. März 1999) aufsteigen haben lassen und für die Neokolonialisierung des Balkans mitverantwortlich sind. Geschickt wird dieser Aggressionsakt durch die Definition „Kosovo-Krieg“ verschleiert. Nach der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 14. Dezember 1974 angenommenen „Definition der Aggression“ müßten sich die verantwortlichen deutschen Politiker vor einem Kriegsverbrechertribunal verantworten. Wenige Wochen vor ihrem Tod am 1. Oktober 1992 hat Kelly in einem Brief über die Vorbereitungen von deutschen Militäreinsätzen

geschrieben: „Ich bin gegen den militärischen Einsatz – schon gar nicht für einen Einsatz der deutschen Soldaten. Deutsche Soldaten haben nichts im Ausland verloren! Wir brauchen gewaltfreie Konfliktlösungen und pazifistische Denk + Lebensweisen! Eine Bundesrepublik ohne Armee!“

Friedensfreunde wie D. Berrigan blieben mit ihrer Friedensidee und den daraus resultierenden Aktionen im Formalen und Nur-Politischen stecken, sie glaubten und hofften allzu sehr durch ihr Tun eine mögliche Veränderung im Geiste zu erreichen. Die Veränderung kann nicht allein ein geistiger Prozeß sein, es ist auch nicht allein ein materieller Prozeß, wie das Marxisten gemeint haben. D. Berrigan war wie seine Freunde kompromißloser Pazifist mit naiven Vorstellungen über die Ergebnisse seines Tuns. Es gilt, die Ursachen des Unfriedens zu bekämpfen, deren letzter Grund in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgrund der Eigentumsverhältnisse zu suchen ist. Marxisten wie Hermann Klenner fordern immer wieder, den Dingen auf den Grund zu gehen und erinnern an Brecht, der auf dem Pariser Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur (1935) gefordert hat: „Kameraden, sprechen wir von den Eigentumsverhältnissen!“ Die Kriege des Imperialismus sind Kriege nach innen und außen um Eigentum, um Profit und die großen und kleinen Geschäfte. Sie begründen die Herrschaft von Menschen über andere Menschen. Die Armut aufgrund der Eigentumsverhältnisse ist die nachhaltigste Form der Gewalt „und“, so Jon Sobrino SJ, „die Form der Gewalt mit der größten Straffreiheit. Nach einem Holocaust oder nach Massakern gibt es – manchmal – ein Nürnberg, das gibt es aber nicht für die Ausplünderung des lateinamerikanischen oder des afrikanischen Kontinents. Welches Tribunal soll man wegen der 35 oder 40 Millionen Menschen anrufen, die jährlich wegen Hungers oder dadurch verursachten Krankheiten sterben? Und das Bitterste ist, es wäre heute möglich, den Hunger auszumerzen“.

„Es geht also darum“, wie der Befreiungstheologe Ignacio Ellacuría SJ mit Blick auf die moderne Gewalt an den vielen Orten des globalen Terrors des Reichtums auffordert, „mit der revolutionär-befreienden Gewalt das verneinte Leben zu bejahen, angesichts der Herrschaft des Todes zu überleben, sich von dem zu befreien, was ein Mindestmaß an Verwirklichung des menschlichen Wesens selbst verhindert. Wenn ihr kein anderer Ausweg bleibt, wird diese revolutionäre Gewalt zum bewaffneten Kampf, ohne deswegen terroristischer Kampf sein zu müssen“.

Für den Widerstand gegen die Verbrechen und Akkumulation des Kapitals sind solche furchtlosen Leben wie von Daniel Berrigan SJ ein Mahnmal, weil sie Hoffnung geben.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt aus ZdA, 3. April 2021

Es muß Frieden sein!

„Hitler kaputt! Hurra!“ Das waren die Worte, mit denen sich, den Berichten nach, die US-amerikanische Patrouille den Soldaten der Roten Armee zu erkennen gab. Beide Truppenteile hatten eine harte Strecke hinter sich. Die erste US-Armee war von der Landung in der Normandie über die Ardennenoffensive bis zu jenem Tag an der Elbe immer mittendrin in den heftigsten Kämpfen an der Westfront, und die 5. Gardarmee, der dieser Name als Auszeichnung nach Stalingrad verliehen wurde, hatte sich über den Dnjepr durch Schlesien bis zur Elbe vorgekämpft. Beide Seiten waren von den Schrecken geprägt, die ihr gemeinsamer Gegner hinterließ. An diesem sonnigen 25. April schuf diese Begegnung einen Augenblick zwischen Krieg und Frieden. Die Nazis hatten noch nicht kapituliert, aber ihr Ende war nicht mehr aufzuhalten, und die Freude auf den Gesichtern der Fotografien zeigt schon das Wissen um den nahenden Sieg.

Auf einem der Bilder sitzen amerikanische und sowjetische Offiziere bunt gemischt an langen Tischen unter blühenden Obstbäumen und feiern. Zwischen den Bäumen hängt ein eilig gefertigtes Transparent: „Our greetings to the brave troops of the First American Army“, unsere Grüße an die tapferen Truppen der Ersten Amerikanischen Armee.

Vielleicht hatten einige der US-Amerikaner Roosevelts Rede gelesen oder gehört, die er nach seiner Rückkehr aus Jalta vor dem US-Kongreß hielt. Niemals zuvor waren die Hauptalliierten einiger – nicht nur in ihren Kriegszielen, sondern in ihren Friedenszielen, hatte er gesagt, und dann ausgeführt, was die von den Alliierten geforderte bedingungslose Kapitulation für ihn bedeutete: „Das Ende des Nazismus und der Nazipartei – und all ihrer barbarischen Gesetze und Institutionen. Das Ende jedes militaristischen Einflusses im öffentlichen, privaten und kulturellen Leben Deutschlands. Eine schnelle und gerechte – und strenge – Bestrafung der Nazi-Kriegsverbrecher. Die vollständige Entwaffnung Deutschlands; die Zerstörung seines Militarismus und seiner militärischen Ausrüstung; die Zerstreuung all seiner bewaffneten Kräfte; die dauerhafte Zerschlagung des deutschen Generalstabs, der so oft den Weltfrieden zertrümmert hat.“

Möglich auch, daß ihnen nicht entgangen war, was Roosevelt in dieser letzten großen Rede vor seinem Tod über die Zeit nach dem Krieg sagte: „Der Aufbau des Weltfriedens kann nicht das Werk eines Mannes oder einer Partei oder einer Nation sein. Es kann kein amerikanischer, kein britischer, kein russischer, kein französischer oder chinesischer Frieden sein. Es kann kein Frieden der großen Nationen – oder der kleinen Nationen sein. Es muß ein Frieden sein, der auf der gemeinsamen Bemühung der ganzen Welt beruht.“

Ja, ähnlich mögen sie gedacht haben, diese Soldaten, die sich am 25. April 1945 begegneten, einem Augenblick, der den Höhepunkt dieser Waffenbrüderschaft darstellte

und der sich an der Grenze zwischen Krieg und Frieden ereignete.

Aber in Wirklichkeit war das nur die Grenze zwischen zwei Kriegen, dem heißen und dem kalten. An eben diesem Tag hatte Roosevelts Nachfolger Truman, der schon bei Amtsantritt geäußert hatte, das „Bündnis mit den Sowjets“ müsse man jetzt brechen oder nie, vom Manhattan Project erfahren, der Entwicklung der Atombombe. Und während amerikanische und sowjetische Soldaten auf den Frieden tranken, sann man in Washington bereits darüber nach, wie man die neue Waffe gegen den Verbündeten nutzen könne.



Und im abgespaltenen Westen Deutschlands? Von schneller, gerechter und strenger Bestrafung der Kriegsverbrecher keine Spur und der Generalstab, der zerschlagen werden sollte, wurde bald schon wieder zum Aufbau der Bundeswehr herangezogen und dann an der Spitze der NATO benötigt. Die Feienden von Torgau waren schon während der Feier verraten.

Im März noch hatte Roosevelt (zur Verärgerung Churchills) den Dulles-Wolf-Plan abgelehnt, ein Angebot der Nazispitzen, den Krieg im Westen einzustellen, um ihn gemeinsam im Osten weiterzuführen. Während der Torgauer Feier saß ein Nazi-offizier namens Reinhard Gehlen im Berchtesgadener Land auf einer Kiste sorgsam gefälschter Dokumente und wartete auf die Gelegenheit, sie den Amerikanern zu übergeben; die Behauptung, die Sowjetunion wolle den Krieg fortsetzen, sollte großen Teilen der Nazielite den Hals retten, und das gelang auch.

So ist es nicht möglich, die Bilder aus Torgau von 1945 ohne Wehmut zu betrachten und darüber nachzudenken, wie die Welt aussähe, wäre dieses Bündnis nicht verraten worden.

Jene, die damals den Verrat betrieben, bescherten der Welt die CIA und die NATO und all die vielen kleinen Kriege seither. Ihre Nachfolger, nicht nur im Amt, sondern auch in der Gesinnung haben die letzten Jahre damit verbracht, immer neues Kriegsmaterial gen Osten zu karren und mit einem Manöver nach dem anderen in Bewegung zu halten. Sie führen schon das zweite Großmanöver unter dem heuchlerischen Namen „Defender“, Verteidiger, durch, bei dem sie tatsächlich die Logistik für Truppeneinsätze gegen Rußland üben, unter Beteiligung des US Militärs. Der kleine Diktator der Ukraine steht

bereit, abermals über den Donbass herzufallen.

Es muß niemanden wundern, wenn in Rußland Erinnerungen an den Sommer 1941 wach werden. Wie schrieb Hitler in der berühmten Weisung 21 vom Dezember 1940: „Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind – soweit noch nicht geschehen – schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15.4.1941 abzuschließen. Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, daß die Absicht eines Angriffs nicht erkennbar wird.“ Zu den Vorbereitungen für einen Angriff gehören logistische Probeläufe, Stabsübungen, Manöver, Erkundigungen des Terrains, Simulationen möglicher Verläufe, die Einstimmung der Bevölkerung auf den anvisierten Gegner und Verlagerungen von Material und Menschen, aber in modernen Kriegen, die nicht mehr erklärt werden, ist bis zur letzten Sekunde unklar, ob die zusammgezogenen Truppen nur spielen wollen oder tatsächlich ein Krieg vom Zaun gebrochen werden soll. Die Absicht eines Angriffs soll nicht erkennbar sein.

Wie kann es also nicht beunruhigen, wenn die NATO in den letzten Jahren die Vorbereitungsschritte konsequent abarbeitet, von der logistischen Planung über die Simulationen, die die RAND-Corporation lieferte, über Stabsübungen in Polen über die Ansammlung von Kriegsmaterial in der Nähe der russischen Grenze bis hin zu den inzwischen täglichen Flügen westlicher Spionageflieger um die Krim herum oder die Donbass-Front entlang? Eine russische Regierung, die diese Schritte nicht ernst nimmt, würde die Sicherheit ihrer Bevölkerung sträflich vernachlässigen. Ja, selbst als Übungen sind diese Handlungen ein aggressiver Akt, weil sie das Gegenüber zwingen, Kräfte in Bereitschaft zu versetzen und dafür Mittel zu verbrauchen, die doch beispielsweise beim Wohnungsbau oder der Gesundheitsversorgung bessere Verwendung finden könnten. Was selbstverständlich auch für den inzwischen reichlich aufgeblähten Rüstungsetat der Bundesregierung gilt, nur daß es in einem solchen Moment der Aggressor – die NATO – ist, der eine Entscheidung trifft, während der anderen Seite, Rußland, eine Entscheidung aufgezwungen wird.

Seit der Krieg im Donbass begann, vor mittlerweile unfaßbaren sechs Jahren, ist der Strom westlicher Waffen, westlicher Militärberater und westlicher Gelder nach Kiew nie versiegt, und das Begleitkonzert aus Ausrüstung und Manövern, das zur russischen Grenze hin gespielt wird, wird von Jahr zu Jahr lauter. Nur das Erschrecken darüber ist über die Jahre geschwunden.

Erinnern wir uns an die damalige Begegnung amerikanischer und sowjetischer Soldaten, an die freudestrahlenden Gesichter. Sie hatten Grund zur Freude, denn sie waren zwar noch im Krieg, aber fast schon im Frieden. Wir befinden uns noch im Frieden, aber fast schon im Krieg.

Liane Kilinc
Wandlitz

Die Erde ist unsere Mutter

Venezuela, Kuba, Bolivien und Nicaragua klagen den negativen Einfluß des kapitalistischen Systems auf die Entwicklungen in der Natur an

Bei info.bolivien ist zu lesen: „Die Pachamama ist die höchste Gottheit der Aymara. Sie bietet Schutz, steht für Fruchtbarkeit, Überfluß, Weiblichkeit, Großzügigkeit, Reife der Feldfrüchte etc. Das Wort ‚pacha‘ existiert sowohl in der Sprache der Aymara als auch der Quechua und bedeutet Erde, Kosmos, Universum, Zeit, Raum. ‚Mama‘ bedeutet ganz einfach Mutter und so wurde die Übersetzung ‚Mutter Erde‘ geprägt.“

Am Tag der Erde, am 22. April 2021, fand ein virtuelles internationales Forum „Wiedersehen mit Pachamama“ statt, zu dem der Präsident Boliviens Luis Arce eingeladen hatte. Von La Paz aus rief er die Völker des Südens dazu auf, der Umwelt- und Klimakrise eine zukunftssichernde Antwort zu geben. Sie müsse darin bestehen, die Rechte der Mutter Erde sowie die Pflichten und Aufgaben der Gesellschaft zur Wahrung dieser Rechte anzuerkennen und durchzusetzen.

Für Luis Arce ist die Umweltkrise das Ergebnis des hochgradigen unvernünftigen Konsumverhaltens rund um den Globus. „Allein die Waldbestände auf der Welt verringerten sich seit 1990 um 81 Millionen Hektar, obwohl es das Programm der Vereinten Nationen für die Umwelt gibt, das dazu aufruft, Frieden mit der Natur zu schließen.“

Er forderte, daß die Gesellschaften bis 2030 die Kohlendioxid-Emissionen um 45 Prozent verringern und 2050 Null-Nettoemissionen erreichen müssen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, die Artenvielfalt zu bewahren, die Kontaminierung und Müllproduktion zu senken.

Der Präsident Venezuelas Nicolás Maduro schlug auf dem virtuellen Forum dem Politischen Rat der Bolivarischen Allianz für die Völker Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TPC) vor, die Abkommen der Sitzung zu übernehmen und eine gemeinsame Vorstellung für den nächsten Klimagipfel, der in diesem Jahr in Glasgow stattfinden soll, zu entwickeln. Maduro wiederholte die Forderung nach einem neuen Gesellschaftsmodell, das auf den Rechten der Mutter Erde und der Völker aufgebaut ist.

„Niemand kann den negativen Einfluß des Kapitalismus auf die Natur negieren. Bereits auf dem Gipfel von Rio vor 30 Jahren warnte Präsident Fidel Castro vor der Gefahr, in der sich die Menschheit befindet.“

Der venezolanische Staatschef betonte, daß die Demokratie in Bolivien auch deshalb gerettet wurde, weil dieses südamerikanische Land eine führende Rolle im Kampf für die Rechte der Pachamama spielt. Venezuela teile den Standpunkt Chinas, daß für die künftige Entwicklung der Welt die Teilhabe aller Völker notwendig ist.

Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla erklärte auf dem Forum die Bereitschaft Kubas, mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik für die Erfüllung

der Klimaabkommen der UNO zusammenzuarbeiten, „obwohl wir ihre Mängel kennen“. Er verwies darauf, daß Lateinamerika nur für 8,3 Prozent der Treibgas-Emissionen auf dem Planeten verantwortlich ist, aber zwischen 1970 und 2019 unter 2 300 Naturkatastrophen litt, die mehr als 500 000 Tote und Schäden in Höhe von 437 Milliarden US-Dollar verursachten.



Angesichts dessen hob Rodríguez die Erfolge Kubas in Klimafragen hervor und erläuterte den 2017 verabschiedeten Staatsplan, der die nationalen Ziele und die internationalen Verpflichtungen enthält. Bis 2030 will Kuba eine Energieerzeugung mit dem Anteil von 24 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen erreichen, den Verbrauch fossilen Treibstoffs für Landfahrzeuge um 50 Prozent senken und den Waldbestand um 30 Prozent erweitern. Damit wolle sein Land seinen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad leisten. Der kubanische Außenminister klagte die kriminelle Blockade durch die USA-Regierung an, mit der verhindert werde, daß Kuba die erforderliche Finanzierung erlangt, um die Projekte, welche für eine nachhaltige Entwicklung erforderlich sind, realisieren zu können.

Auf die Corona-Pandemie Bezug nehmend erklärte Rodríguez, daß sie die Ausgrenzung, Ungleichheit und Armut verschärft habe. „Diese umfassende Situation behindert die Möglichkeit der Völker des Südens, bei den Zielen der nachhaltigen Entwicklung voranzukommen.“

Der Präsident Nicaragua Daniel Ortega kritisierte in seinem Beitrag, daß die reichen Länder ihre wirtschaftlichen Ressourcen verwenden, um andere Völker anzugreifen, anstatt sie einzusetzen, um das Problem der Erderwärmung zu lösen. „Es gibt in den Spitzen der entwickelten Länder kein Denken, um diese Probleme klug und rationell zu lösen. Sie verursachen das Chaos, verschärfen die Armut und verletzen das Völkerrecht. Sie bedrohen

die Völker mit Sanktionen und militärischer Okkupation ... Sie stellen Haushaltsressourcen zur Verfügung, um Kriege zu führen und Völker anzugreifen, die für ihre Souveränität und gegen die Armut kämpfen.“

Ortega sagte, daß die entwickelten Länder diejenigen sind, die in den Abkommen die Normen festlegen, sie modifizieren und aufheben, wann sie wollen. „Wir Länder von ALBA sind uns darin einig, daß die Ziele des Pariser Abkommens nicht korrekt sind. Das sagten sogar die Wissenschaftler der entwickelten Länder.“ Für Ortega sind viele Gebiete der Karibik vom Klimawandel betroffen. Dabei geht es nicht nur um die materiellen Schäden, sondern auch um die an der Natur und an der Menschheit.

„Es ist dringend notwendig, daß wir schärfere Anklage erheben und einen größeren Druck gegenüber den Mächtigen ausüben.“

Der Senator von Granada Simon Stiel hob hervor, daß die Pandemie des Covid-19 ein Bewußtsein zur Bedeutung der Natur geschaffen habe. Der Planet befinde sich in einem entscheidenden Moment. Die Natur werde fortwährend gequält, die Ressourcen unangemessen ausgebeutet und das Aussterben der Menschheit befördert. Er rief dazu auf, vereint den Angriff auf die Natur zu beenden und das Leben auf Mutter Erde zu sichern. Das verlange von allen, kollektiv in Aktionen mitzuwirken, um die Erhöhung der Erderwärmung zu verhindern, sich stärker den Effekten des Klimawandels zu widmen und ehrgeizigere Maßnahmen zu ergreifen, um die Artenvielfalt zu schützen und die Kontaminierung zu senken. Der Premierminister von San Cristóbal und Nieves Timothy Harris rief die Großmächte dazu auf, größeren Einsatz gegen den Klimawandel zu zeigen, um die Umweltschäden rückgängig zu machen.

„Wir müssen anfangen, den negativen Einfluß der fehlenden Sorgfalt und entsprechender Maßnahmen für die Erde wahrzunehmen. Dafür sind wir verantwortlich ... Unterstützen wir die regionalen und internationalen Initiativen, um die Wiederherstellung der Mutter Erde und die Nachhaltigkeit der Ressourcen für unsere Kinder zu garantieren. Das kann mittels unserer gemeinsamen Bemühungen Wirklichkeit werden.“

Zum Abschluß des virtuellen Forums ergriff Boliviens Präsident Luis Arce noch einmal das Wort. Er erklärte, daß ein Wechsel des sozialpolitischen Modells notwendig ist, um auf den Klimawandel erfolgreich antworten zu können.

„Die Westmächte des Kapitalismus haben dafür gesorgt, daß das Gleichgewichtsverhältnis zwischen Menschheit und Natur gerissen ist. Das hat dazu geführt, daß wir weltweit eine Zeit der vielen Krisen erleben ... Pachamama darf weder ein Objekt noch eine Ware sein. Sie ist unsere Mutter.“

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Kampagne gegen Kuba-Blockade auf Forum São Paulo

Das São Paulo Forum startete eine Kampagne zur Aufhebung der wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Blockade, die die Vereinigten Staaten seit mehr als sechs Jahrzehnten gegen Kuba anwenden und auch andere lateinamerikanische und karibische Länder nicht verschonen.

Die Initiative „Blockade nein, Solidarität ja – Unser Amerika für das Leben“ läuft bis zum 23. Juni, dem Datum, an dem die Resolution Kubas gegen die illegale US-amerikanische Politik bei der UNO vorgelegt wird.

Ziel ist die Anklage des extraterritorialen Charakters und der Verletzung des Völkerrechts bei der Anwendung der Blockade, dem

Haupthindernis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der belagerten Länder, und der offenen Verletzung der Menschenrechte ihrer Völker. „Die Welt erlebt die Auswirkungen der mehrdimensionalen Krise, die durch die Pandemie der neoliberalen COVID-19-Politik verschärft wird, die den Markt über das Leben der Menschen stellt, anstatt Kooperation und Solidarität herrschen zu lassen. Während der Pandemie sehen wir, statt einseitige Maßnahmen gegen Kuba, Venezuela, Nicaragua und andere Nationen auszusetzen, deren Zuspitzung“, heißt es in dem Text. Die einseitigen Sanktionen der Vereinigten Staaten besagten zwar, daß Medikamente

davon ausgenommen seien, real sei es jedoch schwierig, diese zu erwerben, sie in diese Länder zu liefern oder in deren Gesundheitssystemen öffentlich zu verwenden, weil die Interferenzgesetze der Blockade dies verhindern.

Es wird betont, daß „die solidarische medizinische Brigade Kubas medizinische Dienstleistungen in mehr als 40 Ländern anbietet. Der sozialistische Staat gehört zu den ersten, der die ersten Impfstoffe für Länder in Lateinamerika und der Karibik produziert.“

Quelle: internet@granma.cu, 7. Mai 2021
<http://de.granma.cu/>

Störfeuer

Die Proteste im Senegal und der Imperialismus

Anfang Februar trat eine junge Frau im Senegal eine politische Lawine los, die landesweit zu gewalttätigen Protesten vor allem Jugendlicher und zu den schwersten Auseinandersetzungen seit Jahrzehnten führte. 13 Menschen starben. Die 20jährige Adjji Sarr, Masseuse in einem „Schönheitssalon“ in der Hauptstadt Dakar, hatte einen bekannten Oppositionspolitiker, Ousmane Sonko, wegen „Vergewaltigung unter Androhung von Waffengewalt“ angezeigt. Sonko ist der Vorsitzende der Partei Pastef und Abgeordneter des Nationalparlaments.

Am 26. Februar hob das Parlament Sonkos Immunität auf, im Gegenzug prangerte er eine „politische Verschwörung“ an. Er als „einziger in Opposition“ verbliebener Parteiführer solle gehindert werde, bei den in drei Jahren stattfindenden Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Präsident Macky Sall wolle dann verfassungswidrig zum dritten Mal antreten. Sonko hat seit Jahren die Ausbeutung nationaler Bodenschätze durch internationale Öl- und Gaskonzerne angeprangert und sich populistisch gegen Sall positioniert. Er verbunkerte sich in seinem Haus im Stadtzentrum von Dakar und organisierte den Widerstand seiner Partei und der regierungskritischen Initiativen wie der antiimperialistischen FRAPP. Seine vor dem Anwesen versammelten Anhänger zerstreute die Polizei täglich mit „Covid-Argumenten“. Ein Dutzend am 26. Februar verhaftete Frauen von Pastef wurden nach fünf Tagen Hungerstreik wieder freigelassen.

Sonkos Fahrt am 3. März zur Anhörung vor dem Untersuchungsrichter war ein Triumphzug. Er stand in einer offenen Limousine am Mikroskop mit Hunderten seiner Anhänger im Schlepptau – eine Provokation, auf die die Gendarmerie mit dem Einsatz von Tränengas antwortete. Sonko wurde wegen „Aufruhrs“

in Haft genommen – der casus belli für seine Sympathisanten. Die Lage war schon vorher explosiv: Nach Verhängung der nächtlichen Ausgangssperre zur Eindämmung der Pandemie hatten Jugendliche in Dakar bereits im Juni 2020 und im Januar Autos angezündet und Geschäfte zerstört.

„Free Senegal“ wurde der neue Kampfruf, den senegalesische und französische Musiker auf Twitter und Instagram verbreiteten. Der Geheimdienst DGRN hat laut der französischen Tageszeitung „Le Monde“ festgestellt, die Proteste seien „größtenteils durch eine Armada von 9 000 wahrscheinlich koordinierten Twitter-Accounts verstärkt“ worden.

Tankstellen des französischen Ölkonzerns Total (24 von landesweit 33), Supermärkte der Lebensmittellieferkette Auchan, aber auch Läden des Telekommunikationsunternehmens Orange und eine Autobahnbaustelle des ebenfalls französischen Baukonzerns Eiffage wurden verwüstet und ausgeraubt, Barrikaden und Autos brannten. Das Gerichtsgebäude in Mbacke, Vorstadt der Metropole Touba, wurde gebrandschatzt. Ein Brand am Präsidentenpalast des Küstenortes Popenguine konnte gelöscht werden. Die Redaktionsräume der regierungsnahen Zeitung „Le Soleil“ und des „L'Observateur“ wurden verwüstet, ebenso mehrere Bankfilialen und der Radiosender RFM des weltberühmten Sängers Youssou N'Dour. Die staatliche Regulierungsbehörde legte die TV-Sender Wal Fadji und Sen-TV für drei Tage still. Es handele sich um „Wut als Ausdruck sozialer Frustration und einer akuten Wahrnehmung sozialer Ungleichheit“, so die Analyse von Catherine Fournet-Guerin und Malick Mboup, d. h., es war weniger ein anti-französischer Ausbruch, auch wenn französische Unternehmen den größten Schaden davontrugen.

Die Hälfte der 590 Verletzten mußte in Hospitälern behandelt werden. Für 13 kam jede Hilfe zu spät.

Nach landesweiten Aufrufen von Gewerkschaften und Einzelpersonlichkeiten, die Ruhe wiederherzustellen, sagten Pastef und die von ihr gegründete Nationale Widerstandsfront (FRN) schließlich eine geplante Manifestation gegen die Regierung ab. Den Ausschlag gab die Autorität des Generalkalifen der Sufi-Bruderschaft der „Mouriden“, Serigne Mountakha Mbacké, der sich zur Vermittlung anbot und den Opfern Hilfen in Höhe von 50 Millionen CFA-Franc (umgerechnet etwa 86 000 Euro) versprach. Nach Protesten ließ er dementieren, daß die Summe der oppositionellen FRN zur Verfügung gestellt werde. Bei seinem ersten Mediationstreffen übergab FRN-Sprecher Abdul Mbaye eine Liste mit weitreichenden Forderungen an den Präsidenten und die Regierung: Das Wahlgesetz sei zu ändern, die nationale Wahlkommission CENI solle von den Parteien geleitet und der Generalstaatsanwalt entlassen werden. Die 150 Untersuchungshäftlinge (von 500 insgesamt Verhafteten) seien umgehend freizulassen u. a. m. Unabhängig davon entließ die Justiz den 2. Pastef-Vorsitzenden sowie Guy Marius Sagna von der linken „FRAPP – France Degage“ (Front pour une Révolution Anti-imperialiste Populaire et Panafricaine – Frankreich verschwinde) und die Aktivisten Assane Diouf und Cleodor Sene aus der Untersuchungshaft, die erklärtermaßen ihren Kampf gegen Frankreichs neokoloniale Afrikapolitik fortsetzen wollen.

Daß die zentrale Forderung, Macky Sall solle auf eine dritte Kandidatur verzichten, nur vorgeschoben war, ist daran abzulesen, daß „der Krieg um die Nachfolge“ bereits im Gange war (abgesehen davon, daß Macky Sall selbst sich überhaupt nicht dazu geäußert hat). So forderte Staatsminister Mbaye Ndiaye den früheren

Wirtschafts- und Außenminister Amadou Ba und seine Entourage auf, nicht zu versuchen, „mit Staatschef Macky Sall zu konkurrieren“. Nach Tagen blutigen Aufruhrs in Dakar kehrte im Senegal wieder Ruhe ein. Der Präsident bekannte im Fernsehen, den Protest verstanden zu haben. Er wisse, wie Alio Sané, Sprecher der oppositionellen Initiative „Y'en marre“, sagte, daß „diese Jugend jene ist, die ihn 2012 an die Macht brachte“. Der Präsident versprach, die Opfer staatlicher Gewalt zu entschädigen. In den nächsten beiden Jahren will er mit umgerechnet 533 000 Euro Projekte für die Jugend verwirklichen, was ein interministerieller „Nationalrat für die Eingliederung und Arbeit der Jugend“ zu koordinieren habe. Die Errichtung von 45 Berufsschulzentren und 45 „Häusern der Jugend und Bürgerschaft“ in den Departements sei zu beschleunigen. Sall verpflichtete am 9. Mai die Ministerien, 65 000 Jugendliche einzustellen (43 Prozent der 16,7 Millionen Einwohner sind unter 15 Jahre alt). Die andauernde Landflucht der Jungen in die Vorstädte infolge des raschen Bevölkerungswachstums hatte in dem relativ stabilen Staat, der sich nicht am „Krieg gegen den Terror“ beteiligte, soziale Spannungen und Frustrationen wachsen lassen – aktuell steigt die Arbeitslosigkeit rasant, weil der Tourismus darniederliegt. Um eine Friedenspfeife zu rauchen, traf sich Sall am 14. März mit dem Chef des zeitweilig suspendierten TV-Senders Wal Fadji, Cheik Niass, der betonte, „die Pressefreiheit zu bewahren, Stimme der Stimmlosen zu sein“. Die Partei „Allianz der Fortschrittsträfte“ (AFP) – in der großen Koalition der Präsidentenmehrheit im Parlament – forderte strafrechtliche Sanktionen gegen kriminelle Demonstranten. Der Innenminister, der unter den Demonstranten neben den „Sonko-Boys“ Dutzende bewaffnete „Nervis“, bezahlte Provokateure, aus dem Ausland beschuldigte, besuchte Verletzte am Krankenbett und versicherte, die Straftäter würden der Justiz übergeben. Der Landwirtschaftsminister Moussa Baldé unternahm eine Rundreise in die unruhige Region Fouladou (Casamance) im Süden Senegals und löste das Versprechen des Präsidenten ein. Er überbrachte den Opfern der dortigen Manifestationen eine finanzielle Unterstützung. Das alles bedeutet: Für Sonko sind schwierige Zeiten angebrochen. Ihm drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis. Er versucht, die Opposition neu aufzustellen und verfolgt weiter seine „antisystemische Revolution“. (Was es damit auf sich hat, kann aus seinem Vorschlag eines „schrittweisen und umsichtigen Ausstieg aus dem CFA-Währungssystem“ geschlossen werden. Währungsspekulanten dürften sich grinsend die Hände reiben.) Die große Oppositionsbewegung „Y'en marre“ wartet allerdings ab, was die Mediation erreicht. Aus Frankreich erhält Sonko Unterstützung durch die vor allem in Paris ansässige senegalesische Diaspora. Die Regierung ihrerseits begegnet dem Ruf der „Bewegung zur Verteidigung der Demokratie“ (M2D) nach dem Internationalen Strafgerichtshof mit der Einsetzung einer „unabhängigen Untersuchungskommission“. Zur Vorgeschichte der Unruhen gehören die Proteste gegen die hohen Mautgebühren und Gewinnmitnahmen der französischen Konzerne Total und Eiffage. Präsident Sall wollte

im Januar die Verträge neu verhandeln. Er bestand darauf, die bislang symbolische Konzessionsabgabe von 10 000 CFA-Franc (15,25 Euro) auf umgerechnet 1,2 Millionen Euro anzuheben, und auf einer Kapitalaufstockung um 25 Prozent. Eiffage war laut Berichten damit einverstanden, die Abgabe auf zwei Prozent des Jahresumsatzes zu erhöhen. Allerdings ging das Sonko nicht weit genug.

Zum Hintergrund gehört auch: Auf Forderung des Oppositionsbündnisses FRN hatten internationale Experten das Wahlverzeichnis der Präsidentschaftswahlen von 2019 einer Prüfung unterzogen und kamen zu dem Schluß, es sei „kohärent und zuverlässig“. Allerdings sei nur die Hälfte der Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren als Wähler eingeschrieben. Der Bericht gibt dreißig Empfehlungen, u. a. die verurteilten Oppositionsführer Karim Wade und Khalifa Sall zu begnadigen und das System der „parrainage“ (Patenschaft) zu verbessern, wonach für eine Kandidatur die Unterstützung von einem Prozent von gewählten Mandatsträgern benötigt wird. So konnten von den rund 300 Parteien Senegals nur fünf Bewerber zu den Präsidentschaftswahlen antreten. Dazu hat der Justizhof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO ultimativ entschieden, das Wahlgesetz innerhalb von sechs Monaten zu ändern. Staatsminister Ismaila Madior Fall widersprach entschieden. Das Gericht habe seine Zuständigkeit überschritten. Er verteidigte das System der Patenschaften als bewährte demokratische Qualifikation, wie es auch in Frankreich gepflegt wird. Der Gerichtshof vergewaltigte das Prinzip der politischen und verfassungsmäßigen Autonomie“. Aber der Senegal sei „bereit, sein System der Patenschaft zu überprüfen“.

Die linken Parteien im Senegal, organisiert in der 2015 gegründeten lockeren „Confédération pour la démocratie et le socialisme“ (CDS), machten einen weiteren Schritt zu einer vereinigten Partei und rückten in einer Föderation näher zusammen, die sich weiteren Gruppierungen öffnen will. In ihr sind die regierungstragenden Parteien der „Mouvance Présidentielle“ wie die frühere kommunistische Partei PIT (Parti de l'indépendance et du travail) und die Sozialistische Partei (PS) Mitglieder.

Daß die Unruhen nicht ganz zufällig ausbrachen, besagen folgende Tatsachen: Im Februar warnte die britische globale Beratungsagentur Verisk Maplecroft afrikanische Länder, die gute Beziehungen zu China unterhalten, „die nationalen Ressourcen zu nationalisieren“. Nach dem gelungenen „regime change“ in der Demokratischen Republik Kongo ist nunmehr offenbar der Senegal an der Reihe, wobei die strategische Partnerschaft mit China im Fadenkreuz steht. Sall pries 2018 in einem Beitrag diese Zusammenarbeit als ein „Modell dauerhafter Partnerschaft für eine inklusive und solidarische Entwicklung“, denn die Prioritäten würden von den Afrikanern selbst definiert.

So darf ein nächster Höhepunkt des Protestes zum Chinesisch-Afrikanischen Forum (FOCAC) erwartet werden. Falls der alle drei Jahre stattfindende Gipfel nicht Online abgehalten werden muß, werden sich 2021 unter dem Kovorsitz von Sall zahlreiche Minister

in Dakar einfinden. Auf dem FOCAC werden nicht nur wichtige sozioökonomische Vorhaben besprochen, für Senegal geht es darum, Projekte im Rahmen des nationalen Entwicklungsprogramms „Senegal emergent 2035“ (PSE) voranzubringen. Dazu zählen Joint Ventures mit chinesischen Unternehmen, um vor allem den agrarindustriellen Sektor und die Infrastruktur weiterzuentwickeln, aber auch um den Export nach China und die Anbindung ans transnationale „Hinterland“ (ein aus dem Deutschen übernommener Begriff) zu fördern.

Seit seinem ersten Mandat 2012 versucht Präsident Sall mit PSE aus der vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank erzwungenen Kürzungspolitik herauszukommen: Steuersenkung für Unternehmen, Schuldenbremse, Budgetdefizit maximal drei Prozent, Austrocknung des öffentlichen Dienstes – all das hat die Industrie beeinträchtigt, das Schul- und Gesundheitssystem zerschlagen und Tausende Arbeitsplätze gekostet.

Vor zwei Jahren hatten zusammen mit Sall fünf afrikanische Staatschefs dem „Washington Consensus“ von 1990, in dem diese Politik festgeschrieben wurde, den „Dakar Consensus“ zumindest als Vision entgegengesetzt, um aus der (mit der Pandemie erneut) drohenden Schuldenfalle zu entkommen. Nicht zuletzt wird China seine Erfahrungen in der erfolgreichen Bekämpfung der Armut weitergeben und anbieten, die partnerschaftliche Kooperation auch darauf abzustellen. Die Volksrepublik China als Entwicklungsmodell, als Beispiel für afrikanische Wege zur Souveränität – der Alptraum für den Imperialismus und für seine Agenturen wie die CIA. US-General Stephen Townsend, Oberbefehlshaber des in Stuttgart stationierten US-Kommandos AFRICOM, äußerte gegenüber Associated Press am 6. Mai, er befürchte, China könne an „Afrikas Atlantikküste, vielleicht im Golf von Guinea“, eine Militärbasis errichten.

Ein erstes imperialistisches Störfeuer gab es bereits: Nach dem Ranking im Jahresbericht des US-Thinktanks „Freedom House“ vom 11. März ist der Senegal nur noch als „teilweise frei“ eingestuft. Das Forschungsbüro EIU der britischen Zeitung „The Economist“ setzt in seinem „Democracy Index“ das Land um sieben Punkte herunter und reiht es hinter Madagaskar ein. Das Ranking – Stichwort „Investitionsklima“ – ist mitentscheidend für die Kreditwürdigkeit und damit für die Höhe der Kreditzinsen bei der Aufnahme von Anleihen bei EU, IWF und Weltbank.

Wen überrascht es, daß das New Yorker Wirtschaftsportal „quartz“ dazu aufruft, ihm Protestsongs zuzusenden? Senegal habe eine „Tradition von Rappern, die den politischen Wechsel pushen“. Rapper wie Positive Black Soul, Akbess oder Hakiil seien die Stimme des Protests, die „Demokratie zu verteidigen, das Land zu befreien“. Wen wundert es, daß der Online-Zugang zur regierungsnahen Tageszeitung „Le Soleil“ (vergleichbar mit dem deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunk) von Google als „unsicher“ erschwert wird? Nicht zu vergessen, die direkte Einmischung der CEDEAO ...

Bloß kein zweites Saigon!

Vorgeschichte

Der oberste Repräsentant der USA, George Bush Senior, verkündete nach Beendigung des US-geführten Krieges gegen Irak Anfang 1991 die „Neue Weltordnung“. Im Rahmen der Greater-Middle-East-Strategie (GME) der Neokonservativen um George W. Bush, Dick Cheney, Paul Wolfowitz und Donald Rumsfeld sollte die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens, vom Kaukasus bis Nord-Afrika und von dort bis Bangladesch und dem Hindukusch unter Kontrolle der Vereinigten Staaten gebracht werden. Die Anschläge des 11. September 2001 in New York boten geradezu den geeigneten Anlaß, die GME-Strategie umzusetzen. Am 7. Oktober 2001 begannen US-Kampfjets Afghanistan zu bombardieren. Nachdem das Taliban-Regime nach vier Wochen hinweggefegt worden war, zogen die US-Einheiten schon Anfang 2003 weiter nach Irak. Dort war der Krieg noch in vollem Gange, als die Taliban – wieder erstarkt – zurückkamen.

Den USA und ihren NATO-Verbündeten ist es jedoch nicht gelungen, selbst unter Einsatz von bis zu 150 000 Soldaten, die Taliban zu besiegen. Der Krieg hat in seinen Höchstzeiten, in den Jahren zwischen 2001 und 2014, jede Woche 1,5 Milliarden US-Dollar gekostet. Er war auf Dauer nicht mehr finanzierbar. Zwischen 2001 und 2020 sind insgesamt 3596 Angehörige der westlichen Allianz in Afghanistan ums Leben gekommen, davon 2500 US-Soldaten (Stand: März 2021).

Die USA mußten schließlich ihre Niederlage akzeptieren. Sie haben jahrelang geheim und zwei Jahre offiziös mit den Taliban im Emirat Katar verhandelt und im Februar 2020 ein Abkommen unterzeichnet. Darin haben sie sich verpflichtet, ihre Soldaten bis Ende April 2021 aus Afghanistan abzuziehen. Damit zogen die Taliban die USA buchstäblich diplomatisch über den Tisch und ihre Kapitulation wurde vertraglich besiegelt.

Joe Bidens Manöver

Der neue US-Präsident Joe Biden hatte zunächst den vom ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump festgelegten Rückzug bis Ende April 2021 in Frage gestellt. Man wollte mit den Taliban über eine Terminverschiebung sprechen, um „noch ein wenig länger“ am Hindukusch bleiben zu dürfen. „Man kann nicht in sechs Wochen mehr als 10 000 Soldaten irgendwie abziehen“, konstatierte am 24. März der Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheitskräfte des US-Repräsentantenhauses, Adam Smith. Nach dem Ende einer Beratung der NATO-Außenminister verkündete der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg: „Es ist keine endgültige Entscheidung gefallen [...]. Vorerst bleiben

alle Optionen offen.“ Darüber hinaus sei ein Rückzug bis Ende April, wie die frühere US-Administration mit den Taliban vereinbart hatte, selbst aus logistischen Gründen nicht zu gewährleisten. Wir werden „gemeinsam entscheiden“ Afghanistan zu verlassen, „wenn die Zeit reif ist“, sagte ein Vertreter des US-NATO-Botschafters in Brüssel. Am 29. März hob Biden hervor, daß er sich wegen der vereinbarten Frist nicht unter Druck setzen lassen wolle. „Wir werden gehen. Die



Karikatur: Klaus Stuttmann

Frage ist, wann wir gehen“, war seine Antwort.

Doch die Taliban bestehen darauf, daß die USA das Abkommen vom Februar 2020 umsetzen, sonst würden „diejenigen, die sich nicht an das Abkommen gehalten haben, dafür zur Verantwortung gezogen“, wie ein Sprecher der Islamisten per Twitter meldete. Inzwischen haben die Taliban ihre Frühjahrsoffensive angekündigt, um damit in diesem Jahr die USA und die NATO zum Rückzug zu zwingen. Das wäre eine faktische Vertreibung der Weltmacht vom Hindukusch. Ein geordneter Rückzug der US- und NATO-Einheiten aus Afghanistan wäre kaum noch möglich. Es drohe „mehr nach Flucht auszusehen“, sagte die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Genau dieses Szenario wollen die USA auf jeden Fall vermeiden. Ein zweites Saigon darf es nicht geben.

US-Präsident Biden mußte nolens volens einsehen, daß die USA in Afghanistan keine Perspektive mehr haben. Am 13. April hat er den Rückzug seiner Soldaten für September dieses Jahres angeordnet, wie die *Washington Post* meldete. Bis zum 11. September müssen alle US-Einheiten bedingungslos und ohne eine Gegenleistung seitens der Taliban vom Hindukusch abgezogen sein. Jetzt endlich erklärte Biden: „Es ist an der Zeit, den längsten Krieg Amerikas zu beenden. Es ist Zeit, daß die amerikanischen Soldaten nach Hause kommen.“ Es sei kaum möglich, betonte er, den Kriegseinsatz in die Länge zu ziehen,

„in der Hoffnung, daß irgendwann die Umstände für einen idealen Rückzug vorliegen“. So kann auch ein Verlierer seine Niederlage tröstlich artikulieren.

Die USA hatten die Taliban für den 24. April zu einer Friedenskonferenz nach Istanbul eingeladen. Die Islamisten sahen daran keinen Sinn und lehnten eine Beteiligung ab.

„Die Niederlage des Westens ist so umfassend, daß sich die Taliban nicht einmal zum Schein an Friedensgesprächen beteiligen müssen.

Die ausländischen Streitkräfte ziehen nun nahezu Hals über Kopf ab“, schrieb Peter Carstens am selben Tag in der FAZ. Eine Abschiedszeremonie für die 10 000 NATO-, davon 1100 Bundeswehrsoldaten, ist nicht vorgesehen.

Ab dem 1. Mai begann offiziell der Rückzug der NATO-Einheiten aus Afghanistan. Doch was passiert mit den ausländischen Söldnern, die im Auftrag des US-Geheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) und anderer Geheimdienste der NATO-Länder in Afghanistan im Einsatz sind? Assadullah Walwalgi, ein Experte für Militärfragen in Kabul, geht von rund 40 000 Mann aus, die bei etwa 50 verschiedenen überwiegend US-Militärfirmen unter Vertrag stehen und die „Drecksarbeiten erledigen“. Von deren Ab- und Rückzug ist bis jetzt nirgends die Rede.

Gemeinsam rein, gemeinsam raus?

Dieser Slogan der Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ist mehr als die Unwahrheit. „Wahrheit ist etwas so Kostbares, daß Politiker nur sehr sparsam damit umgehen“, sagte einmal treffend der US-amerikanische Schriftsteller Mark Twain.

Seit der Einverleibung der DDR durch die BRD hegt Deutschland erneut Großmachtambitionen. Dies geht eindeutig aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26.11.1992, vom 21.3.2003, vom 18.5.2011 sowie aus dem Weißbuch 2004 bzw. 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr hervor. Die Grenze der Verteidigung Deutschlands ist nicht mehr die vom Grundgesetz (Art. 87a) vorgeschriebene, sondern die ganze Welt. Hier sei an die Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog am 26. April 1997 erinnert, in der er mit Nachdruck betonte: „Ein großes, globales Rennen hat begonnen: Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert. Wir müssen jetzt eine Aufholjagd starten.“ Auch Afghanistan wurde, nun zum dritten Mal, als Schachbrett für die globalen Ambitionen Deutschlands mit

eingepflanzt. Man wartete nur noch auf einen geeigneten Anlaß. Der 11. September 2001 bot sich dann dafür geradezu an. Hätte es ihn nicht gegeben, man hätte ihn erfinden müssen. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verkündete die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Vor diesem Hintergrund wurde zum ersten Mal, gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages, der „Bündnisfall“ erklärt. „Wir dürfen auch nicht vergessen: Es war nicht zuletzt Deutschland, das 2002 die NATO gedrängt hat, Afghanistan zu einer NATO-Operation zu machen. Das ist die Regierung Schröder/Fischer gewesen“, erklärte der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann. Damit wurde den politischen und militärischen Führungskräften Deutschlands die Möglichkeit eröffnet, sich am Krieg gegen Afghanistan zu beteiligen. Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik schuf die Voraussetzung für die prägnante Formulierung des sozialdemokratischen Bundesverteidigungsministers Peter Struck nach der Verabschiedung der Verteidigungspolitischen Richtlinien im Frühjahr 2003: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“. „Der Satz ist einer der törichtesten Sätze der deutschen Nachkriegsgeschichte“, bemerkte dazu Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung*. Die Strucksche Aussage ist auch deswegen falsch, weil die Taliban nur eine regionale Agenda haben. Sie sind keine internationalen Terroristen und „wollen nicht Hamburg und New York angreifen“, wie *Der Spiegel* in seiner Ausgabe Nr. 24/2010 schrieb.

Durch das militärische Engagement Deutschlands am Hindukusch wurde zum einen die deutsche Außenpolitik militarisiert und zum anderen war Afghanistan der Türöffner für künftige weltweite Operationen der Bundeswehr.

Die BRD hatte in ihrem 20 Jahre andauernden Militäringagement in Afghanistan insgesamt 160 000, zuletzt 1100 Soldaten, im Kampfeinsatz. Das haben 59 Soldaten mit ihrem Leben bezahlt. Er hat seit 2001 mehr als 12 Milliarden Euro gekostet. Dies teilte das Auswärtige Amt auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag mit. Selbst wenn man von einer Verdoppelung dieser Summe ausginge, würde man nicht falsch liegen, denn die Bundesregierung gibt nicht alle Ausgaben an.

Trotz der finanziellen und menschlichen Verluste ist der jetzige Bundesaußenminister Heiko Maas der Ansicht: „Es ist nicht umsonst gewesen“ und kündigte ein weiteres politisches und finanzielles Engagement Deutschlands am Hindukusch an. Für das laufende Jahr hat die BRD 430 Millionen Euro „und für die Jahre bis 2024 die gleiche Summe in Aussicht gestellt“. Das sei jedoch davon abhängig, wie sich der „Friedensprozeß“ zwischen den Vertretern der Kabuler Administration und den Taliban entwickeln werden. Ob die Bundesregierung auch mit einer Taliban-Regierung zusammenarbeiten würde, wird nicht eindeutig artikuliert. Doch „schon im Januar [2021] waren amerikanische Überlegungen öffentlich geworden,

eine Übergangsregierung für Afghanistan unter Einfluß der Taliban zu bilden“, war in der *FAZ* vom 15. April zu lesen.

Frauenrechte als Alibi

In Afghanistan ist es der US-Imperialmacht von Anfang an weder um Frauen- noch um Menschenrechte, geschweige denn um Afghanistan an sich gegangen, sondern nur um ihre strategischen Interessen in der Region, um die Umzingelung der Russischen Föderation und um ein Regime Change in Iran. Nun haben sich aber die Rahmenbedingungen geändert und damit die Prioritäten der US-Strategie. In absehbarer Zeit wird die VR China die USA ökonomisch, aber auch militärisch, wenn nicht überholen, so doch mit ihr gleichziehen können. Ende 2017 wurde in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ der USA die VR China als „strategischer Rivale“ eingestuft. Die USA werden versuchen, nun auch unter Präsident Biden die VR China militärisch zu umzingeln und den Aufstieg des Landes zu einer künftigen Weltmacht, wenn nicht zu verhindern, so doch mindestens zu verzögern. Schon US-Präsident Barack Obama hatte zum „Pazifischen Jahrhundert“ unter der Führung der Vereinigten Staaten aufgerufen. Diese Strategie ist eindeutig gegen die VR China gerichtet. Dafür haben die USA bereits regionale Militärbündnisse mit Japan, Südkorea, Australien, Philippinen, Thailand, Singapur, Vietnam, Malaysia, Indonesien und der Atommacht Indien geschmiedet. Der regionale Konflikt um das Südchinesische Meer, von dem die VR China 80 % für sich beansprucht und sogar schon teilweise besetzt hat, wobei sie sich auf „bis zweitausend Jahre zurückreichende historische Argumente“ beruft, könnte von den USA als Hebel für einen größeren Konflikt gegen China instrumentalisiert werden. Afghanistan ist vorläufig abgeschrieben. Die USA wollen ihre Kräfte auf die künftig wichtige geostrategische Region konzentrieren. Es beginnt ein asiatisches Jahrhundert. Der Ort, wo um Vormachtstellung gekämpft wird, ist die Region des Pazifischen Ozeans. Die Kräfte in und um Afghanistan werden gerade deswegen abgezogen, um am Pazifik ein Bollwerk gegen China zu errichten.

Bilanz eines Desasters

Zwanzig Jahre US- und NATO-Krieg haben in Afghanistan unvorstellbare Verheerungen angerichtet. „Die Bilanz ist eine Schmach für die Supermacht, die gewiß nachwirken wird: Mehr als 2000 Amerikaner haben am Hindukusch ihr Leben verloren. Hinzu kommen mindestens 100 000 tote afghanische Zivilisten“, stellte die *FAZ* am 15.4. fest. Nach einem Bericht des Nachrichtensenders *TOLU-TV* vom 18.4. sollen nach Zählungen der afghanischen und der US-Regierung sowie der UNO 160 000 Menschen seit 2001 ums Leben gekommen sein. Darüber hinaus wurden laut *FAZ*, „66 000 afghanische Sicherheitskräfte, und 80 000 Islamisten“ getötet. Hinzu kommt noch, daß durch die Zusammenarbeit und direkte Unterstützung der Warlords durch die NATO-Länder, Korruption, Vetterwirtschaft, ethnische Fragmentierung, Drogenanbau und -handel, Machtdemonstration

bis zum Teil Entführungen (man sprach von einer Entführungsindustrie des 1. Vizepräsidenten Marschall Abdul Qasim Fahim unter Karzei) an der Tagesordnung waren. Der gesamte Staatsapparat, sowohl die Judikative als auch die Exekutive und die Legislative sowie die Sicherheitsorgane, sind durch und durch mit dem Virus der Korruption verseucht. Zwangsprostitution, um Posten zu bekommen, ist auf höchster Ebene gang und gäbe. Posten werden wie auf dem Bazar gehandelt. Für die Stellen mit den höchsten Korruptionsmöglichkeiten wird am meistens bezahlt. Botschafterposten werden für bis zu 40 000 US-Dollar angeboten. Natürlich können Mädchen die Schule besuchen, aber die Absolventinnen finden kaum eine Arbeit. Die Elite hat längst ihre Dollars auf die Banken in Dubai transferiert und sitzt nun auf gepackten Koffern. Wer kann, verläßt das Land. Schon 2020 haben „mehr als dreihundert Journalistinnen ihre Arbeit aufgegeben oder ganz das Land verlassen.“ Diese Frauen haben die meisten Feinde: Die Regierung, die Warlords, die Taliban und auch die NATO.

Was wird aus Afghanistan?

Anfang 2021 warnten vom US-Kongreß eingesetzte Experten der *Afghanistan Study Group*, „daß ein unüberlegter Abzug zum ‚Kollaps‘ in Afghanistan führen“ würde. Eine solche „Perspektive ist ein Desaster für die USA und ihre Verbündeten in Berlin, London und Paris“. Das Rückzugsdatum der US- und NATO-Einheiten liegt nun fest. Wozu sollten die Taliban überhaupt noch mit der Kabuler Seite verhandeln? Sie müssen, wie die *FAZ* am 15.4. schrieb, „nur ein paar Monate warten, ehe sie zum Sturm auf Kabul blasen“.

Wir wissen vieles, aber nicht alles über die US-Strategie in und um Afghanistan. Dennoch könnte man von folgenden Optionen ausgehen:

Unmittelbar nach dem Abzug der NATO-Einheiten könnten die politischen und militärischen Eliten Afghanistan verlassen, um sich nicht auf einen möglichen erneuten Krieg mit den Taliban einzulassen. Dann wären, wie schon 1996, die Taliban die alleinigen Herrscher des Landes.

Würde es der US-Administration gelingen, mit vielseitigen finanziellen und entwicklungspolitischen Angeboten die Taliban für eine Koalitionsregierung mit der Kabuler Administration zu gewinnen, könnte eine für afghanische Verhältnisse relativ reibungslose Transformation stattfinden.

Gelingt dies nicht, könnte es sehr wahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg, ähnlich dem von 1992, kommen, in dem Kabul weitgehend zerstört wurde und über 50 000 Menschen ums Leben kamen.

Meines Erachtens wäre unbedingt der Einsatz einer UN-Blauhelmschutztruppe notwendig, bestehend aus den Blockfreien Staaten und der Organisation der Islamischen Staaten, die die NATO-Einheiten ablösen sollte. Sie sollte ausnahmsweise mit einem robusten Mandat ausgestattet werden, um für eine Übergangsphase bis zu einer Stabilität der innerafghanischen Verhältnisse für Frieden zu sorgen.

Wie weiter im Tschad?

Idriss Déby Itno, Präsident des Tschad, 30 Jahre im Amt, wurde nachgesagt, er wolle bis 2033 regieren. Doch das sechste Mandat war dem 68jährigen nicht vergönnt. CENI, die Nationale Wahlkommission, hatte ihn noch am 20. April offiziell zum Wahlsieger erklärt. Doch er starb zwei Tage zuvor auf Truppenbesuch im Gefecht nördlich von Kanem gegen die oppositionelle „Front für Wandel und Eintracht im Tschad“ (FACT).

Die mit türkischen und russischen Waffen ausgerüstete FACT-Truppe der nomadischen Gorane (oder Toubou) nutzte die Präsidentenwahl und drang am 11. April aus Libyen in den Norden des Tschads ein, um – wie „Le Monde“ am 18. April berichtete – die „Region Tibesti zu befreien“.

Am 7. September letzten Jahres wurde der im November 2019 geschlossene Friedensvertrag von dem „Selbstverteidigungskomitee“ von Tibesti aufgekündigt, denn die Einkünfte aus den Goldminen fließen südwärts in die Taschen der Präsidentenfamilie bzw. in den Militärhaushalt. Nicht zu vergessen die Klimaänderungen, durch die die Nomaden in ihrer Existenz bedroht sind. Infolge der verspäteten und kürzeren Regenzeiten sind bis zu 1 000 Kilometer lange Wege zurückzulegen, durch Wasser-, Nahrungsmangel und Krankheiten werden die Herden stark dezimiert. 80 Prozent der Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. 39,7 % sind unterernährt. Die Lebenserwartung liegt im Durchschnitt bei nur 48 Jahren. Im Tschad leben ungefähr 480 000 Flüchtlinge und fast 340 000 Binnenvertriebene, zudem gibt es etwa 100 000 Rückkehrer, die auf Hilfe angewiesen sind, also eine knappe Million der etwa 16 Millionen Einwohner (Stand 2019).

In der Hauptstadt hat am 20. April sofort eine Militärjunta von 15 Generälen die Macht übernommen, als Militärischer Übergangsrat (CMT) interimswise 18 Monate. Den Vorsitz übernahm Débys Sohn und Chef der Präsidentengarde und des Geheimdienstes DGSSIE. Die Regierung und das Parlament wurden aufgelöst, aber auch die Verfassung suspendiert. Nach der am 21. April veröffentlichten „Charta der Transition“ besetzte Kaka Mahamat Deby Itno nicht nur das Amt des Übergangspräsidenten, sondern auch die Funktionen des Staatschefs und Oberbefehlshaber der Armee.

Der 37jährige erklärte, „neue Institutionen einzusetzen und freie, demokratische und transparente Wahlen zu organisieren“. Von einem demokratischen Übergang war nicht die Rede. Und die Zentralafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft CEEC hat nicht, wie die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO, im Fall des Militärputsches in Mali 2020 mit Wirtschaftssanktionen Druck ausgeübt – ebensowenig wie die Emissäre der Afrikanischen Union mit ihrer „fact-finding-mission“. Die u. a. von den Botschaften der USA, Großbritanniens und Deutschlands

in der ersten Reaktion zurückgerufenen Landsleute sind längst wieder im Lande, „business as usual“.

Mahamat Idriss Déby ernannte die 40 Mitglieder, Minister neben Militärs, eines Übergangsrates (darunter neun Frauen) autokratisch wie sein Vater. Die Opposition besetzte drei Ämter.

Frustration kam in der Regierungspartei MPS „Mouvement patriotique du Salut“ (Patriotische Heilsbewegung) auf, als sich dieses die Junta beratende Gremium am 6. Mai konstituierte. Der Generalsekretär Mahamat Zene Bada schoß indirekt gegen Premier Padagué, als er am 4. Mai im Namen seiner Partei forderte, die „Transitionscharta“ zu ändern, damit wie in Mali „Mitglieder der aktuellen Übergangsregierung bei den nächsten Wahlen nicht kandidieren dürfen“. Nicht zu unrecht befürchtet der MPS-Generalsekretär, Einfluß zu verlieren. Die politisch-militärische Rebellenkoalition FACT erklärte: „Der Tschad ist keine Monarchie. In unserem Land kann es keine dynastische Machtübertragung geben“, und droht, auf die Hauptstadt zu marschieren. Die Rebellen haben einen Teil ihrer Truppen und Ausrüstung verloren, verfügen aber über mehrere Basen und über 1 000 bis 1 500 Kämpfer. Parallel reorganisieren sich andere militärische Gruppen mit Verstärkung vor allem aus Libyen und Syrien. Die „Armée Nationale“ hat in der Provinz Kanem eine Gegenoffensive gestartet. Die Rebellen, die einen Helikopter mit einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen hatten, seien zerstreut, die Lage „völlig unter Kontrolle“, so der Verteidigungsminister am 6. Mai. Allerdings ist ein Teil der Streitkräfte am Tschadsee gegen Überfälle von Boko Haram zusätzlich gebunden. Die Militärjunta hat fünf Generäle aus dem Ruhestand reaktiviert.

Das Militär schloß die Grenzen und zerschlug die erste Welle „antimonarchischer“ Demonstrationen am 27. und 28. April in der Hauptstadt und im Süden, was Hunderte verletzte und mindestens elf Menschen das Leben kostete. 711 Personen wurden verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, 27 von ihnen kamen ins Gefängnis. Ihnen wird vorgeworfen, eine Polizistin „gelyncht“ zu haben.

Die Rebellen lehnen kategorisch den Militärputsch ab, versicherte der Sprecher von FACT, Kingabe Ogouzeimi. Er beschuldigte die Armee, „Gefangene summarisch exekutiert“ zu haben. Die 2019 gescheiterte „Vereinigte Kräfte des Widerstands“ (UFR) forderte aus dem Exil in Doha (Katar) Konsultationen aller Parteien, innerhalb von drei Monaten einen runden Tisch, um die Übergangsorgane zu installieren, die „echten Frieden und nationale Versöhnung garantieren“. Die tschadische Diaspora verurteilt geschlossen den Militärputsch. Auch sie ruft dazu auf, gegen die „Monarchisierung der Republik“ aufzustehen. 55 afrikanische Nichtregierungsorganisationen und Initiativen fordern in einer Erklärung eine

Einstellung der Kämpfe und einen zivilen Übergang.

„Eine Periode der Unsicherheit“ bricht für die 16 Millionen Bürger an, wie die bretonische Tageszeitung „Ouest-France“ titelt. Erstens in einem Zentrum des Neokolonialismus: Mit dem Tod des tschadischen Präsidenten habe „Frankreich einen zentralen Verbündeten der Operation Barkhane im Sahel verloren“. Diese Befürchtung der Tageszeitung „Le Monde“ dürfte aber obsolet sein. Die Militärmission in Mali wird von N'Djamena aus weiterhin gelenkt, von dort und von Niamey, der Hauptstadt von Niger, starten die Militärflugzeuge. Möglicherweise werden von den Kampftruppen aus dem Kontingent der G5-Sahel-Streitkräfte 1 850 von insgesamt 6 000 Soldaten abgezogen, um die Rebellen niederzuhalten. Zum Zweiten in den politischen Führungseliten des Landes: Ist Mahamat Idriss Déby zu jung? Wird er seinen Clan zusammenhalten können? Wird aus den Reihen der Militärs oder des Geheimdienstes gegengeputscht, kommt „eine Nacht der langen Messer“, wie manche meinen? General Idriss Abderaman Dicko, Vertreter mehrerer Offiziere, sprach bereits dem Militärischen Übergangsrat die Legitimation ab. Etwa 30 oppositionelle Parteien haben in einer Koalitionserklärung den Staatstreich verurteilt und fordern eine Untersuchung der Umstände des Todes des Präsidenten.

Zum dritten in den imperialistischen Finanzzentren: Auch der New Yorker Finanzdienstleister S&P Global sieht eine Zeit der Unsicherheit, aber aus anderem Blickwinkel – für Investitionen. Dabei können die Militärs auf den Internationale Währungsfonds zählen: Die im Januar vorgenommene Restrukturierung der Schulden durch die G20 bleibt unangetastet, wie auch die Stundung des Schuldendienstes für einen Milliardenprivatkredit des Schweizer Rohstoff- und Bergbaugiganten Glencore. Und der IWF schoß frische 560 Mio. Dollar mit 4jähriger Laufzeit zu Vorzugszinsen nach. Die formale Aussetzung der Finanzbeziehungen der Afrikanischen Entwicklungsbank (BAD) dürfte nicht von langer Dauer sein. Nach Wirtschaftsminister Issa Doubragne, der auch der BAD-Gouverneur für den Tschad ist, funktionieren alle von der BAD finanzierten Projekte wie auch die der Weltbank. Und die Bevölkerung? Wird sich der Bürgerkrieg ausweiten, Guerilla-Formen annehmen? Es scheint, daß das Militär – mit aktiver Unterstützung der USA (Aufklärung) und Frankreichs (Luftwaffe) Herr der Lage ist.

Man wird sehen, wie sich die Kräfteverhältnisse entwickeln, ob überhaupt und eventuell wie lautstark sich die armen Bauern in der Provinz und die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen in den Städten, die Jugend, die Frauen zu Worte melden, wie zum Beispiel die Bewegung „Bürger-Dynamik „Ca suffit“ – Es reicht.

Georges Hallermayer

Das Tabu ist gefallen

Bürgerliches Lager in Schweden bewegt sich auf Koalition mit den Rechtsextremen zu

Lange galt Schweden in Europa mit seiner liberalen Asyl- und Einwanderungspolitik und bei der Integration von Neuankömmlingen in Gesellschaft und Arbeitswelt als ein Vorbild. Mittlerweile orientiert sich das Land selbst an restriktiven Modellen. Die Wende kam mit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, als Hunderttausende Krieg und Elend zu entkommen versuchten und sich über den Balkan und das Mittelmeer in die EU aufmachten. Als eines der Hauptzielländer für diese Migration zeigte sich Schweden überfordert und errichtete für die Einwanderer neue Hürden. Fremdenfeindliche Kräfte nutzten die Situation zur Stimmungsmache gegen eine angeblich drohende Überfremdung des Landes. Bei den Reichstagswahlen 2018 stiegen die 1988 gegründeten ultranationalistischen Schwedendemokraten (SD) zur drittstärksten Kraft auf. In der Einwanderungsdebatte treibt SD die Minderheitsregierung von Sozialdemokratischer Arbeiterpartei (SAP) und grüner Umweltpartei vor sich her. Große Teile des bürgerlichen Lagers wiederum folgen ihnen in dieser Frage bereitwillig.

Im Bemühen, der rechten Konkurrenz Wind aus den Segeln zu nehmen, verweist die SAP auf ihre Verdienste: „Dank der von uns verschärften Gesetzgebung ist die Zahl der Asylbewerber um 90 Prozent und Schwedens Anteil an ihrer Aufnahme in EU von zwölf auf drei Prozent gesunken. Wir haben jetzt die niedrigste Asylaufnahmequote seit 20 Jahren“, twitterte die Partei Anfang Mai. Damit sei „der Grundstein für eine effektive Integration gelegt“.

Migrationsforscher sehen das ganz anders. Sie kritisieren, daß die Wende in der Flüchtlingspolitik es Einwanderern beträchtlich erschwert hat, in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Unsichere und befristete Aufenthaltsstatus rauben demnach Perspektiven, behindern beim Lernen, Studieren, der Suche nach Arbeit und Wohnung. Mehrdad Darvishpour, die an der Hochschule von Mälardalen zu Sozialarbeit forsch, betonte gegenüber der linken Zeitung „Flamman“, daß die aktuellen Regeln auf spekulativen Annahmen aufbauen. Die Auswirkungen der härteren Anforderungen für Asylbewerber auf ihre Integration seien noch wenig erforscht. „Aber die Untersuchungen bei unbegleiteten Flüchtlingen zeigen, daß Ungewißheit und langes Warten auf einen Bescheid zu mehr Depressionen, Ängsten und Kriminalität führen.“ Ähnlich äußert sich die Soziologin Torun Elsrud von der Linné-Universität in Växjö und Kalmar. In zwei Projekten erforscht sie die Situation von Familien, jugendlichen und alleinstehenden erwachsenen Migranten. Die Praxis immer wieder nur befristeter Aufenthaltsgenehmigungen mit strengen Auflagen für eine Verlängerung würde die Menschen zermürben. „Der Verlängerungsbescheid wird zu einer kurzen Atempause – man wird auf

jeden Fall nicht gleich abgeschoben. Aber daraus wird ganz schnell die Erfahrung, keinen Zugang zur schwedischen Gesellschaft zu bekommen. Für die Integration ist das eine Katastrophe.“

Am 20. Juli laufen die 2016 erlassenen und von den Sozialdemokraten damals als „notwendige Auszeit“ deklarierten Regeln aus. Im Juni will die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven deshalb im Reichstag ein neues Gesetz zum Asyl- und Einwanderungsrecht zur Abstimmung stellen. Die restriktive Linie



Schwedendemokrat Jimmie Åkesson in Stockholm (Mai 2014)

schreibt es im wesentlichen fort. Hinsichtlich der Gültigkeitsdauer von Aufenthaltsgenehmigungen und den Anforderungen beim Familiennachzug bleibt Schweden bei härteren Regeln als der EU-Durchschnitt. Nachdem der Versuch einer fraktionsübergreifenden Verständigung zu diesem Thema gescheitert war, erhielt die Vorlage der Koalition Konkurrenz. Am 2. Mai verabschiedeten die konservativen Moderaten, die Christdemokraten und die Liberalen gemeinsam mit der rechtsextremen SD eine Erklärung, die auf eine noch härtere Fremdenpolitik dringt. So wollen die vier im Bunde den Zuzug von Angehörigen von Einwanderern nach Schweden deutlich erschweren. Eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung soll erst nach drei Jahren Aufenthalt in Schweden möglich sein. Die Hürden dafür, unter anderem beim Nachweis von Einkommen und Sprachkenntnissen, sollen höher gelegt werden. Die Schwedendemokraten sind dabei längst noch nicht am Ziel ihrer Wünsche: Einwanderung aus anderen Kulturkreisen wollen sie faktisch ganz unterbinden. Menschen ohne schwedische Staatsbürgerschaft sollen nach ihren Vorstellungen als Schmarotzer behandelt und von Sozialleistungen ausgeschlossen werden.

Diese erste förmliche Übereinkunft mit etablierten Parteien feierte SD-Chef Jimmie

Åkesson auf Twitter als „kleinen, aber historischen Schritt in die richtige Richtung“. Mit der Isolation der Rechtsextremen durch das gesamte demokratische Spektrum ist es nun endgültig vorbei. In den vergangenen Monaten hatte dieser Damm rechts immer mehr und immer schneller Risse bekommen. Nun geht es ohne Scham voran: Die Moderaten als größte Oppositionskraft und die Christdemokraten öffnen sich unverkennbar für eine Koalition mit den Rechtsextremen. Der Vorsitzende der Moderaten, Ulf Kristersson, sieht sich bereits als Schwedens künftiger Premier. Aktiv betreibt er die „Normalisierung“ und Integration der äußersten Rechten. Die SD hat sich in Kristerssons Augen „politisch verbreitert“ und zu seriöser parlamentarischer Arbeit gefunden.

Dabei lassen Kader der Schwedendemokraten immer wieder gucken, daß eine völkische Rassenideologie mehr als nur mitschwingt. Geboren wurde die Partei 1988 im Spektrum militanter schwedischer Nazi-Gruppen. In den folgenden Jahren entwickelte sie eine enge Zusammenarbeit mit dem französischen Front National von Jean-Marie Le Pen. 2010 gelang der SD mit 5,7 Prozent der Stimmen erstmals der Sprung über die 4-Prozent-Hürde und damit der Einzug in den Reichstag. Vier Jahre darauf kam sie bereits auf fast 13 Prozent. Jimmie Åkesson, der der Partei seit 2005 vorsteht, arbeitete stetig an ihrer konservativ-nationalistischen Fassade. Der Fokus der SD-Politik richtet sich auf einen Einwanderungsstopp, dabei koppelt sie das Thema Migration mit sozialer Demagogie und Islamfeindlichkeit. Im Europaparlament zählen die Schwedendemokraten zur 2019 gebildeten blau-braunen Fraktion „Identität und Demokratie“, der auch Parteien wie die AfD, die italienische Lega, die FPÖ aus Österreich oder der französische Rassemblement National angehören.

Die nächste Reichstagswahl steht planmäßig am 11. September 2022 an. Erneut ist eine für die Regierungsbildung schwierige Konstellation zu erwarten. Löfvens Minderheitsregierung ist bereits jetzt ein immer wackeligeres Unterfangen. Im 349 Sitze zählenden Reichstag stützt sich die Koalition nur auf 116 eigene Stimmen. Damit ist sie mindestens auf die Fraktionen der Linkspartei und der sozialliberalen Zentrums-Partei angewiesen, die dem Regierungslager zu einer hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme verhelfen können. Die bisher als Stützpartei dienenden Liberalen sind un-gefallen und beteiligen sich an der neuen Allianz mit den Schwedendemokraten für ein schärferes Einwanderungsrecht. Die Zentrums-Partei steht auch nur „weitgehend“ hinter der Novelle der Koalition. Immerhin bezeichnet Parteichefin Annie Lööf eine Zusammenarbeit mit der SD weiterhin konsequent als „undenkbar“.

Peter Steiniger

Systemischer Rivale

Im Umgang mit Rußland und China hat sich der Wertewesten zweier Kategorien bemächtigt, die sich – wie wir noch sehen werden – aufeinander beziehen. Der eine Begriff heißt „Regelbasiert“ und bringt den Wunsch einer Welt- und „Werteordnung“ zum Ausdruck, dem sich alle Nationen unterordnen sollen. Der andere heißt „systemischer Rivale“. Mit ihm wiederum sind diejenigen gemeint – sonst ergäbe das Wort „Rivale“ keinen Sinn –, die man zwingen will, im Zuge einer Art Therapie den Wertekanon des Westens zu verinnerlichen. Das Adjektiv „systematisch“ versteht jeder und ist in unser aller Sprachgebrauch. Aber systemisch? Da wird es komplizierter, zumal dann, wenn es im Wortschatz der diplomatischen Sprache auftaucht. Für das Adjektiv „systemisch“ gibt es kein Substantiv. Es wird stets in Verbindung gebracht mit Begriffen wie „systemische Therapie“, „systemische Beratung“, „systemischer Ansatz“, „systemische Psychotherapie“ etc. Dieses ursprünglich aus der Biologie stammende Wort zielt auf den gesamten Organismus, hat aber inzwischen auch seinen Platz in den Humanwissenschaften gefunden, wo mit ihm ein komplettes System als Ganzes und in der Tiefe beschrieben und ausgedeutet werden soll.

Schauen wir etwas genauer hin, was die politischen Akteure bezwecken, wenn sie von einem „systemischen Rivalen“ sprechen. Die Volksrepublik China sei ein solcher, meint Außenminister Heiko Maas mit stoischer Mine. Was versteht er aber unter „Rivalität“? Nach Wikipedia handelt es sich schlicht um unvereinbare Interessen. Demnach wäre China mit seiner sich auf Konfuzius berufenden Geschichte, seiner Kultur und seinen gesellschaftlichen Zielen ein Staat, der definitiv mit den westlichen Wertvorstellungen unvereinbare Interessen verfolgt. Sehr interessant. Über Jahrzehnte haben die „demokratischen Warenhäuser“ der westlichen Industriestaaten die Produktionsstätten Chinas genutzt und aus preiswerten Waren im alten kolonialen „Zugriff“ Extraprofite generiert. Im gleichen Atemzug wurde die extreme Ausbeutung in den chinesischen Exportproduktionsstätten angeprangert. Heuchelei und Doppelmoral waren über viele Jahrzehnte der Soundtrack in den Beziehungen des Westens zur Volksrepublik. Für diesen Umgang brauchte man noch nicht das Wort „Rivale“. Und „systemisch“ wurde im politischen Sprachgebrauch noch gar nicht benutzt.

Wer heute im Sinne der Herkunft des Worts und seiner Anwendung über einen systemischen Ansatz und ein systemisches Denken „China verstehen“ will, ist nicht glaubwürdig, wenn er die Geschichte Chinas aus den nur zwei letzten Jahrhunderten meint ausklammern zu können.

Wissen muß man, daß China bis 1820 das führende Land weltweit war. Die Wirtschaftsleistung stieg bis 1820 auf 33 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. China war Nr. 1. Der Abstieg begann, als Großbritannien die heißbegehrten Waren aus dem Reich der

Mitte (Seide, Tee, Porzellan u.a.) nicht mit eigenen Produkten finanzieren konnte, weil sie in China nicht gebraucht wurden. Also mußten sie anfangs mit Silber beglichen werden. Geld floß ab. Großbritannien setzte daraufhin auf den Verkauf von Opium. Das funktionierte, bis der chinesische Kaiser die schädlichen Auswirkungen erkannte und den Opium-Handel wie auch den Konsum verbot. Nun kurbelte Großbritannien den Schwarzmarkt an. Der reißende Absatz hatte zur Folge, daß China plötzlich mehr Silber verlor, als der britische Teekonsum in die chinesischen Kassen spülte. Diesem illegalen Treiben der Opiumschmuggler schob Kaiser Daoguang einen Riegel vor, denn dem britischen Profit standen um 1840 opiumabhängige Chinesen vermutlich in zweistelliger Millionenzahl gegenüber. Nun setzte Großbritannien seine Kriegsflotte in Marsch. Der erste Opiumkrieg begann 1839, ihm folgte 1856 ein zweiter. Man könnte auch sagen: Der imperialistische Feldzug begann und setzte sich fort bis zum sogenannten Boxeraufstand, der nur deshalb so genannt wurde, weil die waffentechnisch heillos überforderten Chinesen sich zum Teil nur mit bloßen Händen und Füßen gegen die Eindringlinge zur Wehr setzen konnten. Um 1900 schickte Kaiser Wilhelm II. seine Getreuen auf den Weg mit den berühmt-berühmtesten Worten, daß es keinem Chinesen jemals erlaubt werden dürfe, einem Deutschen scheel in die Augen zu schauen. China wurde kolonial unterjocht mit allen dramatischen Folgen für Lebensstandard, Gesundheit, Lebenserwartung. Dieses Jahrhundert der Demütigung hat sich in das historische Gedächtnis der Chinesen eingebrannt. Erst mit Mao und seiner kommunistischen Partei gab es eine Wende, mit der sich die westliche „Wertediktatur“ aber bis auf den heutigen Tag nicht abgefunden hat. Ihre Akteure sind schon längst wieder zum Angriff übergegangen. Anstatt die eigene Geschichte aufzuarbeiten, wird der Volksrepublik vorgeworfen, sie würde genozidale Praktiken an ihren ethnischen Minderheiten verüben. Die insgesamt 55 Minderheiten des Landes, die 8,5 Prozent der Gesamtbevölkerung umfassen, genießen entsprechend der Verfassung einige Privilegien. Die zeitweilige Ein-Kind-Regelung galt für sie nicht, weil die Nationalitätenpolitik einen Rückgang der Bevölkerung verhindern wollte. Das ist auch ein Grund, weshalb die Zahl der Uiguren in den letzten 40 Jahren von 5 Millionen auf 12 Millionen gewachsen ist (s. „Die Hurensöhne des Imperiums“, RF 5/21). Seit 2019 nennt die EU China einen „systemischen Rivalen“. Damit will sie zum Ausdruck bringen, daß die Volksrepublik international gültige völkerrechtliche Standards auch im Bereich der Menschenrechte verletzt. China lehnt die Kategorie vehement ab. „Egal, welche Beschreibung die EU nutzt“, erklärte jüngst der chinesische EU-Botschafter Zhang Ming, „wir werden bei einer umfassenden strategischen Partnerschaft bleiben“. Obwohl Europa eigentlich nur die geografisch kleine westliche Halbinsel des asiatischen Kontinents ist, wird es aufgrund seiner

kulturellen und historischen Bedeutung als selbständiger Erdteil betrachtet, beileibe aber nicht wegen seiner nicht aufzählbaren Kriege, die es nach außen getragen und im Inneren geführt hat. Der Versuch eines seiner Mitglieder, sich zum Alleinherrscher auf dieser Halbinsel aufzuschwingen und auch die anderen vier Erdteile zu vereinnahmen, endete in einer Katastrophe. Nach einer mehr oder weniger erzwungenen Atempause spielen sich jetzt die Akteure auf dem asiatischen Appendix (Europa) gemeinsam mit den USA als „Richter“ über die Allgemeingültigkeit von Demokratie und Menschenrechten auf. Zum „Henker“ reicht es (noch) nicht. Aber zwischen den Zeilen zahlloser Erklärungen steigt schon der Pulverdampf hoch. Mit Annalena Baerbock – man kann es nicht früh genug sagen, wes Geistes Kind sie ist – läuft sich eine Joschka-Fischer-2.0 fürs Kanzleramt warm. Die aggressive Tonart ihrer sowohl gegen China wie auch Rußland gerichteten Äußerungen lassen Befürchtungen aufkommen, daß sich die Grünen demnächst sogar für einen „klimaneutralen Atomkrieg“ einsetzen, meint der Konfliktforscher Leo Ensel etwas sarkastisch. Ist das die Option, die der FDP-Mann Graf Lambsdorff in einem Spiegel-Gespräch vorgeschlagen hat, nämlich „die Russen dort treffen (zu wollen), wo es ihnen richtig wehtut“?

Wenn man schon den diplomatischen Wortschatz mit bildungsbürgerlichen Begriffen wie „systemisch“ und „empathisch“ aufhübscht, wäre es das erste Gebot, die monokausale Tonlage aufzugeben. Anstatt sich über die Bedrohung westlicher Werte und Lebensweisen zu beklagen, wäre doch zu fragen, wann und warum derartige Ängste überhaupt entstanden sind. Man begäbe sich allerdings beim Versuch, eine Antwort zu finden, auf gefährliches Terrain. Denn das würde den Willen voraussetzen, sich auf ein Vergleichsstudium auf das kulturell unterschiedliche Menschenbild Chinas einzulassen: Individuelle Freiheitsrechte im Konflikt bzw. im Einklang mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse, ein Menschenrechtsbegriff als Basis für sozioökonomische Rechte, maximale persönliche Entfaltung und gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die Rolle des Rechtssystems etc. Einem solchen Studium müßte – um das nochmals zu unterstreichen – ein nicht nur an der Oberfläche verharrender Blick auf die Geschichte und

■ Regionalgruppe Rostock

Am 5. Juni um 10 Uhr – Podiumsdiskussion mit Dr. Holger Michael (Historiker und Buchautor) zum Thema: **Die Vorgeschichte des Überfalls auf die Sowjetunion. Wie wurde der Kampf um die Verhinderung des Krieges verloren?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

Kultur Chinas vorausgehen. Es hätte auch zur Folge – nahezu unzumutbar für westliche „Wertediktatoren“ – das eigene dogmatisch gepflegte Weltbild infrage zu stellen und sich mit Empathie in die Lebensweise einer anderen Kultur hinzuversetzen. Stattdessen wird getreu der Floskel aus der Welt des Fußballs gehandelt – Angriff ist die beste Verteidigung: Die Volksrepublik wie auch Rußland werden täglich für ihr „immer aggressiveres“ Verhalten beschuldigt, also für etwas, was die westliche „Wertegemeinschaft“ mit ausufernden antichinesischen und antirussischen Hetztiraden selber tut. Aber – um auf das Bild zurückzukommen – die „Spielzüge“ sind derartig eindimensional und folglich leicht zu lesen, daß sowohl China als auch Rußland das peinliche Spiel schon längst durchschaut und souverän gekontert haben. Zhao Lijian, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, hat den USA erst vor wenigen Wochen den Spiegel vorgehalten und den USA eine lange Kette der von ihnen begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit um den Hals gelegt. Gäbe es so etwas wie einen kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte, müßten nahezu alle US-Administrationen vor Scham bis auf den Grund des Mariannengrabens abtauchen. In Washington, Brüssel und Berlin beschränkt man sich in der Wortwahl lieber im Gebrauch abstrakter Begriffe, ohne inhaltlich belegen zu können bzw. zu wollen, wann und wo „fortgesetzte Destabilisierung“, „aggressives Vorgehen“, „Wahleinmischung“, „Störmaßnahmen der Nachrichtendienste“, „Verbreitung von Desinformation“, „Spaltungsaktivitäten“ und „Cyberspionage“ stattfinden oder stattgefunden haben. Ab-

gesehen von unverzichtbaren Handelsbeziehungen sollen Rußland und China nicht (mehr) als Partner, sondern vor allem als Feinde, wahrgenommen werden. Mit Feinden aber spricht man nicht, will nicht mit ihnen über gegensätzliche Standpunkte diskutieren oder sich bemühen, sich über Ungereimtheiten bei der Aufklärung von Giftanschlägen auszutauschen. Schon gar nicht gibt es die Bereitschaft, den Putsch in Kiew 2014, seine Vorgeschichte mit all den Folgen, nicht zuletzt für die Halbinsel Krim, gemeinsam aufzuarbeiten. Würde man nur die oberste Schicht einseitiger Schuldzuweisungen abtragen, könnte das eigentliche Ziel besichtigt werden. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln klammert sich das westliche Imperium mit den USA in der Chefposition an der Spitze – „du sollst nicht andere Götter haben neben mir“ – an seine Weltmachtrolle. Im Hin und her von säbelraselnder Kriegsrhetorik und salbungsvollen Bekenntnissen zur Partnerschaft verbirgt sich stets der Wunsch, per Regime Change dem „systemischen Rivalen“ das westliche „Wertesystem“ aufzuzwingen.

Es gibt allerdings ein Problem: Die westlichen Rohrstockpädagogen wollen einerseits die „systemischen Rivalen“ aus der Position der Stärke heraus mit „ganzer Härte unter Druck setzen“, „zur Rechenschaft ziehen“ und einen „Preis zahlen“ lassen. Andererseits ergibt dieses Spiel mit den Muskeln keinen rechten Sinn, wenn gleichzeitig den Menschen ein Impfstoff gegen ständige Bedrohungsängste angeboten wird, obwohl dieser kaum noch in Anspruch genommen wird. Wie läßt sich dieser Widerspruch erklären? Ist es vielleicht schlicht und einfach

nur die Angst vor abnehmender Akzeptanz ihres marktradikalen Wirtschaftsmodells, die als eigentliche Triebfeder das Handeln gegen Rußland und China bestimmt?

Fazit: Mit der Forderung nach einem regelbasierten Verhalten wird ganz bewußt die Charta der Vereinten Nationen ignoriert, weil dort keine gesellschaftspolitische Orientierung vorgeschrieben ist. Schon vor dem Treffen der G7-Außenminister im Mai hat der US-Außenminister Antony Blinken mit imperialer Arroganz erklärt, es ginge darum, daß von den überwiegend „westlichen Mächten geprägte Weltsystem aufrechtzuerhalten“. Wer gegen diese „auf internationalen Regeln basierende Ordnung verstößt“, müsse zur Ordnung gerufen werden. Demnach müssen die „systemischen Rivalen“ davon überzeugt werden, sich aus freien Stücken den Forderungen der westlichen „Wertegemeinschaft“ zu unterwerfen und im Interesse der internationalen Finanzkonzerne ihre nationale Souveränität aufgeben. Jedoch steht mitten im Weg das Reich der Mitte, nicht zuletzt mit seiner Belt and Road Initiative (neue Seidenstraße).

China will Partner sein und steht für eine Politik des gegenseitigen Respekts und der Würdigung der jeweiligen Geschichte mit ihren Folgen für die Gegenwart. Das setzt selbstverständlich die Akzeptanz der gegenseitigen Interessen und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten voraus. Schauen wir genau hin: China wirbt für eine „Politik der friedlichen Koexistenz“ als einer spezifischen Form des auf dem Planeten ausgetragenen Klassenkampfes.

Hans Schoenefeldt

Zum Tod von Prof. Dr. Moritz Mebel

Am 21. April starb der Kommunist und international bekannte Urologe Prof. Dr. Moritz Mebel mit 98 Jahren in Berlin. Er fühlte sich bis zum Schluß der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke zugehörig. Moritz Mebel führte 1967 als Chef der Urologie am Krankenhaus Berlin-Friedrichshain die erste Nierentransplantation in der DDR durch. Auch im Ruhestand war er stets bereit, mit seinem ärztlichen Wissen zu helfen, wie auch meine Familie – wir waren lange Zeit Nachbarn – erfahren durfte. Es gab aber kein Gespräch, das Moritz nicht auf die Politik lenkte – sehr kritisch immer wieder auf die Führung der Linken. Am meisten aber beschäftigte ihn die antirussische Politik des Westens. Vor fast genau einem Jahr, am 8. Mai 2020, richtete er so z. B. einen offenen Brief an Außenminister Heiko Maas (SPD). An jenem „75. Jahrestag der Befreiung von der faschistischen Barbarei“ wolle er, der als Soldat der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion „unvorstellbare Grausamkeiten, begangen von unseren deutschen Landsleuten“,

gesehen habe, den deutschen Chefdiplomaten daran erinnern: „Wir stehen für alle Zeiten in der Schuld des Landes, das im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Menschen verlor. Das scheint hierzulande weitgehend vergessen. Mehr als das: Die Sowjetunion wird mit Hitlerdeutschland verglichen. Deutsche Panzer stehen im Rahmen der NATO an russischen Grenzen, und die veröffentlichte Meinung schürt antirussische Stimmungen.“ Und: „Ich sage Ihnen als Jude und Deutscher: Nicht nur im Verhältnis unseres Landes zu Israel ist Demut angebracht. Auch und ebenso im Verhältnis zu den Russen und anderen Völkern der früheren Sowjetunion.“

Moritz Mebel wurde am 23. Februar 1923 in Erfurt geboren und verließ 1932 mit Mutter und Schwester Deutschland. Gemeinsam mit den Kindern anderer deutschsprachiger Emigranten besuchte er in Moskau die Karl-Liebknecht-Schule und erwarb nach deren Schließung 1938 die Hochschulreife auf einer russischen Schule. 1940 nahm er ein Medizinstudium auf und meldete sich im Oktober 1941 als Komsomolze zu einem

Arbeiterbataillon. Im Februar 1942 waren von seiner Kompanie außer ihm noch zwei Soldaten am Leben. Wer Moritz Mebel auf den Krieg ansprach, dem antwortete er oft mit seinen furchtbaren Erlebnissen, den Verbrechen der Wehrmacht. Sein russischer Freund Georgij Z. Sannikow hat im „RotFuchs“ vom August 2013 eindrucksvoll Moritz Mebels Fronterlebnisse geschildert.

Den Krieg beendete er als Oberleutnant, arbeitete bis 1947 in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), setzte danach das Medizinstudium in Moskau fort, promovierte und ging mit seiner Frau 1958 in die DDR. Er gehörte seit 1971 dem Zentralkomitee der SED an. 2014 wurde er Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Dieses Leben eines großartigen Menschen war der Hintergrund für den Brief an Maas. Moritz Mebel machte sich keine Illusionen über diesen Staat, aber kampfflos überließ er dem großen Verrat an allen Lehren aus Krieg und Faschismus nicht das Feld.

Arnold Schölzel

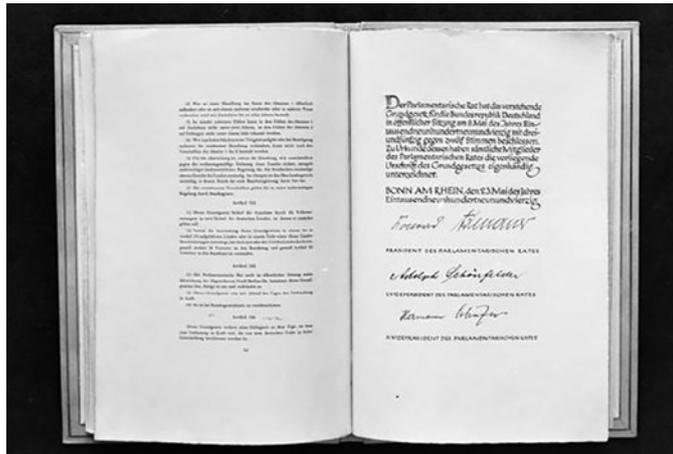
Menschenwürde

Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so lautet die Eingangsformel des Grundgesetzes. Mannshoch, in grauen Stein gemeißelt, prangte der Satz an der Fassade des Frankfurter Justizentrums. Für die Inschrift hatte der frühere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903–1968) gesorgt, der einzige westdeutsche Strafverfolger, der die NAZI-Kriegsverbrecher jagte, die Auschwitz-Prozesse einleitete und mithilfe Adolf Eichmann zur Strecke zu bringen. Der einsam einen aussichtslosen Kampf führte und daran zerbrach. Jeder von uns jungen Gerichtsreferendaren in Frankfurt/Main verband die Inschrift unmittelbar mit dem antifaschistischen Wirken Fritz Bauers, obwohl er 20 Jahre nach seinem Tod im Justizbetrieb schon fast vergessen war.

Wer heute auch nur ansatzweise dem Bedeutungsgehalt der Menschenwürde und der daraus abgeleiteten Menschenrechte auf den Grund gehen möchte, muß viel Zeit aufbringen. Als vor wenigen Wochen ein neues zweibändiges Compendium mit dem Titel „Quellen zur Geschichte der Menschenrechte“ erschien, das sich auf fast 1000 Seiten nur auf die Inhalte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert konzentrierte, erschien, erntete es beim Rezensenten der FAZ nur herbe Kritik. Es fehle zuviel, lautete das Urteil. Abgesehen von der Schwierigkeit einer historischen, philosophischen, religiösen, moralischen und rechtlichen Begriffsbestimmung, sind Menschenwürde und Menschenrechte vor allem in den letzten 30 Jahren zur politischen Allzweckwaffe bürgerlicher Politik degeneriert. Mit der Behauptung, etwas verstoße gegen die Menschenwürde und verletze Menschenrechte läßt sich – wie wir heute nahezu jede Woche vor Augen geführt bekommen – nahezu alles legitimieren. Längst vergessen, daß die Menschenwürde deshalb als Grundnorm in die Verfassung aufgenommen wurde, um einen Schlußstrich unter die menschenverachtende Barbarei des Hitlerfaschismus zu ziehen. Wir werden Zeugen, wie der politische Arm der herrschenden Klasse sich gerade jetzt jener Begriffe bedient, wo es darum geht, die aggressive Durchsetzung der Kapitalinteressen und die Anzettelung imperialistischer Kriege um Rohstoffe und Lieferketten mit dem Weihrauch des Kampfes gegen die Verletzung der Menschenwürde und der vermeintlichen Durchsetzung der Menschenrechte zu ummanteln. Als 1999 von deutschen Flughäfen NATO-Bomber aufstiegen um serbische Dörfer und Städte in Schutt und Asche zu legen, war dies laut offizieller Verlautbarung kein Krieg, sondern eine „humanitäre Intervention“. Der Moment, „als die Menschenrechte schießen lernten“, wie die Süddeutsche Zeitung am 11. Mai 2010 rückblickend schrieb. Keine zwei Jahre später, am 19. März 2011, starteten die NATO-Bomber erneut, diesmal mit Libyen im Fadenkreuz – zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten,

wie es hieß. Selbst die FAZ zweifelte seinerzeit an der „normativen Basis“ solcher Kriegsziele und wählte in ihrer Ausgabe vom 22. März 2011 die für NATO-Enthusiasten despektierliche Überschrift „Der demokratische Interventionismus ist eine Mißgeburt“. Geändert hat das nichts, im Gegenteil: Die „wertebasierte“ Einkreisungspolitik gegenüber Rußland findet ihr Ziel, ob im Baltikum, in der Ukraine, aber auch dann, wenn es nur um die Wehwehchen des bewährungsbrüchigen „Kreml-Kritikers“ Nawalny geht. Warum läuft im August eine deutsche Fregatte ins südchi-

im Vergleich zu den Menschenrechten, deren Stunde erst nach dem Ende des 2. Weltkriegs schlug, der weit ältere Begriff. In Ciceros Schrift „De officiis“ (Über die Pflichten) ist bereits angelegt, daß die dignitas (Würde) nur dem Menschen zustehen soll. Allerdings erlange der Mensch nicht „automatisch“ die ihm eigene Würde ab dem Moment seiner Geburt, sondern er müsse sich diese durch ein „maßvolles, beherrschtes, strenges und nüchternes Leben“ erst verdienen. Damit schieden all jene, die ein solches Leben nicht führen konnten oder wollten, aus dem Kreis der „Würdigen“ aus. Auch die christliche Glaubenslehre beseitigte die Begrenztheit des Personenkreises, denen Menschenwürde zukommen sollte, nicht. Ausschlaggebend war die Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Die Würde definierte sich über Gott selbst, der sie vergab, aber auch nehmen konnte. Die Würde als Geschenk Gottes war zu achten, sie schützte den Einzelnen vor den Angriffen anderer, aber ihre Voraussetzung war ein Leben nach den Geboten der Bibel. Universal konnte diese Würde nicht sein, denn Frevler, Ungläubige und auch die Anhänger anderer Religionen waren von der Achtung der Würde ausgeschlossen, bzw. ihnen kam eine solche nicht zu. Im übrigen gilt sowohl für die römische Sklavenhaltergesellschaft wie auch für die spätere Leibeigenschaft, die in Preußen erst 1809 ihr Ende fand, daß den oberen Ständen die Würde der unteren Stände schlichtweg egal war. Das aufkommende Bürgertum sorgte mit Adam Smiths Arbeit „Wohlstand der Nationen“ (1776) für die Grundlegung eines Systems kapitalistischen Wirtschaftens. Wie bei Smith rückte auch bei Immanuel Kant das Privateigentum in den Mittelpunkt personaler Autonomie und Würde. Vor allem in den ersten 17 Paragraphen seiner Rechtslehre (1797) versuchte Kant den Nachweis, dass die Verfügung über „Sachen“ als Eigentümer ein Gebot der Vernunft sei, gleichsam ein Prädikat des Autonomen. Der Eigentumsbegriff wurde zum Transmissionsriemen personaler Freiheit des bürgerlichen Individuums. Die zentrale Rolle des Eigentums, einschließlich seiner Verwendung und Verwertung sollte fortan die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen. Erst dadurch, daß dem Individuum im Umgang mit der sächlichen Welt gewahrt werde, die Dinge seien seinem Willen unterworfen, erfahre sich der Wille als frei (autonom) und damit in der Lage, sein Handeln für sich selbst und als gesellschaftliches Wesen getreu dem kategorischen Imperativ (KI) „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde“ auszurichten. Kant benutzt den Begriff Menschenwürde nicht explizit. In einer weiteren Fassung des KI allerdings stellt er als erster die Formel richtigen moralischen und rechtlichen Handelns auf, so wie sie Eingang in Art. 1 GG und in die seither herrschende



Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

nesische Meer aus? Die Antwort zur Neuaufgabe der wilhelminischen Kanonenbootpolitik gibt Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. In einem Interview vom 7. April 2021 gegenüber dem Redaktions-Netzwerk Deutschland erklärt sie: „Wir sind Teil der westlichen Welt und müssen dafür sorgen, daß die Menschenrechte gelten“. Nicht nur am Hindukusch, sondern ab sofort auch in Indochina, möchte man ergänzen. Wohin die Reise gehen wird, läßt sich im Wahlprogramm der GRÜNEN lesen. Da geht es mit klaren Worten zur Sache: „... eine gestärkte und handlungsfähige Europäische Union. Die Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. (...) exportiert in die ganze Welt, (...) ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt“. So wie bei der Generalprobe 1999, wäre wohl anzumerken.

Die dunkle Seite der aufpolierten Menschenrechts- und Menschenwürdemedaille – auch die kennen wir: Alte Menschen, die nach einem Leben voller Arbeit ihr Überleben durch Flaschensammeln sichern müssen; Hartz-IV-Sätze, die für „Bildung“ monatlich 1,61 € garantieren, 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche, die in Armut leben. Menschen, für die Artikel 1 des Grundgesetzes wie ein Hohn klingt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Sind Menschenwürde und Menschenrechte also lediglich eine indifferente Manövriermasse, mal so, mal so gewendet, aber immer eingesetzt im Sinne bourgeois Politik? Historisch betrachtet ist die Menschenwürde

nenische Meer aus? Die Antwort zur Neuaufgabe der wilhelminischen Kanonenbootpolitik gibt Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. In einem Interview vom 7. April 2021 gegenüber dem Redaktions-Netzwerk Deutschland erklärt sie: „Wir sind Teil der westlichen Welt und müssen dafür sorgen, daß die Menschenrechte gelten“. Nicht nur am Hindukusch, sondern ab sofort auch in Indochina, möchte man ergänzen. Wohin die Reise gehen wird, läßt sich im Wahlprogramm der GRÜNEN lesen. Da geht es mit klaren Worten zur Sache: „... eine gestärkte und handlungsfähige Europäische Union. Die Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. (...) exportiert in die ganze Welt, (...) ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt“. So wie bei der Generalprobe 1999, wäre wohl anzumerken.

Die dunkle Seite der aufpolierten Menschenrechts- und Menschenwürdemedaille – auch die kennen wir: Alte Menschen, die nach einem Leben voller Arbeit ihr Überleben durch Flaschensammeln sichern müssen; Hartz-IV-Sätze, die für „Bildung“ monatlich 1,61 € garantieren, 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche, die in Armut leben. Menschen, für die Artikel 1 des Grundgesetzes wie ein Hohn klingt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Sind Menschenwürde und Menschenrechte also lediglich eine indifferente Manövriermasse, mal so, mal so gewendet, aber immer eingesetzt im Sinne bourgeois Politik? Historisch betrachtet ist die Menschenwürde

nenische Meer aus? Die Antwort zur Neuaufgabe der wilhelminischen Kanonenbootpolitik gibt Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. In einem Interview vom 7. April 2021 gegenüber dem Redaktions-Netzwerk Deutschland erklärt sie: „Wir sind Teil der westlichen Welt und müssen dafür sorgen, daß die Menschenrechte gelten“. Nicht nur am Hindukusch, sondern ab sofort auch in Indochina, möchte man ergänzen. Wohin die Reise gehen wird, läßt sich im Wahlprogramm der GRÜNEN lesen. Da geht es mit klaren Worten zur Sache: „... eine gestärkte und handlungsfähige Europäische Union. Die Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. (...) exportiert in die ganze Welt, (...) ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt“. So wie bei der Generalprobe 1999, wäre wohl anzumerken.

Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Menschenwürde (sog. „Objektformel“) gefunden hat: „Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst“ (Metaphysik der Sitten, 1785). Die Formel ist eingängig, entspricht unserer Intuition und ist dennoch in mehrerlei Hinsicht zu kurz gegriffen. Was ist mit jenen, die nicht autonom sind und zur Bildung des kategorischen Imperativs unfähig? Und gebrauchen wir nicht jeden Tag andere als Mittel zur Verwirklichung eigener Zwecke, wenn wir z.B. beim Busfahrer eine Karte lösen oder beim Bäcker ein Brötchen kaufen?

Das Verfassungsgericht hat daher die Objektformel mit moralischen Unwerturteilen aufgeladen: Es sieht die „Schwelle zur Verletzung der Menschenwürde dort überschritten (...), wo der Mensch einer Behandlung ausgesetzt wird, die seine Subjektqualität prinzipiell in Frage stellt und daher Ausdruck der Verachtung des dem Menschen kraft seines Personseins zukommenden Wertes ist (BVerfGE Bd. 30,1,26). Durch die Wahl des Wortes „Verachtung“ und das Erfordernis der Negation der Subjektqualität senken die Karlsruher Richter die Schwelle zur Verletzung der Menschenwürde soweit ab, daß das Folterverbot noch gerade darunter fällt, aber gewaltfreie stark diskriminierende Handlungen, vor allem jene des Staates gegenüber dem Individuum, außen vor bleiben. Der Regelsatz für einen allein stehenden Hartz-IV-Bezieher beträgt zur Zeit 446 Euro/Monat. Das ist das ohnehin schon knapp bemessene Existenzminimum, das nach der Rechtsprechung des BVerfG noch eben einem menschenwürdigen Leben entspricht. Wenn also dieses Existenzminimum „in der Menschenwürde wurzelt und daher dem Grunde nach unverfügbar ist“, wie das BVerfG nicht müde werdend stets bekräftigt hat – muß dann nicht jede Kürzung die Menschenwürde im Kern verletzen? Weit gefehlt. In ihrem Urteil vom 05.11.2019 (Az. 1 BvL 7/16) halten

die Verfassungsrichter auch Kürzungen um 30 % beim Existenzminimum grundsätzlich für zulässig, wenn der Betroffene seine „Mitwirkungspflicht“ verletze und daher sanktioniert werden müsse. Der Staat habe bei der Umsetzung des „Schutzauftrags“ für die Menschenwürde aus Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG einen „weiten Gestaltungsspielraum“. Ergo entsprechen 312,20 Euro, oder 10 Euro pro Tag zum Leben aktuell der Menschenwürde. Das Beispiel zeigt zweierlei: Zum einen führt es uns vor, daß es eine Illusion wäre zu glauben, das Grundgesetz offeriere in puncto Menschenwürde eine unhintergehbare Grenze. Zum anderen ist es ein Beleg dafür, daß auch die herrschende richterliche Auslegung des Grundgesetzes praktischer Ausdruck der Klassengesellschaft ist, für die es gilt. Der marxistische Philosoph Wolfgang Abendroth hatte recht, wenn er konstatierte, daß der jeweilige Stand der Verfassung und ihrer richterlichen Auslegung ein Abbild der aktuellen Klassenverhältnisse ist.

Darüber hinaus zeigt das Urteil des BVerfG zu Hartz-IV schmerzlich, wohin es führt, wenn einklagbare soziale Grundrechte in der Verfassung gänzlich fehlen. Das Drehen an der Stellschraube „Menschenwürde“ ist bestenfalls wohlfeile Sozialkosmetik.

Gemeinhin unterscheidet man bürgerliche Freiheitsgrundrechte (z.B. Rede- und Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit), Schutzgrundrechte (z.B. körperliche Unversehrtheit) und soziale Grundrechte (z.B. Recht auf Wohnung, Recht auf Bildung). Nach der Diktion der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR), verabschiedet von der UN am 10. Dezember 1948 entspringen diese Rechte ihrem Wesen nach aus Art. 1 AEMR („Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“). Sie entstammen der Menschenwürde, sind aber gleichwohl eigenständig formuliert, damit aus ihnen ein Anspruch abgeleitet werden kann. Die Bundesrepublik hat diese Charta anerkannt, sah aber in über 70 Jahren keine Veranlassung, die Art. 22-26

AEMR (Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit, gleichen Lohn, befriedigende Arbeitsbedingungen, Recht auf Erholung, Recht auf Bildung) in das Grundgesetz aufzunehmen. Auf der Internetseite der Bundesregierung ist zu lesen, die Charta enthalte lediglich „unverbindliche Empfehlungen“. Im übrigen würden sämtliche dieser sozialen Menschenrechte durch Art. 1 GG (Menschenwürde) repräsentiert. Eine Aufnahme ins Grundgesetz sei unpraktikabel und mit zu großem Aufwand verbunden. Der Aufwand spielte bei den 54 Verfassungsänderungen seit 1949 indes offenbar nie eine Rolle, wenn es um die Einführung von Notstandsregelungen, die Einschränkung der Post- und Fernmeldefreiheit oder den Einsatz der Bundeswehr nach Innen und Außen ging. Die Abwesenheit sozialer Grundrechte läßt das Grundgesetz sogar hinter die Weimarer Reichsverfassung von 1919 zurückfallen, die in Art. 155 das staatliche Ziel „jedem Deutschen eine gesunde Wohnung“ zu sichern, festschrieb. In der DDR war das Recht auf Wohnen eine Selbstverständlichkeit und in der Verfassung vom 6. April 1968 verankert. Mit der Annexion des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden wurde dieses, und auch alle anderen sozialen Grundrechte ersatzlos gestrichen. Deutschland hat 1973 den UN-Sozialpakt (Recht auf Wohnen) ratifiziert und sich damit zu dessen Umsetzung verpflichtet. Geschehen ist nichts: Die Zahl der Wohnungssuchenden ohne festen Wohnsitz steigt stetig. Schätzungen gehen aktuell von bundesweit rund 678 000 Menschen aus, vor fünf Jahren lag die Zahl noch bei ca. 335 000. Solange der Profit regiert, ist mit der Menschenwürde offensichtlich kein Staat zu machen. Es scheint, Friedrich Schiller hatte schon 1797 eine Vorahnung davon. Er schrieb:

„Würde des Menschen.

*Nichts mehr davon, ich bitt euch. Zu essen
gebt ihm, zu wohnen,
Habt ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die
Würde von selbst.“*

Dr. Ralf Hohmann

Das Schachbrett des Teufels

Beim Westend-Verlag ist kürzlich die 2. Auflage des Buches „Das Schachbrett des Teufels“ von David Talbot erschienen. Der Untertitel „Die CIA, Allen Dulles und der Aufstieg Amerikas heimlicher Regierung“ umreißt den Inhalt.

Der Autor beschreibt detailliert das unheilvolle Wirken des teuflischen Gespanns Allen und John Dulles, das in den Vereinigten Staaten selbst wie auch weltweit eine tiefe Blutspur hinterließ. 1953 wurde durch Mithilfe der CIA Irans demokratisch gewählter Präsident Mossadegk aus dem Amt geputscht, weil er den Reichtum des Landes, das Erdöl verstaatlichen wollte. 1954 brachte man Guatemalas ebenfalls demokratisch gewählten Präsidenten Arbenz außer Landes. Auch an dem Mord an dem ersten Premierminister des unabhängigen Kongo Patrice Lumumba 1961 war die CIA maßgeblich beteiligt. Es gab sogar, relativ wenig bekannt, 1961 einen Putschversuch

in Frankreich gegen die Algerienpolitik de Gaulles, der Algerien in die Selbständigkeit entlassen wollte. Das sind nur einige Verbrechen, die auf das Konto der CIA gehen. Der rote Faden, der die Geisteshaltung der beiden Brüder prägte, war ein blindwütiger und zutiefst paranoider Haß auf alles, was auch nur im entferntesten nach Kommunismus roch, dem sie spiegelbildlich ihre eigenen imperialen Ziele vorwerfen – das Streben nach unangefochtener Weltmacht!

Die USA kannten und kennen bis heute weder moralische noch faktische Grenzen, um dieses Ziel zu erreichen. Erinnerung sei an George Friedman, der 2002 in Chicago in einer Rede als Chef des Think-Tanks „Strat-for“ die Vorzüge der weltweiten vermeintlichen militärischen Überlegenheit der USA herausstellte: Es sei ein „schönes Gefühl, weltweit intervenieren zu können, ohne Gefahr zu laufen, selbst angegriffen zu werden“. Ausführlich beschreibt

David Talbot das Debakel in der Schweinebucht – bis hin zum Kennedy-Mord, das der Autor in Zusammenhang mit extremistischen Exilkubanern bringt. Einem Freund Allen Dulles wird das Zitat zugeschrieben: „Wer Castro beseitigen will, muß zuerst Kennedy beseitigen!“ Scheinbar aus dem Nichts taucht hinter diesen Komplotten ein neuer Name auf – die Rockefeller's ...

Die wie ein Krebsgeschwür wachsende CIA unterlag keinerlei Kontrolle durch die Regierung, weder damals noch heute. Über die reine Alibifunktion kommen auch derzeitige sogenannte Anhörungen selten hinaus. Damals wie heute ist es das „permanente Kriegsfieber, das die politischen und militärischen Hierarchien des Landes stärkt“, selbst wenn es „wie im Atomzeitalter die Existenz der Menschheit bedroht“!

Volker Büst
Kalbe

Die Sache mit dem Impfstoff

Eine Analyse der gegenwärtigen Situation zur Entwicklung und Vermarktung der zugelassenen Impfstoffe gegen das Corona-Virus offenbart das ganze Dilemma eines von Privatinteressen dominierten Gesundheitssystems und der profitgetriebenen globalen Pharmaindustrie.

Die neue Infektionskrankheit SARS (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom) wurde bereits Ende November 2002 registriert. Damals wurden in Südchina die ersten Fälle gehäuft auftretender atypischer Pneumonien unklarer Genese mit oft tödlichem Verlauf registriert. Diese von der WHO als erste Pandemie des 21. Jahrhunderts eingestufte Infektionskrankheit forderte innerhalb eines halben Jahres 774 Menschenleben, blieb aber bezüglich der Hotspots auf die südostasiatische Region begrenzt. Im Mai 2004 erklärte die WHO die Pandemie offiziell für beendet.

Der nächste Ausbruch wurde 2012 erstmals auf der arabischen Halbinsel Infektionen mit dem MERS-Coronavirus (Middle East Respiratory Syndrom) diagnostiziert.

Die Infektionen, die wohl vorrangig über Kamele/Dromedare, aber auch von Mensch-zu-Mensch übertragen werden, traten lokal begrenzt in arabischen Ländern, wie Saudi-Arabien und Süd-Ostasien, auf. Offiziell stellte man mehr als 2000 Infektionen fest. In 30 % der Fälle von schwerer Pneumonie oder Atemnotsyndrom war der Verlauf schwer und endete tödlich.

Obwohl schon im Jahre 2002 und verstärkt mit der Beendigung der ersten Corona-Pandemie nach der Entschlüsselung des Genoms des SARS Virus die Arbeiten zur Entwicklung eines Impfstoffes initiiert wurden, begann die Testung eines MVA-MERS-S (Modifiziertes Vaccinia-Virus Ankara) erst im April 2018 im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf. Es fehlten damals lediglich vier bis fünf Millionen US-Dollar, um den Impfstoff zur Marktreife zu führen. Allerdings fand sich zu diesem Zeitpunkt keiner, der bereit war, diese Summe zu investieren. Mit einem Jahresumsatz von ca. 35 Mrd. US Dollar 2020 ist es eher ein kleines Marktsegment des internationalen Pharmaimperiums. Für diese Konzerne gibt es weit größere und lohnendere Teilmärkte, wie etwa chronische Erkrankungen, onkologische oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Aus diesem Grunde existieren im Gegensatz zu den 60er Jahren mit noch 25 Impfstoffherstellern heute nur noch fünf große Hersteller, die fast 90 Prozent des Marktes kontrollieren. Die Entwicklung eines neuen Impfstoffes ist ein komplexer zeit- und kostenintensiver Prozess. Der Impfstoffentwickler muß die gesamte Entwicklungs- und regulatorische Zulassungsarbeit eigenständig bewältigen und finanzieren. In jeder Etappe droht die Gefahr des Mißlingens. Die großen Pharmafirmen haben teure Rückschläge hinter sich, weil sich Impfstoffe gegen die Schweinegrippe bzw. das Dengue Fieber während der Testphase als doch nicht geeignet erwiesen.

Im dem Moment, wo der Impfstoff auf den Markt kommt, hat der natürlich verlaufende Immunisierungsprozeß (Durchseuchung) in

der Regel die Infektionskrankheit bereits zum Rückzug gezwungen. Der Hersteller hat dann ein Absatzproblem für seine „auf Halde“ produzierten Impfdosen. Aus diesem Grund wurden Impfstoffe gegen die Coronaviren SARS und MERS bis heute nicht fertig.

Der zuständige GlaxoSmithKline Manager Vollmar nennt daher sein Impfstoffgeschäft „unattraktiv und risikoreich“.



Wiesbaden 17.4.2021 / Quelle: mediabase

Die nun erstmals im Februar 2020 in Europa aufgetretene Lungenerkrankung aus China wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit Covid-19 (Corona Virus Disease-2019) bezeichnet. Das Internationale Komitee zur Taxonomie von Viren benannte den neuen Erreger aufgrund seiner engen Verwandtschaft zum SARS-Virus als Sars-CoV-2 und verlieh ihm damit einen eigenen Namen. Jetzt, im Jahre 2021, sieht die Situation anders aus. Die Covid 19-Pandemie hat die gesamte Welt und besonders die entwickelten und am weitesten in die Globalisierung einbezogenen Staaten in Europa und Nordamerika erfaßt. Der neue SARS-Virus ist aggressiv und breitet sich schnell, problemlos über die Atemwege aus und entwickelt immer aggressivere und infektiösere Mutationen.

Die Pandemie beeinflusst das Gesamtsystem des globalisierten Kapitalismus, bedroht die Existenz ganzer Wirtschaftsbranchen und schmälert die Profite der meisten Unternehmen. Sie bürdet dem Staat und der Gemeinschaft Lasten auf, von denen keiner weiß, wie sie in Zukunft geschultert werden sollen.

Die Covid-Pandemie führt zu sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen, deren Spätfolgen heute noch nicht absehbar sind.

Bis jetzt zählen wir weltweit mehr als 164 Millionen Infizierte und über 3,4 Millionen Todesfälle in 192 Ländern, die durch diese Krankheit verursacht wurden. Die Infektion wird noch nicht beherrscht, die Infektionszahlen steigen trotz vorhandener Impfstoffe. Die Eindämmung erfolgt im Moment über oft auch drastische epidemiologische Maßnahmen der zentralen Gesundheitsbehörden.

Man hetzte praktisch der Pandemie hinterher und versucht nun die verlorene Zeit durch gewaltige Finanzallokationen zu kompensieren. Weltweit gibt es dem Verband der forschenden Arzneimittelhersteller zufolge inzwischen 97 Projekte, die an Vakzinen gegen das SARS-CoV-2 arbeiten.

Die Europäische Kommission sowie die entsprechenden Regierungen und internationalen Partner haben für den allgemeinen Zugang zu Tests, Behandlungen und Impfstoffen

insgesamt 15,9 Milliarden Euro zugesagt. Neben den jetzt zugelassenen sieben Impfstoffen befinden sich weitere in der letzten Erprobungsphase am Menschen.

Nach Angaben der WHO wird der weltweite Markt, allein für COVID-19-Impfstoffe auf 30 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Die Verteilung des nun produzierten Impfstoffes offenbart ein drastisches Dilemma.

Die Entwickler der teilweise innovativen Impfstoffe sind in der großen Mehrheit kleine und mittelständische Unternehmen oder spin offs aus großen wissenschaftlichen Institutionen oder Forschungseinrichtungen. Sie sind weder technologisch noch finanziell in der Lage, diese Impfstoffe in ausreichender Menge zu produzieren und schon gar nicht global zu vermarkten.

So erklären sich die durch diese Unternehmen eingegangenen Kooperationen mit großen transnationalen Pharmaunternehmen, die über die notwendigen Produktionskapazitäten und das erforderliche weltweite Absatznetzwerk verfügen.

Wir sehen hier die Blaupause einen in der Pharmaindustrie schon seit langem angewandten Prinzips: Die Risiken der Entwicklung und Testung neuer Arzneistoffe oder Therapieverfahren werden gern ausgelagert.

In einer relativ späten Phase der Produktentwicklung, in der es schon möglich ist, die Marktchancen des neuentwickelten Produktes abzuschätzen, steigen dann die Großen – die big player – ins Geschäft ein. Bewährt sich das Produkt dann im Markt, kann man dann nach kurzer Zeit lesen, daß das Produkt übernommen und der Entwickler mit Brosamen abgespeist wurde.

Die entwickelten Staaten Europas und Nordamerikas nutzen ihre privilegierte Stellung und Machtposition sowie ihre umfangreichen finanziellen Möglichkeiten, um sich den Großteil des vorhandenen Impfstoffes zu sichern. Die USA und Großbritannien haben sogar die Ausfuhr von lokal erzeugtem Impfstoff untersagt. In den Jahren 2021 und 2022 erhalten 143 Staaten der Weltgemeinschaft lediglich zwei Prozent der Produktion, die die Impfstoffhersteller leisten können. Das heißt, der Großteil der Weltbevölkerung kriegt den kleinsten Teil von dem, was eigentlich produziert werden könnte.

Mit Ausnahme Chinas, Rußlands und wohl auch Indiens, die über eigene Impfstoffe verfügen, bleibt dem Rest der Welt auf den ärmeren Kontinenten nur die Möglichkeit, sich hintenanzustellen, mit den alternativen Lieferanten zu verhandeln und auf „Durchseuchung“, also Erreichung einer Herdenimmunität unter Inkaufnahme der damit verbundenen Opfer, zu setzen.

Journalisten des Deutschlandfunks geben dieser Situation folgende Beurteilung: „Um es ganz klar zu sagen: Die Welt steht vor einem moralischen Versagen katastrophalen Ausmaßes, und der Preis dafür werden Menschenleben und Existenzen in den ärmsten Ländern der Welt sein.“

Demokratie und Sozialismus gehören zusammen

Seit anderthalb Jahrhunderten gehört das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus zum Dauerbrenner ideologischer Streitgespräche.

Die einen stellen Demokratie und Sozialismus als sich einander ausschließend gegenüber, die anderen fügen letzterem das Attribut „demokratisch“ bei, um Sozialismus „erträglicher“, „menschenfreundlicher“ zu machen. Nicht von ungefähr gab sich 1990 die aus der SED hervorgegangene Partei den Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“.

Wohl Mißverständnisse ahnend und Fehlinterpretationen erwartend, haben Marx und Engels bereits im „Kommunistischen Manifest“ das Verhältnis zwischen Demokratie und Sozialismus bestimmt, indem sie die „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ mit der „Erkämpfung der Demokratie“ gleichsetzten, und zwar als „ersten Schritt der Arbeiterrevolution“. Beide haben „Demokratie“ und „Herrschaft des Proletariats“ als Einheit gedacht. Damit meinten sie mitnichten die bürgerliche Demokratie, das bürgerlich-parlamentarische System, den bürgerlichen Repräsentativstaat, nicht die von dem späteren Renegaten Kautsky vertretene These der „reinen, abstrakten Demokratie“, sondern eben die sozialistische Demokratie, die mit der

Diktatur des Proletariats beginnt. Von tonangebenden Funktionären der Partei Die Linke wird seit Jahren behauptend, daß der Sozialismus in der DDR an „fehlender Demokratie gescheitert“ sei.

„Kern der Kritik am Stalinismus als System und Struktur war und ist: fehlende Demokratie, Verletzung der Bürger- und Menschenrechte, das Fehlen jeglicher marktwirtschaftlicher Mechanismen. Die grundlegende Einsicht besteht darin, daß es Sozialismus als Gesellschaft, Staat und Partei ohne Demokratie nicht geben kann. Das sollte in der Mitgliedschaft der Linkspartei endlich verinnerlicht werden“, so zu lesen in der Leserzuschrift von Dr. Monika Runge in der Beilage des nd vom 28. März. Nicht genug damit, doziert sie weiter: „Bei Harri Grünberg von Cuba Sí dominiert noch immer das Denkmuster Freund – Feind mit dem Slogan „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns ...“

Dieses Freund-Feind-Totschlagargument, das unter Linken oft ohne Nachdenken ins Feld geführt wird, geht auf den „Kronjuristen des Dritten Reiches“ Carl Schmitt (1888–1985) zurück. Schmitt entwickelte seine Lehre in der Schrift „Der Begriff des Politischen“. Danach war nicht nur jeder ein Feind, der gegen die vom Machthaber diktierten Interessen

handelte, sondern bereits jeder, der anders dachte. Der Andersdenkende mußte nicht nur verfolgt, sondern ausgerottet werden. (vgl. Diemut Majer, Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte, Nomos Baden-Baden, 2002, S. 25/26)

Wenngleich es offensichtlich die ganze Unbedarftigkeit im Umgang mit marxistischer Theorie und Geschichtswissen zeigt, halte ich es für äußerst infam, das frühere Mitglied des Parteivorstandes der PDL und seit 2012 Vertreter von Cuba-Sí im Bundesausschuß Harri Grünberg mit diesem faschistischen Vokabular in Verbindung zu bringen.

Mit Totschlag-Argumenten und Freund-Feind-Klischees ist nur dem Gegner geholfen, der gewillt ist, alles Sozialistische auszulöschen, und es trifft jene, die in der Linken marxistisch-leninistische Positionen vertreten. Üben wir mit ihnen Solidarität. Stärken wir ihnen den Rücken in Wort und Schrift. Die Linke benötigt den Marxismus und der Marxismus benötigt auch die Linke, denn noch gibt es in der Partei Kräfte, die sich den revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung und der Theorie der Marxismus verpflichtet fühlen. Noch! Wie lange noch?

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Demokratie – demagogisch mißbraucht

Demokratie oder Freiheit sind hehre Worte, doch sie werden mißbraucht.

Der Begriff, der als „Volksherrschaft“ zu übersetzen ist, wurde bekanntlich in den griechischen Stadtstaaten in einer Art „Versammlungsdemokratie“ durch direkte Abstimmung der Bürger geprägt. Mit der Herausbildung großer staatlicher Strukturen und unterschiedlicher Vermögens-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Europa erfuhr auch der weit auslegbare Begriff Demokratie eine Wandlung. Im Zuge der industriellen Revolution wurden Forderungen nach Freiheit und Gleichheit immer lauter, worauf die Herrschenden mit einer „Neudefinierung“ des Begriffs „Demokratie“ reagierten. Dabei klammerten sie den entscheidenden Bereich der Gesellschaft, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaft, den Grund und Boden und das Finanzkapital von vornherein aus. Für alle anderen Bereiche der Gesellschaft gaukelte man der Bevölkerung vor, daß sie in „freien Wahlen“ Abgeordnete wählen könne, welche die „Macht ausüben“ würden. In Wahrheit sollten sie aber vor allem die Ansprüche und Interessen der Mächtigen, die Macht des Geldes, der Wirtschaft und des Finanzkapitals umsetzen. Dem Volk wird seither eingeredet, daß die „Macht im Staate in den Händen der gewählten Abgeordneten“ liege. Die Mehrheit der Bürger, welche die verschleierte Hintergründe dieses „Deals“ nicht erkennt, nimmt das hin. Aber eine solche Art der Demokratie, die vor den Toren der Konzerne und Banken haltmacht, verdient diese Bezeichnung nicht.

Wenn die Herrscher über die Deutungshoheit von Begriffen unter sich sind, klingt das ganz anders. So charakterisierte Horst Seehofer im Mai 2010 auf dem Weltwirtschaftsgipfel die „Demokratie“ in einer Weise, die genau den Kern traf. Er sagte: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt wurden, haben nichts zu entscheiden. Offensichtlich glaubte man, „unter sich“ Klartext reden zu können und vor allem auch deshalb, weil man meinte, davon ausgehen zu können, daß die Mehrheit der Bevölkerung mit ihrem Lebensstandard und der Art ihres Lebens zufrieden sei und keine Veranlassung sieht, daran etwas zu ändern. Es wird weder nach den Ursachen der selbst in reichen Staaten bestehenden Armut, der sich ständig weiter öffnenden Schere zwischen arm und reich, noch nach der Ursache des nie versiegenden Stroms von Geflüchteten gefragt, die dem Elend und den Gefahren in ihren Ländern zu entkommen versuchen.

Daher gilt, daß die einfache Wahrheit begriffen werden muß, daß in einem kapitalistischen System, in dem die Wirtschaft auf privater Basis beruht, naturgemäß primär immer nach dem eigenen, persönlichen materiellen Vorteil und Profit gesucht und entschieden wird. Solange diese Wahrheit nicht zur gesellschaftlichen Grunderkenntnis wird und sich nicht in der Überwindung dieses Systems niederschlägt, wird auch die Ursache aller gesellschaftlichen Grundübel wie Krisen, Kriege und Unruhen in der Welt, national wie international, nicht beseitigt, sondern sich weiter vertiefen. Ein Beispiel dafür ist das Geschehen

rund um die Pandemiewelle, das zeigt, wohin es führt, wenn das Sozial- und Gesundheitswesen privatkapitalistischen Gesellschaftsstrukturen gewinnbringend unterworfen wird. So wurde u. a. auf einer Demo vor dem Werkort der Marburger Biontech-Niederlassung gefordert, die Impfstoffproduktion zu erhöhen und die Verteilung weltweit zu ermöglichen. Ein Abgeordneter der Partei Die Linke meinte, daß „es das Mindeste sei, daß die Bundesregierung das Unternehmen dazu zwingt, seine Impfstofflizenzen freizugeben“. (JW. 18. 2. 21) Die Bundesregierung ist aber weder in der Lage, das zu „erzwingen“, noch schert sich das Unternehmen darum, dem zu folgen.

Man muß kein Prophet sein, um sagen zu können, wie das Problem zu DDR-Zeiten gelöst worden wäre: In einem Staat, der nicht durch Konkurrenz-, Vorteils- und Profitdenken privater Unternehmen gehemmt und internationalen Verflechtungen unterworfen ist, wäre in kürzester Zeit jene Mengen an Impfstoffen produziert worden, die es bedurft hätte, wie es übrigens auch kein „Mietendeckelproblem“ und all die anderen Gebrechen des Kapitalismus gegeben hätte.

So bleibt die Erkenntnis, daß man sich, wie zu Ciceros Zeiten, immer fragen sollte „Cui bono?“ „Wem nützt das?“ „Demokratie“ wie sie heute „praktiziert“ wird, nützt denen, welche die tatsächlichen Machtverhältnisse im Staat verschleiern müssen, um ihre eigenen, privatkapitalistischen Interessen und Pfründe ungestört sichern zu können.

Dr. sc. jur. Heinz Günther
Berlin

Auf den Prüfstand stellen?

In seinem Beitrag „Auf den Prüfstand“ im April-RF regt Dr. Peter Elz an, über ökonomische Gesetze neu nachzudenken. Es ist von *Wille* und *Bewußtsein*, von *Ungereimtheiten* im Verhältnis von *subjektiven Erkenntnissen* und *Handeln* und *objektiven Mächten*, aber auch von einem *hochstilisierten Markt-mysterium* die Rede.

Der Autor betont, daß es zwingend notwendig sei, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden und ist der Auffassung, daß es dazu „*keinerlei* ökonomischer Gesetze“ bedürfe. Offensichtlich meint der Autor damit die ökonomischen Gesetze des Sozialismus, denn er spricht sich dafür aus, solche wie das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung, das Wertgesetz sowie das Gesetz der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität „auf den Prüfstand zu stellen“, da sie „entsprechend dem Wissen des jeweiligen Forschungsstandes in der DDR lediglich deklariert, nicht wie Naturgesetze entdeckt worden“ seien. Ich war zunächst ratlos, arbeitete mich dann aber zu dem Gedanken durch, gemeint ist hier entweder: Es gibt gar keine ökonomischen Gesetze und/oder wenn es welche gibt, braucht man sie nicht mehr, da es nur „deklarierte“ waren?

Der Artikel beginnt mit Zitaten aus dem Buch „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR“, erschienen im Dietz Verlag Berlin 1969. Es war das *erste* Lehrbuch dieser Art und leider war ihm in den Folgejahren keine große Zukunft beschieden. Ich war in jenen Jahren Student in Leipzig und durfte dieses Buch in meinem 1. Studienjahr noch nutzen.

Es war die Zeit des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS). Es ging um die Einführung eines „Systems ökonomischer Hebel“ und die Reorganisation nicht mehr zeitgemäßer Planungs- und Leitungsstrukturen. Die Thematik „Warenproduktion“ erhielt einen höheren Stellenwert in der Gesamtheorie der Politischen Ökonomie des Sozialismus. 1971 wurde Erich Honecker Nachfolger von Walter Ulbricht. Vieles Positive aus der Ulbricht-Zeit – eben auch das NÖS – wurde verdrängt und durch die „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ abgelöst. Abgelöst wurde auch das oben genannte Lehrbuch durch ein neues, das alte wurde wie üblich eingestampft. Materiell, aber auch geistig.

Das neue, und mehrfach überarbeitete Lehrbuch mit dem Titel „Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus“ erschien wieder im Dietz Verlag Berlin. Eine von mir genutzte Auflage des Lehrbuches – die letzte von 1988 – mit grünem Leinen einband wurde von den Studenten ironisch als das „Grüne Wunder“ bezeichnet. Es galt über viele Jahre als Standardwerk für das Lehrgebiet Politische Ökonomie, in dem nachzulesen war, was den Studenten über Charakter und Wirkungsweise von ökonomischen Gesetzen vermittelt werden sollte. Es gab auch sehr gute Lehrhefte, die

methodisch gut aufbereitet waren und inhaltlich speziell real-wirtschaftlichen Prozesse in ihrer Verbindung zu ökonomischen Gesetzmäßigkeiten Bezug nahmen.

Die Charakterisierung als „Grünes Wunder“ betraf vorwiegend den Teil „II. Die politische Ökonomie des Sozialismus“ deshalb, weil vor allem ältere Studenten mit Lebens- und Erfahrungen in der Produktion die oft utopisch erscheinenden Inhalte mit der erlebbaren gesellschaftlichen Praxis verglichen und die Lehrenden bei der Wissensvermittlung vor zum Teil kaum lösbare Probleme stellten.

Der Philosoph Marx kritisierte die damalige Politische Ökonomie, und schon vor ihm hatten kritische Ökonomen den historischen Charakter der ökonomischen Gesetze oder der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus geahnt und sie als Nicht-Naturgesetze darzustellen versucht. Das aber gelang erst Marx, der sich ausgiebig auch mit Naturwissenschaften beschäftigte. Auch Naturgesetze existieren objektiv, also ohne den Menschen. Der Mensch ist es aber, der, seit er ein ungebremstes Wirtschaftswachstum favorisiert und einen katastrophalen Raubbau an der Natur betreibt, die Bedingungen auch für seine eigene Existenz und damit die von ökonomischen Gesetzen immer weiter untergräbt.

Es war Karl Marx, der die allgemeinen ökonomischen Gesetze wissenschaftlich untersucht hat. Das Gesetz von der Ökonomie der Zeit als ein nach Marx „erstes ökonomisches Gesetz auf der Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion“ muß wohl auf keinen Prüfstand gestellt werden. Ebenso das Gesetz der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Neben diesen allgemeinen ökonomischen Gesetzen gibt es andere, deren Funktionsweise Marx für die kapitalistische Wirtschaft dargestellt hat. Genannt seien hier nur die allgemeinen Gesetze der Warenproduktion, das Wertgesetz, das Mehrwertgesetz und das Akkumulationsgesetz.

Im „Grünen Wunder“ heißt es dann auch auf Seite 27: „Ökonomische Gesetze ... sind objektive, notwendige, allgemeine, wesentliche und stabile, sich unter gleichen Bedingungen ständig wiederholende Zusammenhänge und Beziehungen in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen. Wie die Naturgesetze tragen auch die ökonomischen Gesetze materiellen Charakter, wirken unabhängig vom Willen und Bewußtsein der Menschen“.

Was kann an dieser Definition falsch sein? Das heißt doch zunächst nichts anderes als: Mit der Menschwerdung, mit seiner Tätigkeit zum Existenzergänzung (Essen, Trinken, Unterkunft usw.) unter sich wandelnden Bedingungen und entwickelnden Verhältnissen, gemeint: gesellschaftlichen Verhältnissen, begannen diese Gesetze zu existieren und zu wirken, ob der Mensch wollte oder nicht. Ökonomische (gesellschaftliche) Gesetze sind objektiv, bedürfen aber menschlichen Handelns, was Peter

Elz mit seinem Standpunkt, „daß in jeder menschlichen Gesellschaft nichts, aber auch gar nichts ohne den Willen und das Bewußtsein von Menschen geschieht“, unterstreicht.

Es besteht also kein Widerspruch zur genannten Definition. Bewußtheit und natürlich auch der Wille zur (materiellen) Tätigkeit (Stichwort: Triebkräfte der Produktion usw.) entwickeln sich natürlich auch, sind aber per se an die menschliche Existenz gebunden. Bewußtheit bedeutet doch immer, Zusammenhänge zu erkennen und sie bewußt zu gestalten.

In der Grund-Diktion des Aufsatzes von Peter Elz – so schien es zumindest – wird die Objektivität ökonomischer Gesetze angezweifelt, weil es nur „deklarierte“ waren. Soll das bedeuten, etwas objektiv Existierendes, mit den ihm innenwohnenden Zusammenhängen infrage zu stellen? Ist damit auch das sogenannte ökonomische Grundgesetz des Sozialismus gemeint? Daraus wurde bekanntlich die Hauptaufgabe abgeleitet, die als Programm zu verstehen war, was sich letztlich nicht oder nur in Teilen als realisierbar erwies.

Auf den Prüfstand stellen bedeutet für mich vor allem, Probleme lösen, d.h. nach Fehlern suchen und diese abstellen. Nehmen wir das Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung. Es äußert sich – so wie wir es vor 30 Jahren in der DDR gesehen haben – mit seinen Erfordernissen und inneren Zusammenhängen im sozialistischen Leistungsprinzip. Soweit die Theorie. Wird dieses Leistungsprinzip nicht über ein konsequentes Tarifsystem *um-*, sondern durch eine „zweite Lohntüte“ in Form von immensen Subventionen vom Brötchenpreis über die Theaterkarte bis zur Miete *außer* Kraft gesetzt, hat das katastrophale Auswirkungen auf das Gesamtsystem der Wirtschaft. Aber natürlich auch auf das Bewußtsein der handelnden Menschen. Bekanntlich erhielten zum Ende der DDR die Bürger nur noch 57 Prozent ihres Einkommens über den Lohn. So könnte man jedes ökonomische Gesetz des Sozialismus auf den Prüfstand stellen und könnte exakt nachvollziehen, woran der Staat DDR zugrunde gegangen ist. Jedenfalls nicht durch eine unwissenschaftliche, polit-ökonomische Theorie, nicht durch nur „deklarierte“ ökonomischen Gesetze, sondern vor allem durch eine unflexible zentralistische Leitung und Planung, die eine imaginäre Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik verwirklichen sollte.

Dr. Jens Möller
Rangsdorf

■ „RotFuchs“-Gruppe **Oranienburg**

Am 22. Juni um 13 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Was hat die VR China mit der Neuen Seidenstraße vor?**

Ort: Geschäftsstelle der Volkssolidarität, Bernauer Straße 18 A, 16515 Oranienburg

Objekt und Subjekt in der Geschichte“

Der im April-„RotFuchs“ veröffentlichte Artikel von Dr. Peter Elz zu Fragen ökonomischer Gesetze im Sozialismus sollte meines Erachtens noch ausführlicher debattiert werden. Warum? Letztlich geht es doch um die Frage, ob es sich beim praktizierten Sozialismus der Sowjetunion, der DDR und den anderen RGW-Ländern um eine sowohl historisch begründete als auch in diesem Sinne verstandene Gesellschaftsordnung gehandelt hat und es demzufolge richtig ist, diesen Sozialismus als den ersten Sozialismus in der Geschichte der Menschheit zu verteidigen.

Dazu sollte man sich seiner inneren Verhältnisse bis hin zu seinen Gesetzmäßigkeiten – wenn von diesen gesprochen werden kann – noch einmal bewußt werden. Und das ist die Absicht von Peter Elz, der Sinn seines Beitrages. Es geht also um das Verhältnis von Objekt und Subjekt oder (gesellschaftlichem) Sein und Bewußtsein.

Elz beginnt mit einer Polemik. Sie gilt dem 1975 erschienenen eigenen Lehrbuch der DDR zur Politischen Ökonomie des Sozialismus, in dem zu diesem genannten Verhältnis (Objekt-Subjekt) gesagt wird: Ökonomische Gesetze würden „existieren und wirken, unabhängig vom Willen und Bewußtsein der Menschen“ Sie würden aber „die Tätigkeit von Menschen voraussetzen, einschließen und bestimmen“.

An diese beiden Zitate knüpft Peter Elz nun den Satz: „Es erschließt sich mir nicht, welche ‚außermenschliche‘ Kraft das Handeln der Menschen bestimmen soll, ohne daß es diesen bewußt wird.“

Mein Einwand: War denn von „außermenschlicher Kraft“ die Rede? Gesagt wurde doch: „...vom Willen und Bewußtsein der Menschen unabhängigen Gesetzen“, die eine „Tätigkeit von Menschen voraussetzen“, also mindestens etwas mit ihrer Arbeit zu tun

haben, und insofern unabhängig von ihrem Bewußtsein bzw. ihrem Willen auch zu erklären wären, eben aus der Arbeit des Menschen.

Peter Elz aber meint: „... nicht nur in unserer Lehre gab es solche ... Ungereimtheiten im Verhältnis von subjektivem Erkennen und Handeln und (objektiven) Mächten, die letztlich bestimmend sind für das Handeln des Menschen.“

Ungereimt? Was ist an der Aussage dieses Lehrbuches ungereimt? Vielleicht hätte man es noch direkter, noch eindeutiger formulieren können: Gesetze (der Ökonomie in ihren objektiven, damit notwendigen Verhältnissen) *bedingen* das Bewußtsein der Menschen wie deren Handeln – in letzter Konsequenz. (Es gibt ja auch Menschen, die sich gar keine Gedanken über ihr Sein machen, ihm aber dennoch unterliegen).

Der Autor des Beitrags schreibt: „Ich vertrete den Standpunkt, daß in jeder menschlichen Gesellschaft nichts, aber auch gar nichts ohne den Willen und das Bewußtsein des Menschen geschieht.“

Ja, ohne Willen und Bewußtsein gehen Menschen nicht arbeiten, aber Gesetze sind Gesetze dieser Arbeit, und nicht des Willens und – wenn es hochkommt – auch des Bewußtseins über die Arbeit. Und ergänzen muß man noch: Zu richtigen Gesetzen werden diese „Gesetze“ erst dadurch, daß man *Eigentumsverhältnisse zur Arbeit ausbildet*, die sich auf diese „Gesetze“ beziehen. Ohne Eigentum wird nichts bewußt, auch nicht das Objektivste in der Arbeit. Anders gesagt: Faktoren allein reichen wohl nicht, um von Gesellschaftsformen des Menschen als einem Objekt/Objektiven zu sprechen.

Das DDR-Lehrbuch hat dies schon einigermaßen richtig dargestellt. Der Wille und das Bewußtsein, das Menschen beseelt, wird durch die Arbeit und die ihr innewohnenden

Gesetzmäßigkeiten bedingt. Gesetze gehören damit zur Arbeit, deren Entwicklung und bilden dem Subjekt gegenüber, d.h. dem was Menschen denken oder mit Bewußtsein tun, das Objekt, das Objektive. Per Denken/Bewußtsein werden also *keine* Gesetze bestimmt, dieses „Recht“ resultiert allein aus der Arbeit.

Unterliegt allerdings die Arbeit einer Entwicklung – was in unserer Geschichte der letzten 200 Jahre der Fall ist, bemächtigt sich des menschlichen Denkens, resp. Bewußtseins, ein neuer Aktivismus: Vom bloßen Anerkennen und Respektieren der *objektiven* Gesetze, wie sie nur einem historisch bedingten Stand der Arbeit entsprechen, muß der Mensch den gesellschaftlichen Raum schaffen, damit die neuen Gesetze der neuen, entwickelteren Arbeit Respekt und Anerkennung finden. In einer solchen Periode des Wechsels in der Arbeit selbst kann das den Anschein erwecken, das Denken und Bewußtsein verselbständige sich gegenüber dem Objekt, bzw. andere ökonomische Gesetze würden aus dem Denken/Bewußtsein des Menschen geboren statt aus der Arbeit/Ökonomie. Ein solcher „Makel“, subjektiv bedingt zu sein, wird ja dem Sozialismus angehaftet. Aber begann dieser *dem Bewußtsein nach* nicht vor seiner Realität, also per Willen? Nun, das scheint nur so: Sozialismus bzw. Kommunismus sind objektiv gesehen durch die Entwicklung der Arbeit bedingt. Willen oder Bewußtsein, auch unter der Bedingung, daß sie dem Wechsel vorausgehen, folgen hier nur dem Objekt.

Dem wird Peter Elz im zweiten Teil seiner Gedanken dann auch gerecht: Er kritisiert nämlich die kapitalistische objektive Produktionsweise und fordert ihre Ablösung durch eine neue, sozialistische Produktionsweise/Gesellschaft.

Das Wertgesetz kann – einfach durch Aufhebung des Privateigentums an der Arbeit und seine Ersetzung durch ein Gesellschaftseigentum – abgelöst und durch das Gesetz der proportionalen Entwicklung¹ ersetzt werden – die objektive Grundlage dafür ist in der Arbeit gegeben. Der Wert als solcher – oder das ökonomische Gesetz als dieses – „ziehe sich in die Produktion zurück“ (Engels). Dort ist der „Wert“, also die gearbeitete Zeit, nur noch Fakt, aber nicht Gesetz menschlichen Verhaltens untereinander. Diese Gesetze, oder diesen Wechsel, allerdings *nur* „auf den Prüfstand zu stellen“, wie Peter Elz abschließend fordert, immer nur prüfen, prüfen und prüfen, sollte ein Zuwenig an geschichtlichem Bewußtsein sein.

Hermann Jacobs
Berlin

„RotFuchs“ geehrt

Am 6. Juni 1991 wurde in Berlin die Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V. (ISOR) gegründet.

Anlässlich seines 30. Jahrestages stiftete der Verein eine Ehrenmedaille.

Mit dieser Auszeichnung wurde dem „RotFuchs“-Förderverein in Würdigung seiner solidarischen Unterstützung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht gedankt. ISOR-Vorsitzende Horst Parton übergab sie am

5. Mai unserem stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Dockhorn auf einer Zusammenkunft.

1 Welche Rolle dann das Bewußtsein gegenüber einem von ihm unabhängigen Gesetz spielt, ist wohl die spannendste Frage des realen Sozialismus ... geworden. Na bitte: Auf den Prüfstand unseres Denkens!

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Wie das „Kommunistische Manifest“ entstand

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

7. April 1977

Als Wladimir Iljitsch Lenin 1913 in einem „Prawda“-Artikel „Die historische Schicksale der Lehre von Karl Marx“ analysierte, schrieb er u. a.: „Das im Jahre 1848 erschienene ‚Kommunistische Manifest‘ von Marx und Engels gibt bereits eine geschlossene, systematische, bis heute unübertroffene Darlegung dieser Lehre.“¹

Und in der Tat ist das „Manifest der Kommunistischen Partei“, wie sein vollständiger Titel lautet, ein höchst erstaunliches Werk; es enthält auf nur wenigen Seiten eine immer wieder überraschende Fülle tiefer Einsichten. Sie wirken noch heute aktuell.

Was sind die Kerngedanken des „Manifests“? In ihm wurde zum ersten Male öffentlich die welthistorische Mission der Arbeiterklasse verkündet und als gesetzmäßig begründet. Sie besteht darin, die alte kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrer Ausbeutung, ihren Kriegen und ihren zahlreichen sonstigen Gebrechen zu beseitigen und an ihre Stelle den Kommunismus zu setzen, der Arbeit, Frieden, Gleichheit garantiert und es allen Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten voll zu entfalten. Das „Kommunistische Manifest“ enthält in komprimierter Form die wesentlichsten Gedanken des wissenschaftlichen Kommunismus über den historischen Materialismus, über den Klassenkampf in der Geschichte und über die Aufgaben der Partei des Proletariats.

Diese Gedankenfülle, dieses Feuerwerk der Polemik läßt sich natürlich nicht in einen kurzen Vortrag pressen, aber Sie alle sollte er dazu anregen, wieder einmal – oder zum ersten Mal – das kleine Büchlein zur Hand zu nehmen und es zu studieren. Solch eine Anregung geht ganz sicher auch von der höchst interessanten Entstehungsgeschichte des „Manifests“ aus, die im Mittelpunkt des heutigen Vortrags steht.

Am 7. November 1885 schrieb Friedrich Engels in einem Brief: „Es ist meines Erachtens einfach unmöglich, daß das ‚Manifest‘ in irgendeiner Sprache herauskommt, ohne daß festgestellt wird, wie es zustande kam.“² Wenn man die konkreten historischen Umstände, unter denen das „Manifest der Kommunistischen Partei“ entstand, nicht kennt, meint Engels, kann man auch vieles von seinem Inhalt nicht richtig begreifen.

Was ist eigentlich so wichtig am Entstehungsprozeß dieser kleinen Broschüre? Haben sich

Marx und Engels denn nicht einfach hingesetzt und aufgeschrieben, was sie dachten? Wenn es so gewesen wäre, könnten wir heute nicht zu Recht feststellen, daß das „Manifest“ die erste öffentliche Programmschrift der Kommunisten und auch die erste in sich geschlossene Darstellung des wissenschaftlichen Kommunismus gewesen ist. Oder mit anderen Worten: Das „Manifest“ war die Ge-



burtsurkunde des Marxismus und zugleich die der kommunistischen Weltbewegung. Denn es war ja – als Programm des Bundes der Kommunisten – auch der endgültige Ausdruck dafür, daß erstmals eine revolutionäre Partei des Proletariats entstanden war.

Eine wahrhaft welthistorische Schlüsselstellung einzunehmen vermag niemals irgendeine am Schreibtisch ausgeklügelte Arbeit. Das kann nur eine Schrift, die als Ausdruck einer geschichtlich wesentlichen Aktion die Interessen und Gefühle der Träger dieser Aktion zum Ausdruck bringt. Und so war es auch mit dem „Kommunistischen Manifest“.

Die moderne Arbeiterklasse, das Industrieproletariat, begann sich Anfang des vorigen Jahrhunderts herauszubilden. In den anwachsenden, objektiv bedingten Widersprüchen des Kapitalismus der freien Konkurrenz, in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung zeigte sie sich als die Kraft der Zukunft. Sie hatte die ersten organisatorischen Erfahrungen gesammelt, und ihre fortgeschrittensten Vertreter waren seit etwa

Ende 1846 zu der Auffassung gelangt, daß man über die bisherige Stufe des Sich-Organisierens hinausgehen und diesen notwendigen Schritt vor allem mit der Annahme eines wissenschaftlich begründeten Programms verbinden müsse.

In dieser Erkenntnis, die sich deutlich im Rundschreiben des Bundes der Gerechten an alle Mitglieder vom November 1846 widerspiegelt, sind natürlich auch schon Einflüsse von Marx und Engels spürbar. Sie waren vor allem über die Organisation der Kommunistischen Korrespondenzkomitees im Laufe des Jahres 1846 wirksam geworden.

Aber die Ratschläge und Hinweise von Marx und Engels in Zirkularen und Briefen, die zahlreichen Debatten von Engels in Versammlungen mit Bundesmitgliedern in Paris wären niemals so schnell auf fruchtbaren Boden gefallen, wenn bei den fortgeschrittensten, theoretisch interessierten Bundesmitgliedern nicht schon lange die entsprechenden Erkenntnisse vorbereitet worden wären.

Der Bund der Gerechten, die erste selbstständige Organisation deutscher Arbeiter – vorwiegend waren es zunächst noch Handwerksgelegen –, bestand schon seit 1836, damals also bereits seit über zehn Jahren. Der Bund hatte polizeiliche Repressalien in Frankreich, in der Schweiz und in Deutschland erfolgreich überstanden, er hatte sein Statut schon von vielen sektiererischen und nationalistischen Schlacken befreit, er konnte auf wachsende Mitgliederzahlen – vor allem in London – und auf die Arbeiterbildungsvereine in London, Hamburg, Amsterdam, Stockholm und in anderen Städten verweisen, die alle insgeheim unter der Leitung des Bundes der Gerechten standen. Aber er verfügte noch nicht über eine von allen akzeptierte Lehre, er hatte kein verbindliches Programm. Und das nicht etwa, weil sich im Bund niemand dafür interessiert hätte. Im Gegenteil: von der Gründung an ziehen sich durch seine Geschichte theoretische und programmatische Diskussionen.

Die erste hatte es bereits 1838 in Paris gegeben. Die Mitglieder des damals neu gegründeten Bundes der Gerechten waren mit den Werken des französischen utopischen Sozialismus und Kommunismus, die sie eifrig studierten, in dieser oder jener Hinsicht nicht mehr zufrieden; sie schrieben einen Wettbewerb aus, an dem sich mehrere Bundesmitglieder beteiligten, und die beste Ausarbeitung wurde dann als vorläufiges

Programm bestätigt. Es war die von dem Magdeburger Schneider Wilhelm Weitling verfaßte Schrift „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte“. Weitling entwickelte sich zu einem hervorragenden Vertreter des Arbeiterkommunismus, und sein zweites Werk, betitelt „Garantien der Harmonie und Freiheit“ fand höchstes Lob von Heinrich Heine und auch von Karl Marx.

Einige Jahre lang galten Weitlings Schriften faktisch als Programm des Bundes. Aber schon 1843 in der Schweiz leistete er sich einige theoretische Extravaganzen, operierte er mehr mit dem Lumpenproletariat als mit dem Industrieproletariat, mehr mit dem Gefühl als mit dem Verstand. Später, 1845 in London, gab es Woche für Woche Diskussionen mit ihm, und im März 1846 in Brüssel sprach Marx das Schlußwort in diesem zähen theoretischen Ringen zur Überwindung eines früher positiven, jetzt aber die Bewegung hemmenden Standpunktes: „Niemals noch hat die Unwissenheit jemandem genützt!“³

Unterdessen hatten andere Bundesmitglieder in Paris vieles von den utopischen Vorstellungen Étienne Cabet's übernommen, der den Kommunismus als gewissermaßen zwangsläufiges Ergebnis fortschreitender Aufklärung der Volksmassen propagierte – befangen von der Illusion, daß die herrschende Bourgeoisie kraft der öffentlichen Meinung eines Tages freiwillig auf ihre Vorrechte verzichten werde.

Anfang der vierziger Jahre wurde Ludwig Feuerbachs materialistische, humanistische Philosophie diskutiert; eine Reihe von Bundesmitgliedern ließ sich jedoch auch vom sogenannten „wahren“ Sozialismus – einer Form des bürgerlichen Sozialismus – beeinflussen, der im „Manifest der Kommunistischen Partei“ einer vernichtenden Kritik anheimfiel. In London hatten Mitglieder des Bundes der Gerechten manches vom utopischen Sozialismus Robert Owens studiert, daneben aber auch Geschichte und vieles andere. Ab Ende 1844 kamen die ersten Artikel und Schriften von Marx und Engels hinzu, die sich nun direkt mit verschiedenen Problemen der damaligen Arbeiterbewegung befaßten. Diese Einflußnahme erhielt seit Anfang 1846 feste Gestalt mit den Kommunistischen Korrespondenzkomitees, in denen seit Mitte 1846 auch einflußreiche Mitglieder des Bundes der Gerechten und einige linke Chartisten gleichberechtigt mitarbeiteten.

Überblickt man die Geschichte des Bundes der Gerechten von 1838 bis 1846, so findet man unschwer als das vielleicht charakteristischste Merkmal ein ständiges Suchen nach einem adäquaten theoretischen Ausdruck seiner politischen und gesellschaftlichen Ziele. Mit keiner erreichten Stufe war man zufrieden, keine wurde offiziell als Programm des Bundes anerkannt, weil man fühlte, daß jeder studierten und dann überwundenen Lehre noch etwas Entscheidendes fehlte.

Andererseits sah man immer mehr ein, daß ohne Programm auch in der Entwicklung des Organisationsaufbaus und der politischen Wirkung nach außen nicht weiterzukommen war. Im Rundschreiben an die Bundesmitglieder vom Februar 1847 hieß es über die Ausarbeitung eines kommunistischen

Glaubensbekenntnisses – in diese Form von Fragen und Antworten wurden damals Programmschriften der Arbeiterbewegung meist gefaßt –, sie müsse „mit der größten Aufmerksamkeit“ diskutiert werden, „damit wir endlich einmal über das, was wir wollen, völlig klar werden“.⁴

Die Leitung des Bundes der Gerechten in London war sich aber Ende 1846 auch darin einig, daß man allein, auf sich gestellt, mit der Ausarbeitung solch eines ersehnten exakten Programms nicht zu Rande kommen werde. Und so schickte man im Januar 1847 ein Mitglied der Leitung, Joseph Moll, zu Marx nach Brüssel und zu Engels nach Paris, der ihnen erklärte: Wir wollen unser Programm auf eurer wissenschaftlichen Lehre aufbauen, das soll auf unserem ersten Kongreß gründlich diskutiert werden, aber dabei müßt ihr uns helfen, und das könnt ihr nur, wenn ihr selbst Mitglied werdet. Marx und Engels traten denn auch dem Bund der Gerechten bei, der für Juni 1847 einen Kongreß, faktisch den ersten kommunistischen Parteitag, nach London einberief. Auf diesem Kongreß, an dem Friedrich Engels teilnahm, wurde der Name des Bundes verändert in „Bund der Kommunisten“; die bisherige Losung „Alle Menschen sind Brüder“ wurde durch die von Marx und Engels geprägte Kampflosung ersetzt „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“, es wurde der Entwurf eines neuen Statuts angenommen – aber den größten Raum nahm die Programmfrage ein. Engels legte seine und Marx' Auffassungen dar, und er schrieb schließlich den Entwurf des kommunistischen Glaubensbekenntnisses nieder, der allen Grundorganisationen des Bundes zur Diskussion unterbreitet wurde. So wichtig nahm man die Programmproblematik, daß man nicht auf dem ersten Kongreß darüber entschied, sondern erst die Meinungen und Vorschläge sämtlicher Mitglieder einholen wollte.

Der „Entwurf des kommunistischen Glaubensbekenntnisses“, der übrigens erst 1968 wieder aufgefunden wurde, war schon weitgehend vom marxistischen Standpunkt aus formuliert, wenn auch die ersten Punkte noch einige überholte Auffassungen enthielten und die Argumente in mancher Hinsicht noch nicht ausreichten, um das Anliegen des Bundes plausibel zu machen.

Im Verlauf der Programmdiskussion, im Sommer und Herbst 1847, überarbeitete und erweiterte Engels den „Entwurf“. So entstanden seine berühmten „Grundsätze des Kommunismus“, die eine unmittelbare Vorstufe zum Kommunistischen Manifest waren. Aber auch die Brüsseler Kreisorganisation des Bundes der Kommunisten, die damals von Marx geleitet wurde, unterbreitete im Ergebnis ausführlicher Diskussionen wesentliche Vorschläge zum Programmentwurf, die leider nicht im einzelnen überliefert sind. Bekannt ist nur, daß Marx' damals erschienene Streitschrift gegen Proudhon, betitelt „Das Elend der Philosophie“, eine große Rolle in den Diskussionen spielte, da Marx und Engels immer wieder auf die ökonomische Begründung des Kommunismus als der gesetzmäßigen Nachfolge des Kapitalismus hinwiesen. Die Argumentationen in dieser Richtung, die deutlich den prinzipiellen Unterschied zu allen vorangegangenen

Programmschriften der Arbeiterbewegung zeigen, stammen also in erster Linie aus Marx' gründlichen ökonomischen Studien. Von Engels wiederum kam der Vorschlag, die überholte Katechismusform abzustreifen. In dem Brief, in dem er mit Marx verabredete, wo sie sich in Ostende treffen wollten, um Ende November 1847 gemeinsam zum II. Kongreß des Bundes nach London zu fahren, schrieb er: „Ich glaube, wir tun am besten, wir lassen die Katechismusform weg und titulieren das Ding: Kommunistisches Manifest. Da darin mehr oder weniger Geschichte erzählt werden muß, paßt die bisherige Form gar nicht.“⁵ Das sind nur einige wenige Streiflichter über die Vorbereitung des Hauptpunktes des II. Kongresses, der bis Anfang Dezember 1847 dauerte. Fast zehn Abende lang (denn tagsüber mußten die Delegierten ihren Berufen nachgehen), beriet man ausführlich und gründlich die Linie des künftigen Programms, prüfte alle eingegangenen Vorschläge, und dann erst, als „aller Widerspruch und Zweifel endlich erledigt“ war – wie Engels später einmal formulierte – wurde der Beschluß gefaßt, Marx und Engels mit der Abfassung des „Manifests der Kommunistischen Partei“ zu beauftragen. Sie bekamen auch sämtliche Unterlagen zu allen anstehenden Fragen, bevor sie nach Brüssel zurückkehrten.

Erst arbeiteten sie gemeinsam an der verantwortungsvollen Aufgabe, dann unterwarf Marx das Manuskript nochmals einer gründlichen stilistischen, ja man kann sagen: literarischen Überarbeitung, und er hätte noch weiter daran geschrieben, wäre nicht schon Ende Januar 1848 eine Mahnung von der Leitung des Bundes aus London eingetroffen. Marx schickte das Manuskript sofort ab; es wurde in London von Bundesmitgliedern gedruckt, und wenige Tage vor dem Ausbruch der Februarrevolution in Paris waren die ersten Exemplare des Manifests – das damals noch ohne Angabe der Autoren, als Stellungnahme der Partei der Kommunisten erschien – fertiggestellt und wurden an die Bundesmitglieder versandt.

So entstand dieses „kleine Büchlein“, das, wie Lenin schrieb, „ganze Bände aufwiegt“ und dessen Geist „bis heute das gesamte organisierte und kämpfende Proletariat“ beseelt.⁶ Es war der Gipfelpunkt eines zehnjährigen Bemühens der besten Vertreter der ersten deutschen Arbeiterorganisation, es war die erste systematische Zusammenfassung des Marxismus, es war das Programm der ersten revolutionären Partei des Proletariats, es kündete erstmals von der Verschmelzung des wissenschaftlichen Kommunismus mit der Arbeiterbewegung.

Anmerkungen

- 1) Lenin, Werke, Bd. 18, S. 576
- 2) Marx/Engels, Werke, Bd. 36, S. 380
- 3) Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Berlin 1970, S. 305
- 4) Ebenda, S. 453
- 5) Marx/Engels, Werke, Bd. 27, S. 107
- 6) Lenin, Werke, Bd. 2, S. 10

Drum prüfe, wer sich bindet ...

Unter Sympathisanten der Partei Die Linke mehren sich die Stimmen, die fragen, ob diese Partei wegen der Positionierung maßgeblicher Mitglieder des Parteivorstandes und vor allem auch der Bundestagsfraktion noch wählbar ist. Während Aussagen im Wahlprogramm 2021 zu Bundeswehreinsetzungen im Ausland, zur NATO und zur Friedenssicherung im Wesentlichen mit dem Erfurter Programm übereinstimmen, geben Äußerungen leitender Funktionäre Anlaß zu Zweifeln, insbesondere hinsichtlich einer angestrebten Regierungsbeteiligung im Bund. Nach dem Bundestagswahlkampf 2005 meinte SPD-Politiker Franz Müntefering, es sei „unfair, Politiker an ihren Wahlversprechen zu messen“. Auf die PDL bezogen, bleibt zu hoffen, daß das Ge-

Ich schreibe diese Anfrage in meinem und im Namen mehrerer Mitglieder und Sympathisanten der Partei Die Linke, die über Jahre hinweg vor allem wegen ihrer friedenspolitischen Programmatik und ihrer Sozialpolitik diese Partei und ihre jeweiligen Kandidaten gewählt haben. Die jüngste Entwicklung, insbesondere die Aussagen von Mitgliedern des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion erwecken den Verdacht, daß von starken Kräften innerhalb der Partei im Interesse einer Regierungsbeteiligung mit der SPD und den Grünen diese Friedenspolitik geschliffen oder zumindest aufgeweicht werden soll. Weder mit der SPD und erst recht nicht mit der grünen Kriegspartei sind die im Erfurter Programm und im Leitantrag des Parteivorstandes zum

können, bitten wir Dich und die anderen in Sachsen-Anhalt aufgestellten Kandidaten der Partei für die Bundestagswahl 2021 um die Beantwortung folgender Fragen:

- Bist Du gegen jegliche Auslandseinsätze, nicht nur Kriegseinsätze, der Bundeswehr einschließlich der unverzüglichen Beendigung aller aktuellen Auslandseinsätze?
- Bist Du für die sofortige Auflösung der NATO, den sofortigen Rückzug der Bundesrepublik aus allen Strukturen dieses aggressiven Militärbündnisses und dafür, daß die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird?
- Bist Du für den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus den Staaten des ehemaligen Warschauer Vertrages und der ehemaligen Sowjetunion, um damit die militärische Konfrontation mit Rußland erheblich zu verringern?
- Wirst Du Dich ohne Wenn und Aber für friedliche Beziehungen, für die friedliche Koexistenz zwischen Rußland und der BRD/EU einsetzen, so wie es Präsident Putin mehrfach angeboten hat?
- Wirst Du Dich für eine uneingeschränkte Solidarität mit dem sozialistischen Cuba und anderen um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Staaten und Völkern einsetzen?
- (...) Daraus ergibt sich die Gretchenfrage: Wirst Du bei teilweiser Übereinstimmung mit den Wahlversprechen von SPD und Grünen zur Sozialpolitik, aber mit grundlegenden Differenzen zu Frieden und Abrüstung und unter der bei allem Optimismus leider zu erwartenden Tatsache, daß die Linke mit dem geringsten Stimmenanteil schwächstes Mitglied einer Dreierkoalition wäre, dennoch für eine Bundesregierung gemeinsam mit SPD und Grünen stimmen?
- Wirst Du Dich bei unumwundener Bejahung der Friedenspolitik, wie im Erfurter Programm festgeschrieben, für das außerparlamentarische Zusammenwirken aller linken Parteien, Organisationen und Bewegungen zum Kampf für den Frieden in der Welt und einer besseren und kapitalismusfreien Gesellschaft einsetzen?



Janine Wissler – Rede auf dem 7. Parteitag der Partei Die Linke

wissen der Bundestagsabgeordneten der Linkspartei am Ende doch dem Parteiprogramm verpflichtet ist.

Die bisherigen Wähler der Linkspartei stehen vor einem Dilemma. Die DKP tritt nur in einigen Bundesländern an, so zum Beispiel eben nicht in Sachsen-Anhalt. Zudem ist zu fragen – bei aller Einsicht in die Notwendigkeit einer Beteiligung der DKP am Wahlkampf –, ob beim derzeitigen Kräfteverhältnis eine Stimme für die DKP, bezogen auf eine starke linke Partei im Bundestag, nicht doch eine verschenkte Stimme ist. Es gibt aber auch Kandidaten der Partei Die Linke, die fest auf dem Boden des Erfurter Programms stehen und eine Regierungsbeteiligung im Bund strikt ablehnen. Diesen Genossinnen und Genossen muß unsere Unterstützung gegeben werden.

Viele Linkswähler aus dem Raum Halle werden die in Sachsen-Anhalt zur Bundestagswahl antretenden Kandidaten der Partei Die Linke nach ihren Positionen fragen und ihre Entscheidung von deren Antwort abhängig machen. Deshalb richteten wir an sie persönlich folgenden Brief:

Wahlprogramm 2021 festgeschriebenen friedenspolitischen Grundsetze umsetzbar. Vor allem Annalena Baerbock, die Kanzlerkandidatin der Grünen, ist Beleg dafür. Ihre außenpolitischen Leitlinien und ihre Ambitionen auf eine „robuste europäische Militärpolitik“ lassen eine noch engere Bindung an die USA und die Verschärfung der Aggressionspolitik gegen Rußland und China erwarten.

Wir werden keine Kandidaten in den Bundestag wählen, die ihr Mandat nicht vollumfänglich zur Umsetzung der mit dem Erfurter Programm und dem Leitantrag zum Wahlprogramm festgeschriebenen Friedenspolitik zur Grundlage ihrer Abgeordnetentätigkeit machen wollen und werden. Für uns ist ebenso die gelebte internationale Solidarität mit den um eine sozialistische Perspektive kämpfenden Staaten und Völkern im Handeln der Parlamentarier der Partei Die Linke vollumfänglich zu einem Kriterium unserer Wahlentscheidung.

Damit wir unsere Entscheidung für die bevorstehende Bundestagswahl treffen

Bisher haben wir von zwei Kandidaten eine Antwort erhalten, die eine Entscheidungsgrundlage sein kann. Auf alle Fälle wollen wir nicht solche Kandidaten wählen, die vorwiegend ihre Karriere im Kopf haben, wie diejenigen, die mit ihrem unrealistischen Regierungsanspruch auf Landesebene bei der Landtagswahl 2016 einen Absturz von 21 % auf 16 % verantworten und die sich danach mit dem öffentlich verkündeten Anspruch, die Qualifikation dafür zu besitzen, in den Bundestag wählen ließen.

Nun liegt es an uns Wählern, bei der Vergabe der Erst- und Zweitstimme klug zu entscheiden.

Jürgen Stenker
Halle

China aus erster Hand

Der erfahrene DDR-Transportökonom Uwe Behrens wird von einem westdeutschen Spediteur 1989 nach China geschickt. 2017 kehrt er in ein anderes Deutschland zurück. Die Jahre dazwischen beschreibt er in „Feindbild China. Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen“. Behrens fährt nach China als Lernender, voller Neugier. An vielen Stellen rühmt er die Lernbereitschaft der Menschen dort und deren kulturelle Aufgeschlossenheit. Er hat eine Idee davon, wie staatliche Planung funktioniert und wie gesamtgesellschaftliche Interessen gewahrt und durchgesetzt werden – mit allen Hindernissen, Verrenkungen und Vorzügen. Mit seinen Schilderungen, wie die Marke „Made in GDR“ half, Türen in der VR China zu öffnen, wird zugleich deutlich, was die nun vergrößerte Bundesrepublik auch wirtschaftlich verschenkte, als sie die DDR-Elite auf breiter Front ausbremste. An einer skurrilen Begebenheit – es geht um zufällig gefundene Devisen – macht Behrens deutlich, wie wichtig es am Beginn der 2000er Jahre für die Volksrepublik war, die Kontrolle über die eigenen Währungstransaktionen zu wahren. Damit durchkreuzte sie den Versuch, die US-Währung als wirtschaftliche Waffe gegen die VR einzusetzen. Die gewaltigen Mengen von US-Staatsanleihen, die China hält, bedingen eine gewisse Patt-Situation. Der Autor sieht hier eine Analogie zum nuklearen Gleichgewicht zwischen UdSSR und USA. Lesenswert sind Behrens' Ausführungen darüber, mit welcher Sorge die Chinesen zunächst den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers in Osteuropa und dann den Niedergang der UdSSR einschließlich ihrer kommunistischen Partei beobachteten. Was sich in dieser Zeit in diesen Ländern abspielte, bestärkte die chinesische Seite in der Auffassung, daß deren Ende eher vom sowjetischen Modell als durch die Idee des Sozialismus verursacht war. Der Autor macht generell keinen Bogen um heiße Fragen und geht mit den chinesischen Partnern respektvoll um, so daß sich seine Gesprächspartner zu offenen Äußerungen bereitfanden. So lernt der Leser Argumente und Sichtweisen kennen, die weder in der offiziellen chinesischen Presse zu finden sind, erst recht nicht in den westlichen, von stereotypen Vorurteilen geprägten Medien. Ausführlich geht der Autor auf seine eigenen Erfahrungen mit dem Sozialpunktesystem ein. 2014 wurde es beschlossen und bis 2020 schrittweise getestet. Ausführlich beschreibt er die reale Praxis zum Einsatz der „Great Firewall“, der Barrieren im Internet. Der Leser erfährt, daß Apple z. B. in der Provinz Guizhou 1,1 Milliarden US-Dollar investierte, um dort auf 90 000 Quadratmetern die Daten seiner chinesischen Nutzer zu lagern. Das erfolgt durch die Guizhou-Cloud Big Data Industry Co Ltd., einem Zentrum, das der Provinzregierung untersteht. Nationale Kontrolle von Daten ist also durchaus möglich. Die Erfolge der VR China im Kampf gegen die Armut müssen inzwischen selbst ihre schärfsten Gegner anerkennen. Wie ideenreich man bei der Lösung dieses Problem

vorgeht, darüber erfährt man bei Behrens viele Details. Ähnliches gilt für den Kampf der Volksrepublik gegen Korruption. Der Leser lernt zu dem Thema nicht nur viel aus der Geschichte Chinas, sondern auch über das Ausmaß und den aktuellen Kampf dagegen kennen. Der Verweis auf die ungefährdete Position von Staats- und Parteichef Xi Jinping, der fordert, die „Macht in den Käfig des Regelwerkes zu sperren“, zeugt davon, daß es sich dabei um keine kurzfristige Kampagne handelt, sondern um einen Grundbaustein der sozialistischen Entwicklung. Großen Raum nehmen die Fakten ein, die Umriss einer neuartigen, sozialökologisch ausgerichteten Gesellschaft sichtbar machen, die von den gewaltigen Anstrengungen zur Aufforstung riesiger öder Landflächen, zur Stilllegung von Kohlekraftwerken, von Anstrengungen zur Mülltrennung, von der Elektrifizierung der Busflotten im öffentlichen Nahverkehr und vieles mehr zeugen. Der Autor vermittelt den Gedanken, daß eine Energiewende möglich ist, wenn der politische Wille vorhanden ist und eine ausschließliche Ausrichtung an der Profitwirtschaft nicht als Maß des Handelns gilt. Beeindruckend ist, was Uwe Behrens über die Dimensionen der „Neuen-Seidenstraße“ und ihre Einordnung in das „Weltganze“ darlegt. Der erfahrene Transportökonom, der nicht nur etwas von sicheren Handelswegen versteht, sondern auch deren ökonomische Hintergründe kennt, beseitigt so manche „Ente“ bürgerlicher Medien. Wie ein Kartograph bewegt sich Behrens auf der Weltkarte der Handelsströme und erläutert den Lesern viele Ereignisse, die bislang oft als unverstänlich oder widersprüchlich wahrgenommen wurden. Dem anspruchsvollen Untertitel seines Buches („Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen“) wird der Autor gerecht, wenn er über Hongkong und die Uiguren-Frage schreibt. In beiden Fällen geht er fast minutiös auf die hinlänglich wiederholten Fragen des „Mainstreams“ ein und bietet eine Menge erhellender Hintergrundinformationen. Dabei gelingt es ihm, sowohl die Kompliziertheit der historisch entstandenen Situation zu verdeutlichen, als auch die heutige Widersprüchlichkeit zu benennen. Ebenso methodisch behandelt der Autor die Frage der äußeren Sicherheit Chinas. Ein Vergleich der Rüstungsausgaben, der militärischen Präsenz und der Politik des Landes mit denen der USA und der NATO belegt die Asymmetrie. Umso bedenklicher stimmen neuerliche Äußerungen der deutschen Regierung, weltweit militärische Verantwortung wahrnehmen zu wollen. Im Abschlußkapitel stellt Behrens die Frage: „Wer hat Angst vorm ‚Gelben Mann‘?“ Sorge muß die Einschätzung des Autors erwecken, daß das Ansehen der Deutschen in China in den letzten Jahren rapide gesunken ist. Das katastrophale Management großer Bauprojekte, die vollkommen unzureichende Nutzung der Internettechnologie, der Zustand des öffentlichen Nahverkehrs und die

zögerliche Bekämpfung der Pandemie, all das wird auch in der VR China wahrgenommen. Behrens kommt zu dem Schluß, daß wir gut beraten sind, voneinander zu lernen und mit Neugier und Interesse einander zu begegnen. Der Verfasser macht schon zu Beginn seines Buches kein Hehl daraus, mit welcher „Brille“ er sich vor 27 Jahren nach China auf die Reise machte. Sie war nicht „rosarot“, sondern ein suchendes Okular, das nach Antworten, Ideen und Spuren für Lösungen sucht, die uns alle bewegen. Naturgegeben blendet auch er vieles aus, sicher wird vieles einseitig beleuchtet. Zugleich schärft Behrens gewissermaßen den „Brennpunkt“, bringt Fakten und Zusammenhänge, die bislang in so geballter Form nicht bekannt waren. Viele seiner Argumente wird man in den nächsten Jahren benötigen, um die Welt besser verstehen zu können. Dafür gebührt ihm Dank.

Dr. Michael Geiger
Berlin

Uwe Behrens: Feindbild China. Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen. Edition Ost, 224 Seiten, 15 Euro

CHRISTPARTEIEN IN DER RÖHRE

Gegenwartszustand aus
MRT-Sicht betrachtet

Magnet-Resonanz-Tomographisch
durchblickt,
Erschöpft sich die Sicht kaum
überraschend:

Bestätigt nur traurig wie Politik tickt:
Nervös und stolpernd, mit Absicht
verwaschend.

Herrschaftstechnik Angsterzeugung
Funktioniert vorzüglich.
Paßt zur Obrigkeitverbeugung,
Macht Regieren vergnüglich.

Wer heut stirbt, darf sicher sein:
Corona war der Grund.
Woran der Ärmste wirklich starb?
Danach bellt heut kein Hund.

Staat liebt Gegensatz von Mut,
Furcht muß diffundieren,
Kommt nicht nur der Macht zugut,
Da lachen selbst die Viren.

Lutz Jahoda

BUCHTIPS

**Günter Buhlke:
Hat die Welt eine
Zukunft?**

Leicht ist es, den Kapitalismus zu kritisieren, schwer plausible Alternativen zu formulieren, schreibt der Autor in seinem Editorial. Recht hat er. Und hat sich daran gemacht, selber plausible Alternativen zu formulieren. Auf fast zweihundert Seiten breitet er seine Erfahrungen aus und zieht daraus seine Schlüsse, wie man bei der Veränderung der Welt vorgehen könnte und was am Ende des Systemswechsels herauskommen könnte. Das ist anregend und nützlich zum Weiterdenken, wohl wissend, daß es so ganz genau nicht kommen wird. Aber planen sollte man schon.

Verlag am Park, November 2020, 194 S., 15 €



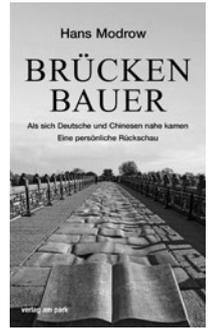
widerfahren ist. Da mischt sich vergangene Bitternis mit der wilden Wurzel Hoffnung und die langweilige Einsicht mit gebrochenen Versprechen, auf die wir uns einst mit uns selber geeinigt haben“. Die tiefsten Wünsche, die bewegendsten Erinnerungen, die schönsten Augenblicke, die peinlichsten Momente, die kleinen Ziele und die großen Träume – nichts Menschliches ist Gisela Steineckert fremd und keine ihrer an- und aufrührenden Erinnerungen geht an ihren Lesern vorbei. Sie findet stets den Punkt, an dem der Leser herausgefordert wird, sodaß ein anregender Dialog entsteht. Egal, ob sie über Männer, Frauen, Familie, die Liebe oder das Alter reflektiert oder sich zu politischen Ereignissen und zur Geschichte ihrer Stadt, ihres Landes verhält. In allem lebt Kampfesmut und Mitgefühl, Solidarität und Hoffnung.

Verlag Neues Leben, 2021, gebunden, 189 S., 15 €



der SED, vorletzter Ministerpräsident der DDR und Vorsitzender des Ältestenrates der Partei Die Linke. Stets reiste er aus politischen Gründen: um Brücken zu bauen zwischen Deutschen und Chinesen, um Verständnis zu gewinnen für die jeweils andere Seite. Die Beziehungen beider Kultur- und Wirtschaftsnationen haben unterschiedliche Phasen erlebt, nicht immer waren sie friedlich. Vor dem Ersten Weltkrieg hielt Deutschland China als Kolonialmacht besetzt, Kaiser Wilhelm II. brüllte die „Hunnenrede“ in die Welt und schlug den Boxeraufstand nieder. Während des 2. Weltkriegs sorgte Deutschlands enger Bündnispartner Japan für grausame Verbrechen an der chinesischen Bevölkerung. Im Kalten Krieg der 50er Jahre entwickelten die DDR und die Volksrepublik China, beide von den westlichen Ländern boykottiert, eine vielversprechende Zusammenarbeit. Mit dem Bruch zwischen China und der Sowjetunion in den 60er Jahren rückte Peking näher an die USA. 1978 wechselte das Land unter Deng Xiaoping abermals den Kurs: modern und wachsend. Heute ist China die zweitstärkste globale Wirtschaftsmacht. Je mehr es sich aber der Welt öffnet, desto größer das Bestreben der westlichen, etablierten Mächte, das Land auf der Weltbühne zu isolieren – mit ökonomischen, politischen und ideologischen Mitteln. Hans Modrow, 93 Jahre alt, beschreibt die zurückliegenden sieben Jahrzehnte als kenntnisreicher Zeitzeuge.

verlag am park, broschiert, mit Abbildungen, 236 Seiten, 15 €

**Gisela Steineckert: Langsame
Entfernung**

Gedanken, Gedichte und Voraussichten

Nein, eine Bilanz ist ihre Sache nicht, aber einen Rückblick gönnt sich Gisela Steineckert. Und ihre treuen Leser wissen um den Anlaß, den 90. Geburtstag der Schriftstellerin. Besser aber wäre zu sagen, sie wagt diesen Rückblick. Denn der Versuchung, nur die Erfahrungen der Harmonie zu konservieren und vergangene Konflikte auszusparen oder kleinzureden, erliegt sie nicht. Sie ringt dem Gedächtnis ab, „was uns zu Leid und Lachen

**Hans Modrow: Brückenbauer. Als sich
Deutsche und Chinesen nahe kamen**

Eine persönliche Rückschau

In über 60 Jahren politischer Tätigkeit besuchte Hans Modrow die Volksrepublik China unzählige Male. Als Abgeordneter der Volkskammer, des Deutschen Bundestages und des EU-Parlaments, als Sekretär

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juni!**Zum 95. Geburtstag**

Eberhard Kunz (Berlin) am 11. Juni

Zum 94. Geburtstag

Ludwig Lutz Jahoda (Heidesee, OT Wolzig) am 18. Juni
Vera Tenner (Berlin) am 25. Juni

Zum 93. Geburtstag

Hugo Jensch (Pirna) am 20. Juni
Eva Letz (Berlin) am 25. Juni

Zum 92. Geburtstag

Wilhelm Möller (Leipzig) am 7. Juni

Zum 91. Geburtstag

Irene Marcinkowski (Neubrandenburg) am 6. Juni

Zum 90. Geburtstag

Roger Reinsch (Berlin) am 29. Juni

Zum 85. Geburtstag

Dr. Adolf Eser (Muldenstausee, OT Muldenstein) am 24. Juni
Peter Kotzan (Lieberose) am 30. Juni

Zum 80. Geburtstag

Petra Heine (Hoyerswerda) am 5. Juni
Peter Eichberg (Berlin) am 9. Juni

Dr. Ilse Surmeli (Berlin) am 20. Juni
Bernd Kunze (Berlin) am 23. Juni

Zum 75. Geburtstag

Annette Grohmann (Ludwigsfelde) am 4. Juni
Ingrid Schiborowski (Hagenow) am 16. Juni

Zum 70. Geburtstag

Jürgen Sirotkin (Jacobsdorf, OT Sieversdorf) am 18. Juni
Dietrich Wulf (Ribnitz-Damgarten) am 18. Juni

Zum 60. Geburtstag

Ralf Mackes (Nürnberg) am 1. Juni

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

„Es kommt darauf an, sich gegenseitig zuzuhören“

Der Mann, von dem ich berichten möchte, war einst Kompaniechef der Grenztruppen der DDR. Heute ist er, der frühere Major Erich Petke, 64 Jahre alt. Vor fünf Jahren war er Leiter einer Einrichtung der DRK-Flüchtlingsbetreuung im Eichsfeld, die geraume Zeit später liquidiert wurde – und er über Nacht entlassen. Jetzt arbeitet er als Betriebsleiter von sechs Pflegeeinrichtungen vor Ort. Seine Geschichte habe ich mit Hochachtung verfolgt. Erich Petke erinnert sich, daß er durch die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen, den Schulen, Betrieben, landwirtschaftlichen Einrichtungen und deren verantwortlichen Personen mit den Problemen der Bevölkerung im unmittelbaren Grenzbereich gut vertraut war. Das prägte die Qualität des Zusammenwirkens. Auf die Situation im November 1989 war jedoch keiner vorbereitet. Niemand wußte, wie sie sich insgesamt und auch unter den konkreten örtlichen Gegebenheiten entwickelt. Aktuelle, brisante politische Ereignisse kamen bei ihm in der Grenzregion mit erheblicher Zeitverzögerung an. In den entscheidenden Stunden mußten vom Kompaniekommandeur in eigener Verantwortung unverzüglich komplizierte Entscheidungen getroffen werden. Konflikte kündigten sich bald an, Demonstrationen bewegten sich in Richtung Grenze. Fahneneid, Parteizugehörigkeit und enge familiäre Verwurzelung im Territorium kulminierten in einer hohen moralischen Herausforderung. Bemerkenswert ist, daß der in der Region bekannte, ehemalige Kompaniechef und Mitglied der Ortsparteileitung, dann in den Stadtrat als Abgeordneter der PDS mit beträchtlichen Zusatzstimmen anderer politischer Gruppierungen und in den Magistrat gewählt wurde.

Seine Bekanntheit aus früheren Zeiten, seine politische Haltung und Geradlinigkeit, aber auch seine umfangreiche ehrenamtliche Betätigung haben zu einer starken Anerkennung seines Wirkens bis heute geführt.

Dies und noch viel mehr erfährt man über und von ihm selbst im Digitalen Erzählalon „Kulturlandschaft Eichsfeld“, veranstaltet von Rohnstock Biografien, das am 6. April live auf YouTube gegangen ist. Der Erzählalon ist ein höchst partizipatorisches Instrument, Lebenserfahrungen zu sammeln, zu teilen und zu bewahren. Es gibt ihn seit gut 20 Jahren, vorwiegend als gemeinschaftlichen Erfahrungsraum von Zeitzeugen im Osten Deutschlands, teils mit Publikum, teils ohne. Das Berliner Unternehmen Rohnstock Biografien, das diese Veranstaltungsform entwickelte, hat inzwischen ein umfangreiches inhaltliches und organisatorisches Wissen rund um ihre Durchführung gesammelt. Große Erzählprojekte, z.B. mit Generaldirektoren von DDR-Kombinaten, zu Tradition und Innovation des Handwerks in Thüringen und Sachsen, zu Lebensgeschichten aus der Lausitz und Treuhandschicksalen, konnten ergebniswirksam abgeschlossen werden. Parallel zu dieser spezifischen Form existieren auch umfangreiche Aktivitäten anderer Art, Lebenserfahrungen zu sammeln und wiederzugeben.

Der Bogen in den Erzählalons spannt sich über fast vier Generationen und zum Teil vier durchlebte Gesellschaftsordnungen. So meldete sich z.B. der Jugendliche mit 16 und der Rentner mit 93 Jahren zu Wort. Bis Ende April gab es 40 thematisch unterschiedliche Erzählkreise, davon 20 überregional und 20 in verschiedenen östlichen Regionen. Faktisch jede Woche stand eine neue Veranstaltung auf dem Plan. Die meisten

berichten mit Stolz, daß sie ihren Beitrag leisten durften. Für sie ist wichtig, Bestätigung zu erfahren und das Gefühl zu bekommen, mit ihren Erlebnissen ernstgenommen zu werden. Sie empfinden Dank – obwohl sie doch „nur“ ihre Geschichten erzählt haben.

Barbara Borchardt, Mitglied des Landesverfassungsausschusses Mecklenburg-Vorpommern, äußerte sich in der regionalen Erzählerrunde Nordwest-Mecklenburg sinngemäß so:

Erzählcafés sind sehr wichtig, da wir viel zu wenig voneinander wissen. Wir sind nicht Menschen zweiter Klasse, die nichts geleistet, sondern eine Reihe guter Ergebnisse zum Wohle der Gemeinschaft vorzuweisen haben, eine Tradition, die dem herrschenden Egoismus entgegensteht: Gemeinschaftlichkeit. Es kommt darauf an, sich gegenseitig zuzuhören, zu vermitteln, weshalb welche Entscheidungen getroffen wurden. Wichtig ist zu erklären, warum wir wie gelebt haben. Das wurde in den letzten 30 Jahren viel zu wenig getan, auch nicht im notwendigen Umfang gefördert. Bestimmte Ressentiments wurden kultiviert, es gilt aber das Licht nicht unter den Scheffel zu stellen und sich nicht zu erniedrigen. Die Anstrengungen sind auf eine, sich gegenseitig achtende, sachliche, offene Diskussionskultur zu richten, die Neugier auf interessante politische Anschauungen weckt. Wichtig ist mitzudenken, zu lernen, sich konstruktiv auseinanderzusetzen, Empathie über die Geschichten zu vermitteln, Hilfe und Unterstützung füreinander anzustreben.

Dr. Frank Roßner
Fredersdorf

Grete-Kusber-Platz für Kommunistin in Gronau

Der Kurde und Lokalhistoriker **Sahin Aydin**, der lange in Gronau (Westfalen) lebte, hat sich intensiv mit der dortigen Arbeiterbewegung beschäftigt. Dabei ist er sehr schnell auf die Gronauer Widerstandskämpferin Grete Kusber (1907–1987) gestoßen.

Grete war zuerst Hausmädchen bei einem Textilindustriellen, dann bei einem evangelischen Pfarrer beschäftigt. Dort kam es zu einem Zerwürfnis. Sie trat am 28. März 1931 aus der Kirche aus.

Im Jahre 1930 trat sie Mitglied in die KPD ein. Von 1933 bis 1936 wurde sie beauftragt, Kurierdienste in den Niederlanden durchzuführen. Dabei holte sie illegales Material über die Grenze. Später brachte sie auch bedrohte Mitbürger aus dem Raum Wuppertal und dem Ruhrgebiet über die grüne Grenze. Die Gestapo

beobachtete dieses. Auf einen entsprechenden Hinweis flüchtete Grete in die Niederlande und schloß sich dort dem Widerstand an. Am 25. Juni 1940 wurde sie von der Gestapo in Amsterdam verhaftet. Man überstellte sie nach Hamm zum berüchtigten

Oberlandesgericht und dem dortigen Polizeigefängnis. Am 9. Januar 1941 konnte die Entlassung erwirkt werden.

Grete war ab 1945 sofort wieder aktiv. Sie engagierte sich in der VVN, deren Mitbegründerin sie war, in der AWO und der

Gewerkschaft Textil Bekleidung.

Am 29. April 2015 wurde zu ihren Ehren in Gronau ein Stolperstein für sie, der Mutter und den Stiefvater verlegt, die beide auch am Widerstand gegen die Nazis beteiligt waren.

Auf Antrag Sahin Aydins, der von 2009 bis 2013 die Partei Die Linke im Stadtrat vertrat, wurde gegen alle Widerstände beschlossen, in Gronau ein Grete-Kusber-Platz einzurichten.

Der Termin der offiziellen Einweihung des Platzes steht – coronabedingt – noch nicht fest.



Kultureller Leuchtturm: Das Gerhart-Hauptmann-Museum

Wenn in manchen Werken des Dichters auch romantisch-idealistische Tendenzen zum Ausdruck kommen, behandelte Hauptmann doch auch in späteren Dramen („Fuhrmann Henschel“, „Rose Bernd“, „Die Ratten“) und Prosawerken („Der Narr in Christo Emanuel Quint“) immer wieder soziale Themen und setzte sich – ungeachtet gewisser politischer Kompromisse – stets für Humanität und sozialen Fortschritt ein.

Als am 15. November 1862 dem Hotelbesitzer Robert Hauptmann und seiner Ehefrau Marie in Obersalzbrunn als viertes Kind der Sohn Gerhart geboren wurde, ahnte niemand, daß die aus dem Gastwirte- und Weberstande aufstrebende Familie durch dieses Kind zu Weltruhm gelangen sollte. In den armen Walddörfern, geschäftigen Badeorten und idyllischen Kleinstädten seiner Heimat lernte er jene Fuhrleute, Weber und Dienstmägde kennen, die ihn später zu seinen sozialen Dramen inspirierten, die seinen Ruhm begründen sollten.

Neben vielen ehemaligen Wohnstätten und literarischen Schaffensplätzen blieb ihm Erkner unvergessen. In einem Brief vom Dezember 1936 an die Gemeinde schrieb er: „Ich habe vier Jahre in Erkner gewohnt, und zwar für mich grundlegende Jahre. Mit der märkischen Landschaft aufs innigste verbunden, schrieb ich dort ‚Fasching‘, ‚Bahnwerter Thiel‘ und mein erstes Drama ‚Vor Sonnenaufgang‘. Die vier Jahre sind sozusagen die vier Ecksteine für mein

Werk geworden.“ So scheint die Einrichtung des Gerhart-Hauptmann-Museums in Erkner eine logische Konsequenz aus der Verbundenheit des Dichters mit diesem Fleckchen Erde zu sein. Doch erst vor 30 Jahren wurde die Literaturgedenkstätte eröffnet, deren Leiter seit dem Jahr 2000 der initiativreiche Diplom-Museologe Stefan Rohlfis ist. Er erzählt aus der Geschichte: Hauptmann war 1946 von dem Angebot Bechers, in Berlin die Ehrenpräsidenschaft des Kulturbundes zu übernehmen, begeistert und stimmte auch dem Vorschlag der Sowjetischen Militäradministration zur Übersiedlung in die SBZ (Sowjetische Besatzungszone) zu. Die ganze Angelegenheit war umso ungewöhnlicher, als der mit solchem Respekt behandelte Freund Leo Tolstoj und Briefpartner Maxim Gorkis unter den Großen der deutschen Literatur des späten 19. und des 20. Jahrhunderts eine Ausnahme darstellte: Er hatte nach 1933 als einziger Dichter Hitlers Staat nicht den Rücken gekehrt und – wie er meinte – die „innere Emigration“ antifaschistischem Bekennermut vorgezogen. Doch Shukow und seine Kulturoffiziere maßen offensichtlich mit anderer Elle. Immerhin war der junge Wladimir Uljanow 1895 das erste Mal von der zaristischen Geheimpolizei Ochrana verhaftet worden, als er gerade auf einer sozialdemokratischen Versammlung aus Hauptmanns „Webern“ vorlas. Die Übersiedlung in die SBZ wurde vorbereitet. Doch am 6. Juni, noch bevor diese stattfinden konnte,

starb der Dichter. In seinem Testament hatte er den Wunsch geäußert, auf Hiddensee beigelegt zu werden. Die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) trug dem Rechnung. Als im Beisein hoher polnischer und sowjetischer Vertreter die Trauerfeier in Agnetendorf stattfand, war Hauptmanns Leichnam in einem Zinksarg aufgebahrt.

Später erfolgte der Transport nach Hiddensee. Jüngster Begleiter war der damals 13jährige Klaus Steiniger, der spätere ND-Korrespondent und Gründer des „Rotfuchses“. 40 Jahre danach entstand der Dokumentarfilm „Der Hauptmann-Transport“, in dem Klaus Steiniger seine Eindrücke und Erinnerungen über das damalige Ereignis schildert.

Die Überlegung, in Erkner ein Museum einzurichten, hatte es bereits unmittelbar nach dem Tod des Dichters gegeben. Sie konnte jedoch wegen der Zerstreuung des Erbes nicht verwirklicht werden. Ende der 60er Jahre aber empfahl das DDR-Ministerium für Kultur, Erkner als Standort. 1972 erfolgte ein verbindlicher Beschluß des Bezirkstags Frankfurt/Oder. Konnte sich das Haus schon in den zurückliegenden Jahren als Museum und Forschungsstätte auszeichnen, so wird es zukünftig als Ort des anschaulichen Gedenkens an Gerhart Hauptmann und als Veranstaltungstätte noch mehr zu einem kulturellen Mittelpunkt der Stadt Erkner werden.

Heinz Pocher

Sich des Menschen erinnern

Rechtzeitig zum Geburtstag und dem Hinrichtungstag des Partisanenaufklärers Fritz Schmenkel (16.2.1916–22.2.1944) präsentierte das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau ein Online-Kalenderblatt zum „Mythos Fritz Schmenkel“.

Es kam zu dem Ergebnis, „...daß Fritz Schmenkel in der DDR regelrecht verehrt worden sei, es aber der vielen Ehrungen wegen schwierig gewesen sei, zur Person Fritz Schmenkel vorzudringen, zu seinen Motiven, den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion nicht mehr mitzumachen ... Nach 1989 verschwand Fritz Schmenkel ein zweites Mal ...“

Dieser Unwahrheit ist zu widersprechen. Allein zwischen 1962 und 1989 erschienen drei Tatsachenberichte über Fritz Schmenkel von Wolfgang Neuhaus bzw. Theodor Gladkow, eine Reportage über den Helden der Sowjetunion postum von Boris Polewoi, ein Kinderbuch, ein Fernsehspiel und Hörspiel, ein Jugendweihbuch sowie Beiträge in vielgelesenen Zeitschriften wie „Freie Welt“, „Wochepost“ etc. Dazu zähle ich das Tagebuch der Partisanenabteilung „Tod dem Faschismus“ aus dem Raum Smolensk, welches Grundlage von Film, Hörspiel, Kinderbuch und Tatsachenbericht von Theodor Gladkow (1983) war.

Aber auch in der BRD sorgten 1988/89 mindestens fünf Publikationen für Nachhaltigkeit im Erinnerungsbemühen an Fritz Schmenkel. Ihre Intension war einerseits, dessen

politisch-ideologische Vereinnahmung für den „verordneten Antifaschismus“ durch die DDR zu belegen, andererseits gewisse Einblicke in den Lebensweg von Fritz Schmenkel zu geben. So in „Kalkulierte Morde – Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland von 1941 bis 1944“ (1999). Der Autor Christian Gerlach, damals wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, beschrieb Fritz Schmenkel als den berühmtesten deutschen Partisanen in Weißrußland und erwähnt dessen Führung in Fahndungsunterlagen im Zuständigkeitsbereich des Kommissariats Weißrutheniens als „berühmten Gefreiten“.

In der besetzten Weißrussischen SSR verfuhr das Okkupationsregime äußerst erbarmungslos mit übergelaufenen Wehrmachtsangehörigen und späteren deutschen Partisanen. Im besetzten Gebiet wurde trotzdem allein im März 1944 nach 3142 Wehrmachtsangehörigen gefahndet.

Über Fritz Schmenkels Teilnahme an Kampfhandlungen der Partisanenabteilung berichtete die 1983 im Dietz Verlag Berlin erschienene Publikation „In den Wäldern Belorußlands“.

Nach dem Krieg wurden in Weißrußland neben Angehörigen sowjetischer Nationalitäten und Polen 184 Slowaken, 33 Tschechen, 36 Griechen, 24 Spanier, 14 Franzosen, 25 Deutsche und acht Österreicher für ihren Widerstand ausgezeichnet. Unter Mitgliedern des Nationalkomitees

Freies Deutschland, die in Belorußland wirkten, wurde der Name Fritz Schmenkel, „Iwan Iwanowitsch/Wanja“, allerdings erst nach der Verleihung des Heldentitels 1964 bekannt. Thomas Reuther, der Autor von „Widerstand und Wehrmacht“, charakterisierte in der für das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr Potsdam verfaßten Publikation Fritz Schmenkel als einen „... überzeugten Kommunisten“, der sich an „zahlreichen Anschlägen und Hinterhalten gegen die Infrastruktur der Besatzer oder Einheiten der Wehrmacht, nicht im Rahmen eines humanitären Widerstandes“, beteiligte. „Er leistete Widerstand auf der Grundlage einer Gesinnungsethik“ und sei ein „Beispiel dafür, daß Widerstand im Kriegsfall in moralische Grenzbereiche vorstößt, er tötete möglichst viele Kriegsgegner, obwohl er (nur) den Nationalsozialismus treffen wollte ...“

Mit dieser Einschätzung werden, trotz seines wertfrei rekonstruierten Lebenslaufes, gegensätzliche Grundpositionen sichtbar:

Nach seiner Genesung 1943 entschied sich Fritz Schmenkel für eine Spezialistenausbildung für Hinterlandseinsätze, wie es in Gladkows Partisanentagebuch festgehalten wurde. Dieses sowie vieles andere waren es den Historikern des DIZ Torgau nicht wert, in ihre Forschungsergebnisse aufgenommen zu werden.

Peter Blechschmidt
Chemnitz



LESERBRIEFE

Es war 1943. Täglich wurde ein zerlumpter Haufen Menschen an uns Erwachsenen und Kindern vorbeigetrieben. Es waren sowjetische Kriegsgefangene, die unweit von uns in einem Lager untergebracht waren. Wir standen dort an einer Haltestelle und warteten auf den Bus, um zur Schule nach Wismar zu fahren. Eines Tages, es muß im November 1943 gewesen sein, hatte ein vorbeifahrendes Pferdefuhrwerk einen Achsenbruch.

Überall verstreut lagen Zuckerrüben auf der Straße. Als der Gefangenenzug sich der Unfallstelle näherte, sprangen die Gefangenen hin und bissen gierig in die dreckigen Rüben. Manche steckten sich welche unter die Jacke. Sofort schlugen die deutschen Wachsoldaten mit Gewehrkolben auf die Gefangenen ein. Die Rüben mußten hingeworfen werden!

Am 2. Mai 1945 standen wir am späten Nachmittag am Stadtausgang von Wismar, fast an der gleichen Stelle auf der Straße. Gegen Mittag waren sowjetische Panzer schon kurz vor unserer Wohnsiedlung aus Richtung Güstrow, dann aber in Richtung Rostock abgebogen.

Von anderen Einwohnern wußten auch wir Kinder, daß Wismar bereits von den „Tommi“ besetzt war. Viele Menschen, Erwachsene und Kinder, versammelten sich an der Straße und warteten auf die Engländer. Aber dann, auf einmal hörten wir Panzergeräusche. Und, kamen sie? Es waren die „Russen“! Ich weiß nicht, wieviel T34 an uns vorbeirollten. Ich erinnere mich aber, daß die Soldaten auf den Panzern uns Kindern Bonbons zuwarfen.

Sie sind noch in der gleichen Nacht zurückgefahren, weil Wismar ja schon von den westlichen Alliierten besetzt war. Es wurden von beiden Seiten Schlagbäume errichtet. Unsere Siedlung war für zwei Monate Niemandsland. Danach zogen sich die westlichen Alliierten auf die Demarkationslinien zurück, wie sie auf Jalta festgelegt waren.

Ich begriff damals sicher nicht sofort alle Zusammenhänge. Aber beide Ereignisse haben mein politisches Leben in der DDR und mein Verhältnis zur Sowjetunion und jetzt zu Rußland geprägt.

Frieder Rosada, Wismar

Dem Leitartikel von Arnold Schölzel in der April-Ausgabe „Wenn Rußland mit Impfstoff droht“ kann ich nur voll und ganz zustimmen. Er bringt die Dinge auf den Punkt: USA, NATO, EU – sie alle sind sich einig im Kampf gegen Putin und sein Riesenreich. Die BRD stellt sich dabei an die Spitze. Offensichtlich kann man bis heute nicht verschmerzen, daß Deutschland 1945 den 2. Weltkrieg verloren hat. Die Zeichen stehen auf Revanche, aber nie darf es gelingen,

einen neuen, den 3. Weltkrieg zu entfesseln! Ich bin 86 Jahre alt, aber das Kämpfen gegen die drohende Kriegsgefahr und für unsere gerechte Sache gebe ich nicht auf!

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Der 80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion wäre ein guter Anlaß für eine Gedenkveranstaltung im Bundestag gewesen, was jedoch nicht stattfand. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble antwortete auf eine Anfrage der Linken. „Nach meiner Überzeugung sollten wir an der bisherigen parlamentarischen ‚Übung‘ einer ungeteilten Erinnerung an den gesamten Verlauf des Zweiten Weltkrieges und des vom ihm ausgegangenen Leids festhalten.“ Für Herrn Schäuble sind Gedenkveranstaltungen also „Übungen“.

Den Standpunkt der Linken „Der Jahrestag sollte Anlaß sein, auf allen Ebenen in würdiger Weise an die grausamen Folgen des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges in der Sowjetunion zu erinnern sowie seiner Millionen Opfer angemessen zu gedenken“, muß man unterstützen. Und dabei sollte es nicht bleiben. Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber auch daran zu erinnern, daß just zum Zeitpunkt des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion ein NATO-Manöver „Defender Europe 2021“ stattfinden wird. Und das nicht irgendwo, sondern an den Grenzen zu Rußland. 3000 US-Soldaten werden in diesen Tagen samt Material an deutschen Nordseehäfen eintreffen und quer durch die Bundesrepublik und Österreich Richtung Südosten transportiert. Mehr als 28 000 Soldaten aus 26 Nationen sind aufgeboten. Mit dabei u.a. Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Kroatien und der Kosovo. Beteiligt sind Einheiten aus der Ukraine und Georgien, also weitere Staaten mit direkten Grenzen zu Rußland. Und das sind Länder, die ebenfalls von Deutschland überfallen und von der Sowjetarmee befreit wurden.

Man kann sich denken, was die Menschen in Rußland, vor allem die Älteren, angesichts dieser Tatsachen fühlen müssen.

Bei Besuchen in der Sowjetunion hörten wir immer wieder, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf! Niemand sollte vergessen, daß es vor allem die Sowjetunion war, die das faschistische Deutschland besiegt hat. Ich meine, Gedenkveranstaltungen allein reichen nicht. Gegen dieses Säbelrasseln brauchen wir einen unüberhörbaren Protest, der sich auch gegen die Rüstungspolitik der NATO-Staaten richten muß, denn Militärausgaben steigen ungebremst, auch die deutschen, weltweit. Wollte die Bundesregierung Lehren aus der Vergangenheit ziehen, sollte sie endlich die Initiative für eine weltweite Abrüstungskampagne übernehmen. In einem neuen Krieg würde es keinen Sieger, sondern nur Verlierer geben. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, der Menschheit eine Zukunft zu geben.

Günter Block, Berlin

Nach dem Gerangel Laschet – Söder um die Kanzlerkandidatur traten Annalena Bearbock und Robert Habeck medienwirksam ins Rampenlicht. Sie verkündeten einen Politikwechsel und Klimaschutz. Doch lassen wir uns von der strahlenden Selbstsicherheit Habecks und dem selbstherrlichen Auftreten Bearbocks nicht blenden. Die „Gründen“ sind einmal für Klimaschutz, aber auch für Abrüstung und gegen Krieg aufgetreten. Mir fallen da Namen wie Gerd Bastian und Petra Kelly ein. Davon ist

jetzt nichts mehr geblieben. Wir hören von den Kandidaten kein Wort über den größten Umweltzerstörer Aufrüstung ohne Ende. 2020 hat die BRD die „Schallgrenze“ von 50 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben durchbrochen. Spätestens mit der völkerrechtswidrigen Bombardierung Jugoslawiens 1999 unter Bundeskanzler Schröder und „Kriegsaußenminister“ Fischer haben die „Grünen“ ihre politische Unschuld verloren. Wir hören auch keine Forderungen zur Einhaltung des Zwei-plus-Vier-Abkommens, dafür Stimmungsmache gegen „Nordstream 2“ und Einstimmen in das Nawalny-Theater. Es ist auch keine eigenständige und souveräne Politik gegenüber dem weltpolitischen Diktat der USA zu erwarten. Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden bisher mitgetragen. Wirtschaftssanktionen gegen Rußland, China, Kuba, Venezuela und andere werden weiter geduldet bzw. unterstützt. Wenn die „Grünen“ von sozialer Ausgewogenheit sprechen, sollten sie nicht vergessen, daß die damalige rot-grüne Bundesregierung uns die „Agenda 2010“, einschließlich der Harz-IV-Gesetze, beschert hat. Deshalb sollten wir uns bei unserer Wahlentscheidung zur Bundestagswahl im September nicht vom „Grünen Schein“ trügen lassen.

Siegfried Duske, Biedenkopf

Als Zeitzeuge fast eines Jahrhunderts habe ich den Faschismus und seinen mörderischen 2. Weltkrieg erlebt und überlebt. Heute 94jährig, muß ich die Erfahrung machen: Dort, wo das Wettrüsten zum Staatsziel erklärt wird, stehen alle Zeichen auf Krieg und die Friedensbeteuerungen der Herrschenden sind nur Lippenbekenntnisse. Alle imperialistischen Staaten, einschließlich der BRD, rüsten, angetrieben von USA und NATO, in einem Umfang auf, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Es geht gegen Rußland und China. Wer könnte einen drohenden dritten Weltkrieg denn aufhalten?

Angesichts dieser Umstände erfüllen mich gegen Ende meines Lebens tiefe Sorgen und Ängste! Die Bundestagswahl sollten wir nutzen, um nur jene Kräfte zu wählen, die sich aktiv den Kriegsvorbereitungen und dem Rüstungswahnsinn widersetzen. Es ist schon längst fünf vor Zwölf!

Eberhard Kunz, Berlin

Jeder Gewerkschafter, dem noch im Bewußtsein ist, daß der arbeitenden Klasse nie etwas geschenkt wurde, jede geringste soziale Verbesserung erkämpft, dem Kapital abgetrotzt werden mußte, der kann nur mit Unverständnis verfolgen, wie seine Klassenorganisation die Straße aufgibt, sich zurückzieht und das offenbar als das Solidarische versteht, was in komischen Kampf- und 1. Mai-Losungen bunt und fashingsmäßig jeden Demo-Verdacht gar nicht erst aufkommen läßt.

„Solidarität ist Zukunft“ – drei Worte, die wahrer und aktueller nicht sein könnten. Was meint der DGB aber damit, wie soll dem Kraft verliehen werden, wer hat mit wem solidarisch zu sein? Spüren wir davon recht viel? Die Pandemie stellt Solidarität als einziges und wichtigstes Prinzip der Klassenorganisation so fordernd wie lange nicht. Und was hören wir über solidarisches Klatschen für Beschäftigte in prekärsten Arbeits- und Lohnverhältnissen hinaus? Oder ist solidarische Haltung mit der sogenannten Arbeitgeberseite gemeint – wegen des „Bündnisses für Arbeit“? Solidarität ist Zukunft, nach einer Zukunft, der sich Millionen im Lande aus ihren Arbeits- und Lebensverhältnissen nicht

mehr sicher sind. „Straße zurückerobern!“, das haben DGB und Gewerkschaften ganz sicher nicht für 2021 und kommende Jahre ausgegeben. Lieber wäre ihnen, es solle möglichst ganz ruhig bleiben, nur nirgends anecken, nicht auf-fallen, keine Demo, zu viel Präsenz unterlassen, keine Stände, Verbote, die mit Corona bestens gerechtfertigt sind. Nur nicht den Rechten und Nazis den Weg verstellen. Warum vielfach den AfD, Nazis und Rechten nicht überall gleiche Verbote und Restriktionen erteilt wurden, darf gefragt werden. Warum sich andere ihre Rechte nehmen, darüber wäre nachzudenken, weil das mal beste Arbeitertradition war.

Straße erobern, das machen gerade andere ganz aktiv, erfolgreich und kämpferisch. Zu sehen auch in Chemnitz, wo AfD nicht der Stand und Zelt untersagt wurde, Nazis ungestört ihre Kundgebung genehmigt bekommen. Wundern wir uns noch, wenn uns noch mehr den Rücken kehren und Antworten bei denen suchen, die auf der Straße sicht- und hörbar sind!?

Am Sockel des Marx-Kopfes die leere Phrase: „Solidarität ist Zukunft“. Marx verstand Gewerkschaften als Bollwerk gegen das Kapital und sah nur darin ihren Sinn.

Roland Winkler, Aue

Mit großer Genugtuung verfolge ich die Beiträge von Prof. Dr. Gerhard Oberkofler, der eine Brücke schlägt zu den religiös orientierten Sozialisten. Ich möchte auf die Sozialisten Lateinamerikas verweisen, die insbesondere in der Befreiungstheologie eine Symbiose urchristlicher und kommunistischer Ideale sehen. Gerhard Oberkofler sagt z. B.: „Papst Franziskus propagiert auf religiösem Hintergrund eine kommunistische Moral, die den Völkern soziale Gerechtigkeit und Befreiung von Unterdrückung bringen kann.“ Die Aussagen dieses Papstes stehen im krassen Gegensatz zu seiner engeren vatikanischen Umgebung wie auch der globalen kapitalistischen Weltordnung. Und ich meine, Papst Franziskus beschämt viele Vertreter linker oder linksliberaler Parteien und Organisationen. Er versucht eine positive Verbindung aller Weltreligionen und -konfessionen zu erreichen. Seine persönlichen Kontakte zu Vertretern der russischen Orthodoxie, zum Islam und zum Judentum sind beispielgebend.

Udo Hammelsbeck, Ilsenburg/Harz

Nachdem die USA Afghanistan gründlich destabilisiert haben, muß Biden nun einsehen, daß der Freiheitswille dieses Volkes nicht zu brechen ist. Nach jahrzehntelangem Krieg, der Tod und Verwüstung brachte, zieht die Hydra unter der Losung „Wir gingen gemeinsam rein und wir gehen gemeinsam raus“ ihre Soldaten bis zum 11. September ab.

59 Angehörige der Bundeswehr, von denen 39 Soldaten in direkten Kampfhandlungen getötet wurden, kamen ums Leben. Wofür? War ihr Tod eingeplant, als der Bundestag die Kriegsbeteiligung Deutschlands beschloß und immer wieder verlängerte? Einige handelten in alter Tradition, so wie Oberst Klein, der ohne Not und Gefahr für sich oder andere den Einsatz von Bombenflugzeugen veranlaßte und damit den Tod von 130 Frauen und Kindern verantwortet. Ihr Blut tränkt die heimatliche afghanische Erde und setzt ein Zeichen für alle, die sich um Völkerverständigung und Frieden auf der Welt einsetzen. Die Familien der Getöteten trauern um sie, der deutsche Oberst trägt für seine Tat den Generalstitel. Ein deutsches Gericht erklärte seinen Befehl für nicht strafrelevant und wies

die Klage eines Angehörigen auf Schadenersatz ab. Der dekorierte General darf ebenso ohne Gewissensbisse durch die Straßen gehen wie der letzte KZ-Aufseher vom KZ Stutthof.

Gerhard Perlick Bützow

Der Aufschrei ist groß, die Empörung sowieso und gleich bilden sich zwei Lager, die sich die Schuld an der Eskalation zwischen Israel und Palästina gegenseitig vorwerfen. Schlagzeilen aus allen Richtungen und politischen Lagern erdrücken uns und Fakten sowie Wahrheiten haben kaum eine Chance, sich durchsetzen zu können. Verbrämt wird das Ganze durch religiösen Fanatismus und einer sogenannten Glaubensgerechtigkeit in der Wahl der Mittel zur Durchsetzung von machtpolitischen Zielen. Wer hinterfragt heute noch den bewußt einkalkulierten und beförderten Geburtsfehler eines Staates mit der Konsequenz der Vertreibung tausender Menschen, ohne diesen eine gesellschaftliche Alternative zu bieten. Davon zeugen die seit Jahrzehnten bestehenden palästinensischen Flüchtlingslager. Die darauf erfolgte Antwort arabischer Staaten das Problem mittels Krieg zu lösen, trug nur zur Verschärfung des Konfliktes bei. Seither bestimmen vornehmlich Okkupation, Vertreibung und Entrechtung die israelische Politik gegenüber den Palästinensern. UN-Resolutionen und Appelle für eine friedliche Lösung und die Schaffung von Voraussetzung für eine Zweistaatenbildung werden ignoriert oder hintertrieben. Die USA und Europäische Union assistieren bei der Okkupation palästinensischen Gebietes durch die Verlegung von Botschaften und Lieferung von Waffen an Israel. Die machtpolitischen Entscheidungen und Optionen von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und seiner Partei werden keine Lösung, werden keinen Frieden bringen. Beide Seiten müssen ernsthaft und auf Augenhöhe auf diplomatischen Wege zu einer Lösung im Interesse von Israelis und Palästinensern kommen wollen.

Raimon Brete, Chemnitz

Immer, wenn die Regierenden über die „deutsche Einheit“ in Jubelchöre ausbrechen, könnten wir „in die Höhe gehen“. Für uns war es ein Anschluß der DDR an die BRD, ein Diktat des Stärkeren über den Schwächeren. Von Gleichberechtigung keine Spur, was sich u.a. auch in der Mißachtung all dessen zeigt, was die DDR auf kulturellem und sportlichen Gebiet geleistet hat.

Dies nicht hinnehmend, haben wir uns mit einem Brief an den Kultursenator von Berlin, Herrn Lederer, und den RBB-Fernsehsender gewandt. Wir fragten, um hier nur einiges zu nennen, wer ist verantwortlich für

- den Abriß des Palastes der Republik und des Stadions der Weltjugend?
- die jahrelange Vernachlässigung des Sport- und Erholungszentrums im Friedrichshain?
- die Konzeptionslosigkeit im Umgang mit dem hervorragenden Freizeitpark im Plänterwald?
- die Vernachlässigung des Regierungs-krankenhauses der DDR in Berlin-Buch und des Kinderkrankenhauses in Weißensee?
- den Abriß Kreiskulturhäuser in Köpenick und Lichtenberg??
- die Ruine des ehemaligen Berliner Radiosenders in Grünau?

Herr Lederer ließ antworten, ohne daß sich etwas getan hätte, der RBB reagierte erst gar nicht.

Karin und Eberhard Münch, Berlin

Zu: Abrücken vom Marxismus/Leninismus ..., RF 280, S. 14

Mit sehr großem Interesse las ich den Beitrag von Dr. Hans-Jürgen Joseph. Es ist ihm zuzustimmen.

Ja, ich glaube auch, daß wir uns von den Prinzipien unserer Klassiker entfernt hatten. Begonnen hat das nach meiner Meinung schon mit der Wahl Stalins zum Generalsekretär des ZK der KPdSU, wovon Lenin eindringlich warnte. Von den Folgen des sich entwickelnden Personenkults hat sich die KPdSU wohl nie wieder richtig erholt. Meines Erachtens wurde erstens gegen die innerparteiliche Demokratie, zweitens gegen das Prinzip der kollektiven Leitung und nicht zuletzt drittens, gegen den proletarischen Internationalismus hinsichtlich der Respektierung der sich aus nationalen Gegebenheiten resultierenden unterschiedlichen Bedingungen anderer Bruderparteien verstoßen.

Es geht auch um eine selbstkritische Analyse in unseren eigenen Reihen, darum, daß große Teile der DDR-Bevölkerung das Vertrauen zur SED und unserer Regierung verloren haben. Und es gelang nicht, einem verbreiteten kleinbürgerlichen und egoistischen Denken, besonders auch unter Handwerkern, zu begegnen. Dazu zähle ich mich auch, als ich noch als Tischler arbeitete. Das muß ich selbstkritisch zugeben. Sicherlich wurde das nicht zuletzt durch permanente Mangelerscheinungen begünstigt. In Ordnung war das aber nicht. Ich erinnere mich noch an so manche Mitgliederversammlung, oft zitierten wir, anstatt zu diskutieren.

Als Beispiel will ich das Dach- und Fassadeninstandsetzungsprogramm nennen. Eine gute und wichtige Initiative, doch was wurde daraus gemacht? Der Plan schrieb die im Planjahr zu realisierenden Dach- und Fassadenflächen vor. Nicht etwa, daß wir zur Erfüllung dieser Planaufgaben etwa Bilanzen hatten, keine Rolle Dachpappe, keinen Dachziegel, keine Tafel Blech oder Kubikmeter Kalkmörtel extra. Sprach man ganz konkrete Fälle von Amtsmißbrauch an, führte das eben nicht zu Konsequenzen, es ging alles so weiter. Viele dieser „Genossen“ haben ja dann auch 1989 das Ruder in der SED übernommen und verkaufen heute alles, auch das eigene Parteiprogramm, nur um sich eigene Pfründe zu sichern. Vielleicht hatten wir von diesen Karrieristen schon zu lange zu viele in unseren Reihen.

Andererseits treffe ich immer wieder Menschen, die mit Stolz von ihren ehemaligen volkseigenen Betrieben sprechen. Sie erzählen, wie die neuen Amtsverwalter von „Oberost“ naserümpfend in die Betriebe kamen, dann aber, also sie die Produktionsstätten sahen, sprachlos waren. Beispielhaft dafür steht, gerade heute in der Pandemie, unser Serumwerk in Dresden. Vergessen wir auch niemals unsere Errungenschaften in der Bildung, im Gesundheitswesen, gestützte Preise beim Bevölkerungsbedarf, den Verkehrsbetrieben, im Kraftverkehr, der Reichsbahn u.v.m. Und vergessen wir niemals: Wir standen für den Frieden. Darum bin ich noch immer stolz darauf, Bürger der DDR gewesen zu sein. Das lasse ich mir niemals verbieten.

Rainer Hesse, Dresden

Zu Rico Jalowietzki: Eigentümer mit Ansage, RF 280, S. 25

Der Autor läßt einen wesentlichen Aspekt der Problematik außer Betracht, das Spannungsverhältnis von Rechtsstaat und Klassenjustiz. Als Rechtsstaat verstehen seine Anhänger einen

Staat, in dem Regierung und Verwaltung nur im Rahmen der bestehenden Gesetze handeln dürfen und staatliche Entscheidungen von unabhängigen Gerichten überprüft werden können. Marxisten bejahen die Existenz von Klassenjustiz, man kann auch sagen interessengeleiteter Rechtsfindung. Sie gehen davon aus, daß der Staat in der Klassengesellschaft ein Organ der herrschenden Klasse ist und somit auch die Justiz. Es geht sicherlich zu weit, jedes Urteil als ein Ergebnis von Klassenjustiz zu qualifizieren. Rico Jalowitzki betrachtet das Bundesverfassungsgericht dagegen als unangreifbare neutrale Instanz. Das Bundesverfassungsgericht ist mit höchstqualifizierten Richterinnen und Richtern besetzt. Das besagt aber nicht, daß sich das Gericht bei einzelnen Entscheidungen von den Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen nicht beeinflussen läßt. Im Falle des Berliner Mietendeckels nützte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts offensichtlich den Immobilienkonzernen. Daraus darf wiederum noch nicht gefolgert werden, daß es sich um einen Fall interessengeleiteter Rechtsfindung handelt. Gerichtsurteile können zwingend sein. Das ist der Fall, wenn nach korrekter Rechtsanwendung kein anderes Urteil möglich war. Das Gegenteil sind abwegige Urteile. Ein solcher Fall liegt vor, wenn die Entscheidung unter keinen erdenklichen Gesichtspunkten zu halten ist. In der Mitte liegt die Masse der Fälle, die vertretbaren Entscheidungen. Ich will mir nicht anmaßen, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, daß Berlin zu Unrecht seine Gesetzgebungszuständigkeit bejaht hatte, abschließend zu bewerten. Abwegig ist sie gewiß nicht. Ob sie zwingend ist, ist dagegen zweifelhaft. Bis zum Beweis des Gegenteils gehe ich von einer vertretbaren Entscheidung aus. Dann kann es nicht anders sein, als daß Interessen bei der Entscheidungsfindung eine Rolle gespielt haben. Auch bezüglich meines im RF Nr. 277 abgedruckten Artikels „Berlins Polizei handelte rechtswidrig“, ist ein juristischer Aspekt dieses Polizeieinsatzes gegen FDJ-Mitglieder auf der Demonstration zu Ehren von Rosa-Luxemburg und Karl Liebknecht am 10. Januar in Berlin nachzutragen. Die Polizei beruft sich unabhängig von der materiellen Rechtslage auch darauf, daß zumindest der Anfangsverdacht einer Straftat vorgelegen hätte. Was bedeutet das? Die materielle Rechtslage sagt, ob eine Straftat vorgelegen hat oder nicht. Für einen Anfangsverdacht genügen dagegen schon „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“ für eine Straftat. Mit anderen Worten, auch wenn sich die FDJ-Mitglieder nicht strafbar gemacht haben, könnte ein Anfangsverdacht vorgelegen haben und das Vorgehen der Polizei rechtmäßig gewesen sein. Das hört sich zuerst einmal für die Polizei gut an. Diese Argumentation zieht jedoch im Ergebnis nicht. Die FDJ hat vor dem 10. Januar jahrelang unbeanstaltet unter den Augen der Polizei in Blauhenden und mit ihren Fahnen an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration teilgenommen. Die Polizei rechnete damit, daß die FDJ wieder wie in den Vorjahren auftreten würde. Deshalb kann sie sich nicht auf eine plötzlich auftretende Verdachtslage berufen.

Dr. Wilhelm Rettler, Wittenberg

Zu Rico Jalowitzki: Berliner Mietendeckel, RF 280, S. 25

Wer in seiner näheren Umgebung einmal die Schlange von 20 Anstehenden für eine Wohnungsbesichtigung erlebt hat, wer die Bemühungen seiner Enkel um eine bezahlbare Wohnung mit

erleidet, der hat einen anderen Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) als der Autor.

Es mußte und muß gekämpft werden: gegen eine der grundlegenden Fraktionen des Kapitals, gegen das Grundeigentum. Eine ganz schwere Aufgabe! Deshalb habe ich als Mitglied der Linken den Mietendeckel unterstützt. Die Mietpreisbremse ist offensichtlich wirkungslos. Das BVG hatte über die sozialen Aspekte, also wie es den Mietern in Berlin wirklich geht, überhaupt nicht zu entscheiden. Denn die CDU/FDP-Kläger hatten das nicht vorgetragen. Das Gericht hielt sich also sauber an die Grenzen des bürgerlichen Rechtsstaates.

Sollen wir nun diese Grenzen für ewig unverrückbar anerkennen? Oder sollen wir Neues nicht auch auf dem Rechtswege versuchen, weil die Menschen es brauchen? Hierzu hat die Linke eine klare Position bezogen.

Was ist erreicht? Dieser Vorstoß über die linke Flanke ist zunächst gestoppt. Aber das Spiel geht weiter. Um im Bilde zu bleiben. Jedweder Bundesregierung ist nun auferlegt, sich zu einem Mietendeckel zu positionieren als Bestandteil künftiger Koalitionsverträge. An uns liegt es, das mit persönlichem Handeln und Wählervotum einzufordern.

Übrigens habe ich bereits 30 Unterschriften für „Deutsche Wohnen enteignen!“ gesammelt.

Jürgen Schewe, Basisgruppe Allende-Viertel in Treptow-Köpenick

Zu Uli Jeschke: Die Nationale Volksarmee der DDR, RF 279, S. 19 ff./280, S. 15

Für die gute Abhandlung, die Uli Jeschke über die NVA und ihren 65. Jahrestag verfaßt hat, möchte ich meine Anerkennung und meinen Dank aussprechen und zugleich daran erinnern, daß Truppenteile bzw. Verbände der NVA und der Grenztruppen der DDR auch Namen aus dem Großen Vaterländischen Krieg und der internationalen Arbeiterbewegung in Ehren trugen. Als ich Leiter der Polit-Abteilung des 9. Panzerdivision in Eggesin war, besuchte uns der Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall Malinowski, und verlieh der Kaserne des Panzerregiments 22 in Spechtberg den Ehrennamen „Soja Kosmodemjanskaja“. Wenig später war Sojas Mutter Ljubow Timofejewna unser Gast. Sie trat vor den Soldaten des Regiments auf. Es war ein bewegendes Erlebnis. Sojas Name war der des einzigen Mädchens, den eine Einrichtung der NVA trug.

Die Komsomolzin wurde am 29. November 1941 nahe des Dorfes Petrischtschewo an der Minsker Chaussee von der Wehrmacht gefangen genommen und bestialisch zu Tode gefoltert. 1955 hatte ich mit anderen Polit-Offizieren, die an der Lenin-Akademie in Moskau studierten, ein zufälliges Treffen mit Bauern aus Petrischtschewo am Denkmal für Sonja, die erklärten, daß Soja nicht vergessen ist und von den sowjetischen Menschen hoch verehrt wurde.

Das Panzerregiment 23 in Karpin, einem Ortsteil der Stadt Eggesin, erhielt den Ehrennamen „Julian Marchlewski“ – eines polnisch-deutschen Revolutionärs. Die Namensgebung erfolgte im Beisein seiner Schwester.

Diese Beispiele sind nur zwei von vielen, die zeigen, in welcher Tradition die Nationale Volksarmee der DDR stand. **Heinz Bilan, Leipzig**

Ich bin schon sehr lange Zeit Leser des „RotFuchs“ und freue mich immer über die Vielschichtigkeit der Themen und Artikel. Viel Wissenswertes

erfährt man, was in keiner anderen Zeitung steht. Im April wurde an unseren Palast der Republik gedacht. Er war eine wunderbare Begegnungsstätte, ein Ort zum Verweilen und Genießen. Täglich erinnert uns das schöne Berliner Service an diese Zeit.

Meine Frau hat die Eröffnung als Sängerin der Berliner Singakademie miterlebt, als den Bauarbeitern, Architekten und vielen anderen gedankt wurde.

Diese Erinnerungen kann man uns zum Glück nicht nehmen. **Stephan Fiedler, Berlin**

Ich bin immer wieder erstaunt, wie linke Autoren im „RotFuchs“ sich mit der Politik der Linkspartei in einer Art auseinandersetzen, die oft unter die Gürtellinie geht. Was sollen solche Unterstellungen: „Der bezahlte Apparat der Fraktionen beherrscht die Basis“ oder „Zu denen ins Bett will Frau Henning-Welsow die Partei Die Linke führen“ ...

Mancher sollte sich doch die Frage stellen, wer die Linke nach 1990 vor dem Verfall gerettet hat, wer ihr heute ein Gesicht gibt in diesem Land, wessen Argumente zu entscheidenden Fragen sogar vom politischen Gegner ernst genommen werden müssen. Wem gelingt es denn im Bundestag, in den Landtagen oder den Kommunen Forderungen deutlich zu machen und manchmal auch durchzusetzen? Wenn die Mehrheit der Bevölkerung für mehr soziale Sicherheit und gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland ist und trotzdem Parteien wählt, die genau das Gegenteil praktizieren, dann stimmt doch etwas nicht. Dann hilft kein Rückzug auf einen linken Stammtisch oder das Warten auf irgendetwas, sondern nur die Suche nach Partnern, Verbündeten, nach Einfluß und Mitsprachemöglichkeit, auch nach Medienpräsenz. Sogar nach Macht, auch wenn das komisch klingt und wenn sie geteilt sein muß. Wenn die Linke etwas bewegen will, muß sie präsent sein, sowohl auf der Straße, aber auch dort, wo entschieden wird.

Franz Tallowitz, Saterland

Mein Mann und ich lesen sehr interessiert und aufmerksam jeden „RotFuchs“ und sind immer wieder erfreut und ermutigt, wie die Genosseninnen und Genossen sowohl in den Artikeln als auch in den Leserbriefen dem allgemeinen Niedergang des Journalismus und dieser Republik schildern und entlarven. Wir schöpfen sehr viel Kraft und Mut daraus für die ständige Auseinandersetzung und Überzeugungsarbeit im Interesse der Bürger und für eine grundsätzliche Veränderung dieser Gesellschaft. Wir sind auch froh, daß wir eine Menge Gleichgesinnter kennen, die ebenfalls den RF lesen und wir damit die Möglichkeit haben, auch über die einzelnen Ausführungen zu diskutieren und uns somit in der Argumentation mit Bürgern üben können.

Wertvoll für unsere Arbeit ist auch die Buchreihe „Spurensicherung“ und „Spuren der Wahrheit“, die vom GNN Verlag herausgegeben wird. Hier berichten Menschen eindrucksvoll über ihre Erlebnisse und Erfahrungen in der DDR. Diese Bücher, die in der Regel in einem ein- oder zweijährigem Abstand erscheinen, sind eine Schatztruhe für die Erinnerungskultur über das Leben und Arbeiten im Laufe der 40jährigen Geschichte der DDR. Sie könnten heute vielen Suchenden Antworten geben und zudem die Lügen der antikommunistischen Propaganda über die DDR entlarven helfen.

Geertje und Karl-Heinz Eilenberger, Berlin



Grafik: Konrad Golz – Gratulation zum Internationalen Kindertag

■ Regionalgruppe **Bitterfeld-Wolfen**

Am 23. Juni 13 Uhr spricht Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema: **Warum ist eine klare Positionierung der Linken zu China so dringend?**

Ort: Kulturhaus der Stadt Bitterfeld-Wolfen (Vereinszimmer), Puschkinplatz 3, OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe **Leipzig**

Am 23. Juni um 18 Uhr spricht Prof. Anton Latzo zum **80. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion** am 22. Juni 1941 – Rußland heute

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe **Harz**

Am 25. Juni um 15 Uhr spricht Uwe Hiks, Sprecher des Marxistischen Forums bei der Partei Die Linke, zum Thema: **Umweltschutz im Kapitalismus – Gibt es einen grünen Kapitalismus?**

Ort: Gaststätte „Lindenhof“, Spiegelsbergweg 16, 38820 Halberstadt

Veranstaltungen finden unter Vorbehalt statt.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel
Tel. 030-654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.